



Geschäftsbericht 2021

1. Prolog des Regierungspräsidenten	3
2. Berichte der Staatskanzlei und der Departemente	6
1. Staatskanzlei	6
2. Volkswirtschaftsdepartement	12
3. Departement des Innern	18
4. Bildungsdepartement	24
5. Finanzdepartement	34
6. Bau- und Umweltdepartement	40
7. Sicherheits- und Justizdepartement	46
8. Gesundheitsdepartement	52
3. Aussenbeziehungen	58
4. Regierungscontrolling	62
5. Antrag	76

Titelbild:
Für die Impfkampagne gegen das Coronavirus baute der Kanton innert kürzester Zeit
eine Infrastruktur auf wie hier im Impfzentrum Lerchenfeld in der Stadt St. Gallen.
(Bild: St. Galler Tagblatt / Tobias Garcia)

Prolog des Regierungspräsidenten

Liebe Leserinnen und Leser

Neues Jahr. Neue Vorsätze. Neue Virusvariante. Nach einem vergleichsweise entspannten Sommer machte die Virusvariante Omikron die Hoffnung zunichte, dass ein Winter mit gelockerten Massnahmen möglich sein würde. Doch dann zeigte sich, dass Omikron uns dabei hilft, die Krisenphase vorläufig verlassen zu können. Ab Mitte Februar 2022 durften wir wieder altgewohnte Freiheiten geniessen. Die St. Galler Regierung gab in den vergangenen zwei Jahren der Krise ihr Möglichstes, die Gratwanderung zwischen Einschränkungen und Freiheit erfolgreich zu meistern. Im Namen der St. Galler Regierung bedanke ich mich bei allen Einwohnerinnen und Einwohnern, dass sie die Massnahmen mitgetragen haben und sich weiterhin gegenseitig Sorge tragen.

Ein wichtiger Meilenstein für mein Präsidialjahr war die Verabschiedung der neuen Schwerpunktplanung 2021–2031 des Kantons St. Gallen. Das Zukunftsbild für die Positionierung des Kantons St. Gallen als attraktiver Ort zum Leben, Arbeiten und Wirtschaften ist auf www.schwerpunktplanung.sg.ch einsehbar.

Im Jahr 2021 haben wir drei Veranstaltungen zu drei der fünf Schwerpunktziele durchgeführt. Mit den Veranstaltungen will die St. Galler Regierung die Inhalte bekannt machen und ihre Umsetzung verfolgen. Im Jahr 2022 folgen die Veranstaltungen zu den weiteren zwei Schwerpunktzielen.

Klimaschutz stärken

Der Spatenstich vom 29. September 2021 zur Wasserstoff-Produktionsanlage der St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke und der Osterwalder Gruppe im St. Galler Kubel war ein wichtiger und innovativer Schritt zur zukünftigen Senkung des CO₂-Ausstosses. Damit wird die Produktion von einheimischem und sauberem Wasserstoff in St. Gallen für die Ostschweiz ermöglicht. Durch die in den kommenden Jahren geplante Erweiterung des bestehenden Tankstellennetzes mit Wasserstoff-Zapfsäulen trägt das Projekt zu einer nachhaltigen und zukunftsgerichteten Infrastruktur sowie zur Dekarbonisierung der Mobilität im Kanton St. Gallen bei.

Chancengerechtigkeit sicherstellen

Mit dem Besuch der Kindertagesstätte des Vereins Kinderwelt Tamina in Bad Ragaz am 22. Oktober 2021 hat die Regierung die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass der Kanton St. Gallen im schweizerischen Vergleich wenig Plätze für die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung zur Verfügung hat. Mit einem weiteren Ausbau des Angebots kann der Kanton St. Gallen ein flächendeckendes Netz an entsprechenden Angeboten gewährleisten. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, die Frühe Förderung, die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Chancengerechtigkeit für alle Bevölkerungsgruppen zu verbessern.



Marc Mächler
Regierungspräsident

Innovationskraft erhöhen

Die Regierung hat mit dem Besuch der OST (Ostschweizer Fachhochschule) in Rapperswil im Rahmen des Vertiefungsanlasses der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich vom 29. Oktober 2021 aufgezeigt, dass die Gestaltung des digitalen Wandels und die Erhöhung der Innovationskraft wichtige Prioritäten darstellen. Der Kanton St. Gallen setzt sich für innovative und zukunftssträchtige Branchen ein und schafft eine nachhaltige Standortpolitik. Dabei stellen innovationsfördernde Rahmenbedingungen und der Technologietransfer zwischen Wirtschaft, Forschung und Bildungsinstitutionen wertvolle Erfolgsfaktoren dar. Der vom Bund 2021 bewilligte Innovationspark Ost als Teil von Switzerland Innovation wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

Die Digitalisierung ist ein zentraler Innovationstreiber und damit eine wichtige Voraussetzung für eine prosperierende Region. Wichtiges Ziel für die nächsten Jahre ist, die Rahmenbedingungen für unsere Gesellschaft derart auszugestalten, dass sie das Potenzial der Digitalisierung ausschöpfen kann. Zudem fördert die St. Galler Regierung explizit die Nutzung von neuen Technologien. Ein wichtiger Pfeiler, um passende Rahmenbedingungen zu schaffen, ist die E-Government-Strategie des Kantons St. Gallen. Damit will der Kanton den Zugang zu staatlichen Diensten für die Wirtschaft und die Bevölkerung verbessern und online zugänglich machen. Die Interaktion der Unternehmen wie auch der Bürgerinnen und Bürger mit den öffentlichen Stellen soll einfacher und schneller werden. Dank dem E-Government-Gesetz haben wir die Möglichkeit, dass bei strategischen E-Services alle 77 Gemeinden im Kanton und sämtliche Amtsstellen eingebunden werden beziehungsweise diese eine Lösung anwenden müssen. Mit der Pandemie hat sich ein Zeitfenster geöffnet, in dem die Digitalisierung stärker vorangetrieben werden kann. Dieses gilt es nun zu nutzen.

Im Namen der St. Galler Regierung danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren ausserordentlichen Einsatz im letzten Jahr, insbesondere auch für die Mitwirkung bei der Entwicklung und der Umsetzung der Schwerpunktplanung. Ihnen allen wünsche ich für das Jahr 2022 viel Erfolg und gute Gesundheit.

Marc Mächler, Regierungspräsident



Die Regierung in der Alten Spinnerei in Murg, einem symbolischen Ort für die Weiterentwicklung und Innovationskraft des Kantons: Wo früher Spinnereimaschinen standen, entwickeln heute neue Fachkräfte Lösungen für die Probleme unserer Zeit.

1. Staatskanzlei



Staatssekretär Benedikt van Spyk
Leiter Staatskanzlei

Was war Ihr beruflicher Höhepunkt im Jahr 2021?

Die Erarbeitung der Schwerpunktplanung gemeinsam mit der Regierung und der Generalsekretäre-Konferenz. Mit der Schwerpunktplanung wollen wir den Kanton weiterentwickeln und für die Bevölkerung und die Wirtschaft Mehrwerte schaffen. Ein zweiter Höhepunkt war die Erarbeitung der neuen Strategie der Staatskanzlei zusammen mit den Mitarbeitenden: «Brücken bauen, Neues entdecken, gemeinsam wachsen.» Die Strategie bringt die zentralen Werte der Staatskanzlei zum Ausdruck.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

Durch die Schwerpunktplanung werden zentrale Themen wie die Innovation, die Digitalisierung und der Klimaschutz priorisiert. So können wir diese für den Kanton wichtigen Themen fokussiert angehen und sie erhalten die nötige politische Aufmerksamkeit.

Wo konnte die Staatskanzlei sonst Akzente setzen?

Sicherlich in der Krisenunterstützung der Regierung und des Kantonalen Führungsstabs in Bezug auf Corona. Hier waren wir in fast allen Bereichen gefordert: in der Rechtsetzung, der Kommunikation, der politischen Koordination mit anderen Kantonen sowie in der Unterstützung von Sessionen extra muros. Gleichzeitig hat sich die Staatskanzlei stark im Bereich der Digitalisierung engagiert. Wir haben ein Organisations- und Steuerungskonzept für die digitale Transformation in der Staatsverwaltung und bei den St. Galler Gemeinden erstellt. Zudem konnten wir verschiedene Digitalisierungsprojekte umsetzen wie beispielweise die digitale Postbearbeitung.

Was hätte im Jahr 2021 besser funktionieren können?

Die Corona-Krise hat im Jahr 2021 die Mitarbeitenden zusätzlich stark belastet. Dabei ist es uns nicht optimal gelungen, die besonders stark durch Corona eingebundenen Mitarbeitenden zu entlasten und zu unterstützen.

Wo wollen Sie im Jahr 2022 Akzente setzen?

In den Aussenbeziehungen: Wir werden im Kanton St. Gallen ein Pilottreffen einer Regierungskommission Bodensee mit Vertreterinnen und Vertretern der auswärtigen Ämter des Bundes, von Deutschland, Österreich sowie Liechtenstein organisieren. Der Kanton möchte in diesem Rahmen insbesondere das Thema des grenzüberschreitenden Verkehrs voranbringen.

Digitalisierung und Krisenbewältigung: Wir helfen mit.

Die Bewältigung der Corona-Krise forderte die Staatskanzlei auch im Jahr 2021 heraus. Sie unterstützte die Regierung in den Bereichen Rechtsetzung, Kommunikation, Administration und Infrastruktur. Gleichzeitig hat die Staatskanzlei zusätzliche Projekte lanciert. So entstanden neue digitale Angebote, neue Gesetzesprojekte und eine neue Schwerpunktplanung für die Zukunft.

Das Virus behielt auch im vergangenen Jahr den Taktstock in der Hand und hat die Arbeit der Staatskanzlei wesentlich geprägt. Die Herausforderung war, die Arbeiten im Zusammenhang mit Corona zusätzlich zu den bestehenden Aufgaben der Staatskanzlei zu bewältigen. Dies haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit viel Engagement gemeistert und so die Krisenbewältigung des Kantons massgeblich unterstützt.

Die Dienststelle Recht und Legistik begleitete die Regierung und die Departemente bei zahlreichen rechtlichen und politischen Themen rund um Corona, unter anderem bei der Erarbeitung von kantonalen Erlassen und Vorlagen, bei den Stellungnahmen zu Konsultationen des Bundes sowie durch die Mitwirkung im Kantonalen Führungsstab. Zudem hat sich die Staatskanzlei intensiv für die Abstimmung der Massnahmen und Stellungnahmen unter den

Kantonen St. Gallen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und Thurgau eingesetzt.

«Die Mitarbeitenden der Staatskanzlei haben die Krisenbewältigung des Kantons massgeblich unterstützt.»

Die Dienststelle Kommunikation war weiterhin in der Krisenkommunikation und vor allem beim Thema Impfung gefordert. In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsdepartement informierte sie die Öffentlichkeit über die Nationale Impfwoche im November und stand über die Social-Media-Kanäle mit der Bevölkerung in Kontakt.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Regierungsrat Bruno Damann informieren sich im Pop-up-Impfzentrum Altstätten über den Verlauf der nationalen Impfwoche.





Dank der Staatskanzlei konnte die Bevölkerung die Sessionen in den Olma-Hallen live im Internet verfolgen.

Auch auf den Sitzungsrhythmus der Regierung und auf deren Beschlüsse hatte die Corona-Pandemie einen Einfluss. Im Vergleich zum Vorjahr gab es neben 38 ordentlichen zwar nur noch 9 ausserordentliche Sitzungen (2020 waren es noch deren 22). Dafür wurden im letzten Jahr mehr als 1000 Regierungsbeschlüsse ausgefertigt. Diese Zunahme hat direkt mit Corona zu tun: Es gab alleine 130 Beschwerden mit Bezug auf die eidgenössische Volksabstimmung vom 28. November 2021 zur Änderung des Covid-19-Gesetzes. Die Abteilung Administration hat sich auch im vergangenen Jahr darum gekümmert, dass die Tagesordnungen erstellt wurden, die Sitzungsunterlagen rechtzeitig und vollständig elektronisch zur Verfügung standen und die Beschlüsse fristgerecht ausgefertigt werden konnten.

Um die Corona-Distanzregeln einzuhalten, tagte der Kantonsrat auch 2021 extra muros in den Olma-Hallen. Dabei sorgte die Dienststelle Informatik und Infrastruktur dafür, dass die Sessionen papierlos über das Ratsinformationssystem durchgeführt werden konnten und eine elektronische Abstimmungsanlage zur Verfügung stand. Dank der Dienststelle Kommunikation konnte die Bevölkerung die Debatten des Kantonsrates live im Internet verfolgen. Dies erforderte einen hohen Ressourcenaufwand.

Fünf Schwerpunktziele für die Zukunft

Einen Fokus bildete im Jahr 2021 die Schwerpunktplanung der Regierung 2021–2031. Die Regierung und die Generalsekretäre-Konferenz erarbeiteten die neue Strategie in einem mehrstufigen Verfahren, begleitet von der Dienststelle Politische Planung, Controlling und Führungsunterstützung der Staatskanzlei. Die Basis bildete ein Grundlagenbericht, in dem die Stärken und Schwächen des Kantons St. Gallen sowie die künftigen Chancen und Gefahren für den Kanton

analysiert worden waren. Dank der engen Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Planungs- und Steuerungsinstrumente konnten die Departemente ihre fachliche Sicht von Beginn an einbringen.

«Mit der neuen Schwerpunktplanung will die Regierung den Kanton als attraktiven Ort zum Leben, Arbeiten und Wirtschaften positionieren.»

Im Vergleich zur Schwerpunktplanung 2017–2027 wurde eine deutliche Fokussierung und Reduktion der strategischen Ziele und Inhalte vorgenommen. Die Regierung verfolgt nun fünf Schwerpunktziele: Sie will die Innovationskraft erhöhen, den digitalen Wandel gestalten, den Klimaschutz stärken, die Chancengerechtigkeit sicherstellen und die Strukturentwicklung fördern. Damit will sie den Kanton als attraktiven Ort zum Leben, Arbeiten und Wirtschaften positionieren. Bei der Umsetzung der Schwerpunktziele wird sich die Regierung an den drei Handlungsprinzipien «Chancenorientierung», «Vernetzung und Kooperationen» sowie «Nachhaltigkeit» orientieren. Am 2. Juni stellte die Regierung die Schwerpunktplanung 2021–2031 der Öffentlichkeit vor; der Kantonsrat nahm sie in der Septembersession 2021 zur Kenntnis. Ein besonderes Augenmerk gilt der digitalen Präsentation der Schwerpunktplanung und ihrer Umsetzung unter www.schwerpunktplanung.sg.ch.

Gestützt auf die Schwerpunktplanung wurden die Departemente und die Staatskanzlei eingeladen, ihre Departementsstrategien zu überarbeiten. Die Staatskanzlei hat diese Arbeiten angeleitet und koordiniert. Sämtliche Departementsstrategien sowie die Strategie der Staatskanzlei konnten von der Regierung im Januar 2022 verabschiedet werden. Diese Strategien bilden eine wesentliche Grundlage für die Umsetzungsplanung und das Umsetzungscontrolling der Schwerpunktplanung 2021–2031.

Digitalen Wandel nutzen und mitgestalten

Im Rahmen der Schwerpunktplanung hat sich die Regierung zum Ziel gesetzt, den digitalen Wandel schweizweit mitzuprägen. Dafür wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Staatskanzlei eingeladen, ein Konzept für die staatsebenenübergreifende Organisation und Steuerung der digitalen Transformation in der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe schlägt die Schaffung eines Programmmanagements vor, das sich dem Thema auf einer übergeordneten Ebene annimmt, die notwendige Koordination und Abstimmung sicherstellt und die digitale Transformation vorantreibt. Dieses Programmmanagement für die digitale Transformation ist bei der Staatskanzlei angesiedelt und wird in einer Übergangsphase durch einen E-Government-Projektkredit finanziert.

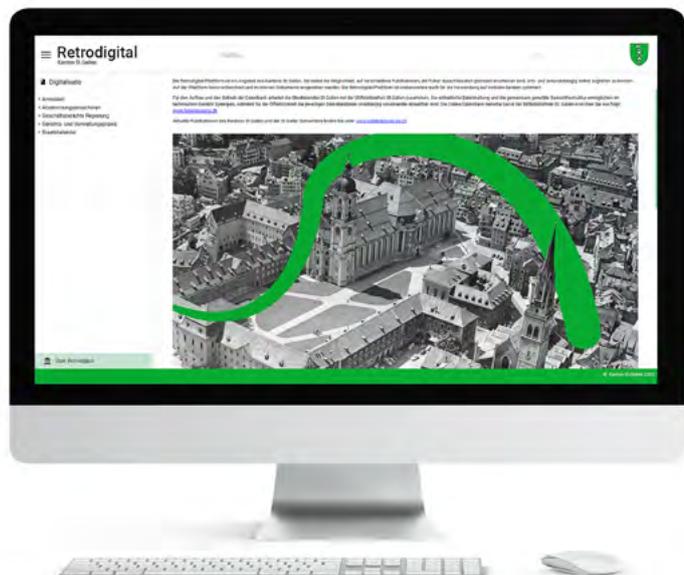
Auch bei der Dienststelle Informatik und Infrastruktur stand das vergangene Jahr im Zeichen der Digitalisierung. So hat sie die digitale Postbearbeitung für die kantonale Verwaltung ausgebaut und gemeinsam mit dem Amt für

Finanzdienstleistungen die elektronische Rechnungsverarbeitung eingeführt. Gleichzeitig baute die Staatskanzlei mit dem Scanning eine Dienstleistung für die weiteren Dienststellen des Kantons auf, mit der physisch vorhandene Archive digitalisiert werden. So werden einerseits Räume frei, andererseits können die Mitarbeitenden die Unterlagen bequem am Bildschirm konsultieren.

Mit der Plattform Retrodigital stellt der Kanton der Bevölkerung unter www.retrodigital.sg.ch eine Online-Anwendung zur Verfügung, auf der sie verschiedene, früher nur gedruckt erschienene Publikationen elektronisch nutzen kann. Retrodigital ergänzt damit die Publikationsplattform, auf der amtliche Publikationen seit Mitte 2019 rechtsverbindlich im Internet veröffentlicht werden.

Im Rahmen der Umsetzung der E-Government-Strategie von Kanton und Gemeinden hat die Staatskanzlei begonnen, die Basisdienstleistungen der Digitalisierung zu entwickeln. Dabei handelt es sich um die E-ID (sicheres Login), die E-Signatur (rechtsgültige elektronische Unterschrift) und die E-Zustellung (rechtsgültige elektronische Zustellung). Diese Services sollen als Grundlage für weitere elektronische Dienstleistungen dienen, welche die kantonale und kommunale Verwaltung ihren Einwohnerinnen und Einwohnern anbieten möchte.

Bedingt durch die Pandemie war die Umstellung auf digitale Formate auch für die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen ein Thema. Konferenzen und Sitzungen im internationalen und grenzüberschreitenden Bereich fanden



Dank der Plattform Retrodigital kann die Bevölkerung viele historische und aktuelle Publikationen nun auch elektronisch nutzen.



Die Teilnehmenden der 42. Regierungschefkonferenz der Internationalen Bodensee-Konferenz am 10. Dezember 2021 im Kantonsratssaal und am Bildschirm zugeschaltet.

vielfach in hybrider Form oder ganz im digitalen Raum statt. Im April 2021 traf beispielsweise die Regierung des Kantons St. Gallen die Regierung des Landes Vorarlberg digital und führte die politischen Gespräche aus dem eigens dafür eingerichteten Videokonferenzzimmer im Regierungsgebäude.

Eine besondere Herausforderung bildete auch das Vorsitzjahr des Kantons St. Gallen in der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK). Je nach Jahreszeit und Virusentwicklung organisierte die Koordinationsstelle verschiedene Formate: von der rein digitalen Konferenz im Winter über den Hybrid bis zu rein physischen Sitzungen. Die Erfahrung hat trotz des guten Gelingens gezeigt: Eine Videokonferenz von Regierungsmitgliedern kann die Unmittelbarkeit und den direkten Kontakt am Sitzungstisch nicht ersetzen.

«Eine Videokonferenz kann die Unmittelbarkeit und den direkten Kontakt am Sitzungstisch nicht ersetzen.»

Die Dienststelle Kommunikation hat sich zudem neu organisiert und mit dem Bereich «Publishing» die digitalen und Print-Dienstleistungen für die Verwaltung professionalisiert und ausgebaut. Mit der neuen Organisation kann die Digitalisierung im Bereich Print, Grafik und Bild vorangetrieben werden. Im April 2021 startete in Zusammenarbeit mit zwei Departementen eine Pilotphase für Druck- und Grafikaufträge.

Neue Kommunikationswege, neues Gesetzesrecht, neue Tools

Die Dienststelle Kommunikation beschäftigte sich im vergangenen Jahr zudem mit der Frage, in welchem digitalen Raum die Mitarbeitenden des Kantons am besten erreicht werden können. Dafür hat sie die Amtsleitenden nach dem Status quo der internen Kommunikationsmittel gefragt und eine Umfrage bei Grossunternehmen und anderen Kantonen durchgeführt. Mit Hilfe dieser Auswertungen will die Staatskanzlei den verwaltungsinternen Informationsfluss weiter optimieren.

Darüber hinaus unterstützte die Dienststelle die Regierung bei der Kommunikation von grossen Projekten wie der neuen Schwerpunktplanung oder dem Haushaltsgleichgewicht 2022plus. In den vier Ausgaben der Personalzeitschrift «Pfalzbrief» stellte sie die grossen Themen «Macht», «Träume», «Geld» und «Liebe» in den Mittelpunkt.

Zwei grössere Gesetzgebungsprojekte aus dem Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei konnte die Dienststelle Recht und Legistik erfolgreich auf den Weg bringen: Mit der «Sammelvorlage Gewaltenteilung» werden drei Motionen des Kantonsrates durch Nachträge zum Staatsverwaltungsgesetz umgesetzt – zum Einbezug des Kantonsrates beim Verordnungsrecht, zu Abstimmungsempfehlungen der Regierung bei kantonalen Vorlagen und zur gleichzeitigen Mitgliedschaft in Regierung und Bundesversammlung. Der Kantonsrat ist in der Novembersession 2021 auf alle drei Erlasse in erster Lesung eingetreten.

Mehrere weitere parlamentarische Vorstösse und Aufträge werden mit der Sammelvorlage zur Änderung des Gesetzes über Referendum und Initiative umgesetzt. Hier geht es



Die kantonalen Abstimmungsbüchlein sollen modernisiert werden; dazu hat die Dienststelle Recht und Legistik die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen erarbeitet.

einerseits um eine Modernisierung der Vorgaben zum erläuternden Bericht (Abstimmungsbüchlein) sowie andererseits um eine Straffung des Verfahrens durch verschiedene Fristen. Die Regierung hat die Vorlage im Dezember 2021 zuhanden des Kantonsrates verabschiedet.

«Die Staatskanzlei möchte die interne Kommunikation für die Mitarbeitenden optimieren.»

Im Bereich der politischen Rechte standen im Jahr 2021 neben der Vorbereitung und Durchführung der verschiedenen eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen die Vorbereitungsarbeiten zur Ablösung des in die Jahre gekommenen Ergebnisermittlungssystems für Wahlen und Abstimmungen im Zentrum. Dieses wird in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 durch eine moderne Lösung ersetzt.

Erlasse überprüft und Reorganisation vollendet

Seit 2020 überprüft die Regierung Erlasse periodisch und gestützt auf ein vom Kantonsrat festgelegtes Prüfprogramm hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, ihrer verfassungskonformen Umsetzung der Aufgabenzuteilung an Kanton und Gemeinden sowie ihrer Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Die Dienststelle Politische Planung, Controlling und Führungsunterstützung unterstützte die Regierung sowohl bei der Erstellung des Prüfberichts zum Prüfprogramm 2020 als auch bei der Erarbeitung des neuen Prüfprogramms 2021. Zudem wurde ein Konzept zur systematischen Erfassung und Auswahl der zu prüfenden

Erlasse erarbeitet. Der Kantonsrat trat in der Septembersession 2021 auf den Prüfbericht zum Prüfprogramm 2020 und das Prüfprogramm 2021 des Regulierungscontrollings ein.

Die im Jahr 2020 angestossene Neustrukturierung der Staatskanzlei wurde im vergangenen Jahr vollendet. Mit der abgeschlossenen Reorganisation der Materialzentrale wird das Büromaterial neu nicht mehr von der Staatskanzlei vertrieben, sondern direkt über einen externen Anbieter bezogen. Damit entfallen viele Doppelspurigkeiten und den Dienststellen konnte ein schneller Service mit Bestellungen über ein Webportal zur Verfügung gestellt werden. In einen Teil der frei gewordenen Räume der Materialzentrale zog im Sommer die Dienststelle Kommunikation ein. Die räumliche Nähe der beiden Abteilungen Integrierte Kommunikation und Publishing ermöglicht eine noch gezieltere Zusammenarbeit.

Ausblick 2022

Im Jahr 2022 möchte die Staatskanzlei im Rahmen des Pilottreffens einer Regierungskommission Bodensee einen ausserpolitischen Akzent setzen. Die Anliegen des gesamten Grenzraums sollen dadurch stärker auf nationaler Ebene eingebracht werden. Zudem möchte die Staatskanzlei das Konzept für das Programmmanagement der digitalen Transformation der Staatsverwaltung und der St. Galler Gemeinden umsetzen. Schliesslich stehen die Einführung eines neuen Ergebnisermittlungssystems (Ablösung WABSTI) sowie Pilotversuche mit der elektronischen Zustellung von Briefpost (E-Zustellung) an. Der Geschäftsbericht 2022 soll ebenfalls in eine digitale Form überführt werden.

Die Staatskanzlei in Zahlen

	2021
Anzahl verarbeitete Vorstösse	232
Anzahl Beglaubigungen	7430
Anzahl Anlässe in den Räumlichkeiten des Regierungsgebäudes	192
Anzahl begleitete Regierungssitzungen	47
Anzahl Medienmitteilungen	395

2. Volkswirtschaftsdepartement



Regierungsrat Beat Tinner
Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement

Was war Ihr beruflicher Höhepunkt im Jahr 2021?

Die Gründung des Switzerland Innovation Park Ost war sicherlich ein Höhepunkt. Mit diesem bedeutenden Meilenstein haben wir einen neuen Vernetzungsstandort für Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung für die Ostschweiz etablieren können. Die Ostschweiz hat es mit diesem Generationenprojekt auf die verdiente nationale Innovationslandkarte geschafft.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

Der Switzerland Innovation Park Ost schafft die Grundlage für die Vernetzung und innovative Weiterentwicklung der Geschäftsfelder zahlreicher Branchen und Unternehmen. Damit wird die nationale und internationale Positionierung des Kantons in zukunftsgerichteten Innovationsfeldern gestärkt und die Wertschöpfungskraft erhöht. In den Corona-Zeiten ist der Wert von Forschung und Innovation für die Gesellschaft augenfällig geworden.

Wo konnte Ihr Departement sonst Akzente setzen?

Ein Schwerpunkt lag auf der Projektarbeit, damit der zukünftige Leistungsumfang der kantonalen Landwirtschaftspolitik definiert werden kann. Bei der Tierleidinitiative konnten wir nach ausführlicher parlamentarischer Diskussion zwischen den direkt betroffenen Landwirtinnen und Landwirten und dem Initiativkomitee einen tragbaren Kompromiss erarbeiten. Weiter haben wir erste Schritte unternommen, um den öffentlichen Verkehr über die Grenzen hinweg attraktiver auszugestalten.

Was hätte im Jahr 2021 besser funktionieren können?

Die Zusammenarbeit der Staatsebenen im Rahmen der Corona-Pandemie war auch im letzten Jahr herausfordernd. Teilweise entstand der Eindruck, dass Bund und Kantone sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben würden. Für das Vertrauen in die politische Führung sind öffentlich ausgetragene Meinungsdivergenzen zu vermeiden. In künftigen Krisenlagen ist eine strukturierte Gesamtkoordination auf politischer Ebene zu etablieren und der Föderalismus trotzdem hochzuhalten.

Wo wollen Sie im Jahr 2022 Akzente setzen?

Wir wollen die innovationsfördernden Rahmenbedingungen für die Wirtschaft optimieren und deren Handlungsfreiheit den heutigen Bedürfnissen anpassen. Dazu zählen die Ausarbeitung des neuen Standortförderungsprogramms, die Prüfung der Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und auch die Bereitstellung von ausreichend verfügbaren Flächen und Entwicklungsmöglichkeiten für Unternehmen, um zukunftsgerichtete Arbeitsplätze zu schaffen.

Innovation als Motor der Wirtschaft

Auch im Jahr 2021 belasteten die Auswirkungen der Corona-Pandemie die St. Galler Wirtschaft stark. In engem Dialog mit Kanton, Bund und Wirtschaftsakteuren ist es der Regierung jedoch gelungen, die direkt betroffenen Unternehmen zu unterstützen. Dank der wirtschaftlich bedeutenden, wiedererstarkenden Exportwirtschaft und der erneuten Konsumfreude ist nun wieder Optimismus zu spüren. Die Gründung des Switzerland Innovation Park Ost ist ein weiterer Treiber, der den Kanton zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und Wohnort gedeihen lässt und Arbeitsplätze schafft. Gerade in Zeiten von Corona ist die langfristige Investition in Forschung und Innovation zentral.

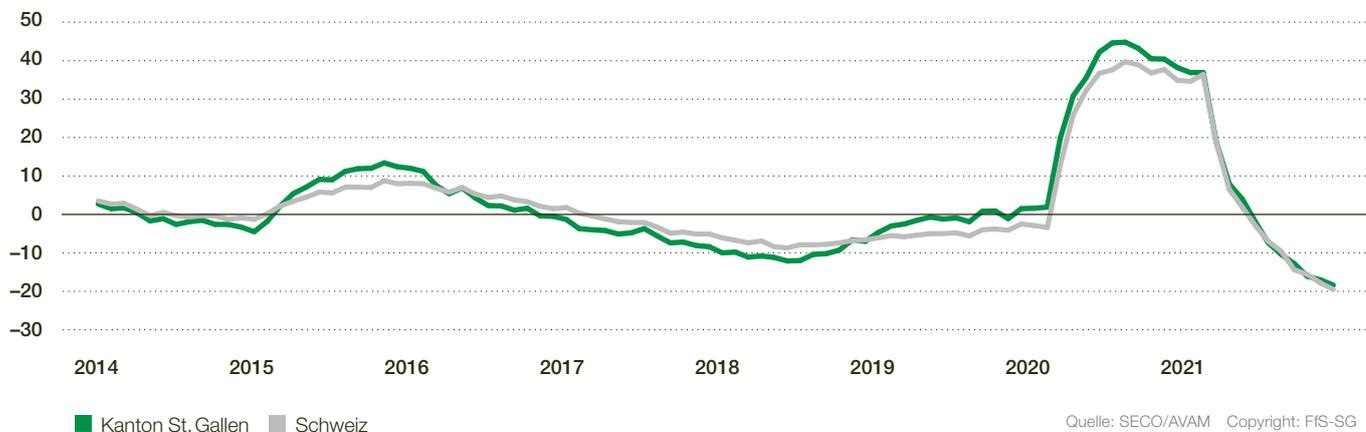
Auch im zweiten Jahr der Pandemie hat das Coronavirus das Volkswirtschaftsdepartement und insbesondere das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) herausgefordert. Das Instrument der Kurzarbeit wurde 2021 immer noch

«In den ersten neun Monaten des Jahres entschädigte die Arbeitslosenversicherung im Rahmen der Kurzarbeit 8 Millionen ausgefallene Arbeitsstunden mit rund 200 Millionen Franken.»

in hohem Masse nachgefragt, allerdings bei sinkender Tendenz. In den ersten neun Monaten entschädigte die Arbeitslosenversicherung 8 Millionen ausgefallene Arbeitsstunden mit rund 200 Millionen Franken. Weiter war das AWA für die Kontrollen der betrieblichen Schutzkonzepte sowie für die Organisation und Durchführung von wirtschaftlichen Unterstützungs- und Absicherungsprogrammen inklusive Aufbau der Missbrauchsbekämpfung zuständig. Basierend auf den gesetzlichen Bestimmungen des Bundes hat die Regierung per 1. Januar 2021 das St. Galler Covid-19-Härtefallprogramm in Kraft gesetzt, das in der Folge mehrfach an die veränderten Gegebenheiten angepasst wurde. Zwischen dem 4. Januar und dem 31. Oktober 2021 wurden beim AWA 1913 Gesuche von Unternehmen mit 11 206 Vollzeitäquivalenten eingereicht. In rund 80 Prozent der Fälle konnten Unterstützungsgelder ausbezahlt werden. Die gewährte Finanzhilfe von 155 Millionen Franken teilt sich auf in 7 Millionen Franken Bürgschaften und 148 Millionen Franken À-fonds-perdu-Beiträge.

Prozentuale Veränderung der Anzahl Stellensuchenden gegenüber Vorjahresmonat

Die Zahl der Stellensuchenden nahm 2021 im Vergleich zum Vorjahr um rund 17 Prozent ab.

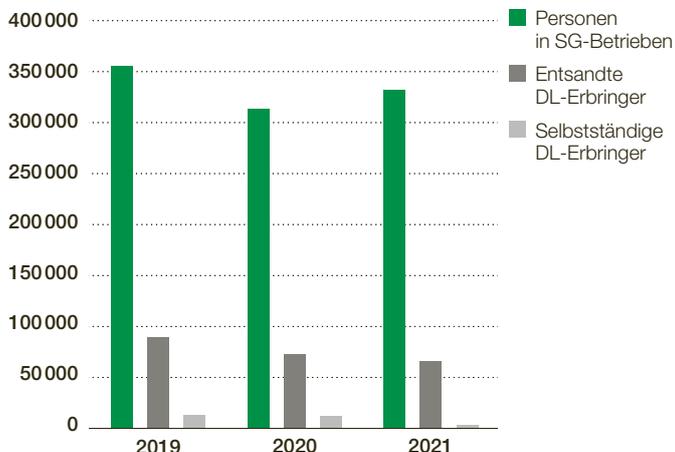


Rückgang bei den Stellensuchenden und Prüfung einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten

Zu Beginn des Jahres 2021 zählte der Kanton St. Gallen über 14 000 Stellensuchende. Danach setzte als Folge der wirtschaftlichen Erholung allmählich ein Rückgang ein. Am Ende des Jahres waren noch rund 12 000 Stellensuchende auf den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) gemeldet.

Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen

Anzahl gemeldeter Arbeitstage 2019–2021 (Jan.–Nov.)

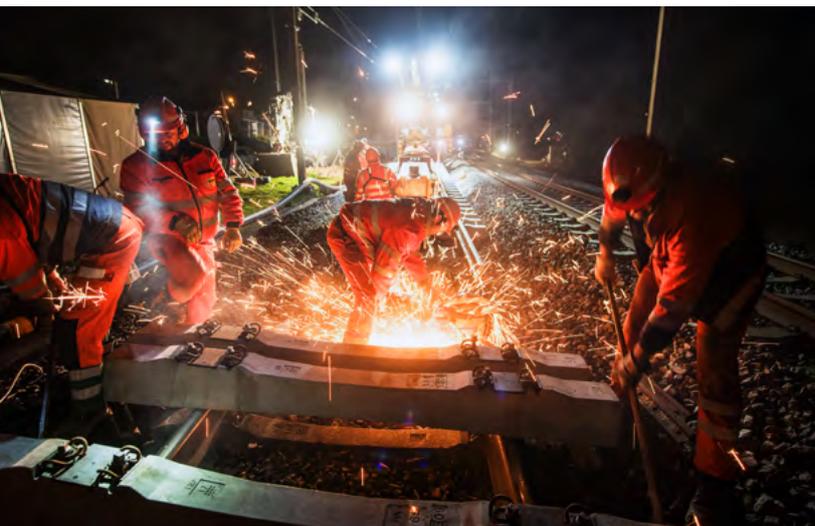


Der Umfang der grenzüberschreitenden Dienstleistungen im Rahmen der Personenfreizügigkeit hat das Niveau aus den Zeiten vor der Pandemie noch nicht erreicht.

Die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU/EFTA war 2021 leicht rückläufig. Es kamen rund 18 000 Personen mit Stellenantritt bei Schweizer Betrieben und rund 13 000 Personen als Entsandte von ausländischen Betrieben sowie rund 2 100 selbstständige Dienstleistungserbringer in den Kanton St. Gallen. Dabei wurden rund 400 000 Arbeitstage geleistet. Damit liegen die Zahlen noch immer klar tiefer als vor der Pandemie: Im Jahr 2019 leisteten 40 000 Personen rund 460 000 Arbeitstage.

Im Februar 2021 hiess der Kantonsrat die Motion 42.20.25 «Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten» gut. Er lud damit die Regierung ein, einen Nachtrag zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung (RLG) vorzulegen. Dieser soll die Ladenöffnungszeiten dauerhaft liberalisieren oder ganz auf eine Regulierung der Ladenöffnungszeiten verzichten. Nach Auffassung der Motionärinnen und Motionäre hätte eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten gleich drei positive Effekte: die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit von Läden gegenüber Online-Angeboten, eine bessere Verteilung der Kundenströme und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Randzeiten. Das Volkswirtschaftsdepartement wird der Regierung im ersten Quartal 2022 Bericht und Entwurf eines entsprechenden Nachtrags zum RLG vorlegen.

«Der Switzerland Innovation Park Ost hat eine Ausstrahlung weit über die Kantonsgrenzen hinweg.»



Rege Bautätigkeiten, um das St. Galler Bahnnetz laufend zu verbessern.
(Bild: SBB CFF FFS)



Der neue Eurocity fährt in zweieinhalb Stunden von St. Gallen nach München.
(Bild: Marvin Schenk)

Innovation und Digitalisierung vorantreiben

Am 2. September 2021 wurde in St. Gallen der Switzerland Innovation Park Ost gegründet. In den kommenden zehn Jahren soll das Generationenprojekt sein volles Potenzial entfalten und als unverzichtbares, starkes und pulsierendes Ökosystem wahrgenommen werden. Bis Ende 2022 ist die Funktionsfähigkeit des Innovationsparks sichergestellt. In der zweiten Phase bis 2025 ist die volle Leistungsfähigkeit und ab 2031 die Gewinnschwelle zu erreichen. Dies entspricht dem Schwerpunktziel «Innovationskraft erhöhen» der Schwerpunktplanung 2021–2031.

Das Volkswirtschaftsdepartement konnte im Jahr 2021 die Digitalisierung in verschiedenen Bereichen vorantreiben. In der Rolle als Pilotdepartement führte es in ausgewählten Bereichen die digitale Postbearbeitung ein. Auch Kreditorenrechnungen können nun mit Unterstützung von IT-Intelligenz mit einem digitalen Prozess verarbeitet werden. Dank dem coronabedingten Digitalisierungsschub konnte auch die Arbeitslosenversicherung ihre elektronischen Dienstleistungen verbessern. Der Kanton St. Gallen hatte bei der Entwicklung der Dienstleistungen auf Bundesebene massgeblichen Anteil. Stellensuchende können nun dem RAV und der Arbeitslosenkasse Formulare online übermitteln, Bewerbungsunterlagen hochladen und offene Stellen suchen – auch solche, die der Stellenmeldepflicht unterliegen und noch nicht öffentlich publiziert werden dürfen. Die digitalen Angebote der Arbeitslosenversicherung finden auch bei den St. Galler Unternehmen Anklang. Im Bereich Kurzarbeit wurden 78,5 Prozent der Voranmeldungen (gegenüber 26,4 Prozent im Landesdurchschnitt) über den neuen eService abgewickelt.

Ausbau im öffentlichen Verkehr und Visionen für den Gütertransport

Die Regierung hat im vergangenen Jahr den Projektauftrag zur Erarbeitung des 7. öV-Programms mit einer Laufzeit von 2024 bis 2028 verabschiedet. Das Programm zeigt die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten und Ziele des öffentlichen Verkehrs auf. Es wird dem Kantonsrat im Sommer 2023 vorgelegt.

«Mit der schnellen Bahnverbindung von St. Gallen nach München wurde punkto Infrastruktur im öffentlichen Verkehr ein Quantensprung erreicht.»

Ihrem Ziel «Leistungsfähige Infrastruktur» der Schwerpunktplanung folgend, fördert die Regierung laufend Verbesserungen im öffentlichen Verkehr. Der Fahrplanwechsel vom Dezember 2021 brachte gleich mehrere neue Angebote. So verkehrt der Eurocity zwischen St. Gallen und München neu in der Zielfahrzeit von nur noch zweieinhalb Stunden. Zeitgleich konnte eine grenzüberschreitende S-Bahn zwischen Romanshorn, Rorschach, Bregenz und Lindau eingeführt werden.

Im Sommer 2021 wurde in Rorschach der modernisierte Stadtbahnhof eingeweiht. Die neue Anlage mit zwei Gleisen erlaubt einen stabileren Bahnbetrieb und ermöglicht den Reisenden einen bequemen Umstieg zwischen Bahn und Bus. Ebenfalls fiel der Startschuss zum Doppelspurusbau



Sepp Koller, Wildhüter Kreis 2 Rheintal-Werdenberg, informierte am WWLK-Weiterbildungstag über das Bibermanagement im St. Galler Rheintal.
(Bild: Heini Schwendener)

zwischen Uznach und Schmerikon. Nach Abschluss der Bauarbeiten Ende 2023 verkehren neu halbstündlich direkte Züge zwischen St. Gallen, Wattwil und Rapperswil. Weiter wurden finanzielle Beiträge an die Verschiebung des Bahnhofs Bruggen auf die Höhe des Bahnhofs Haggen und an den Bau der neuen Bahnhaltestelle Trübbach-Fährhütte gesprochen. Dies trägt nicht nur zu einer modernisierten Bahninfrastruktur bei, sondern lässt auch Gebiete mit einem grossen Entwicklungspotenzial entstehen.



Aufwertungsmassnahmen: Zwei Drittel der Teilmassnahmen der Biodiversitätsstrategie konnten bisher planmässig umgesetzt werden.
(Bild: René Ruis)

Die Vision eines unterirdischen Logistiksystems in der Schweiz konkretisiert sich. So hat das Bundesparlament Ende 2021 das Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport verabschiedet. Die Cargo sous terrain AG plant aktuell die erste Teilstrecke zwischen Zürich und dem Mittelland. Stimmen die ausschliesslich privaten Investoren der Realisierung zu, kann diese Strecke 2031 in Betrieb genommen werden. Der Kanton St. Gallen plant einen raschen Anschluss an das zukunftsweisende System und bearbeitet zurzeit gemeinsam mit der Cargo sous terrain AG eine Potenzialstudie für eine Netzerweiterung in Richtung Ostschweiz. Die Studie soll bis im Frühling 2022 vorliegen.

«Die Biodiversitätsstrategie des Kantons ist auf Kurs.»

Vielfalt an Lebensräumen erhalten und Wildtiere schützen

Das Kantonsforstamt erarbeitete 2021 die Vorlage für einen Nachtrag zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (EG-WaG). Sie sieht die gezielte finanzielle Förderung von im Wald erbrachten Leistungen vor, wie etwa zu Waldschäden, Schadorganismen, Arbeitssicherheit und Walderschliessung. Auch sollen Massnahmen im Bereich Schutzwald und Biodiversität gezielt unterstützt werden. Die Regierung wird dem Kantonsrat Bericht und Entwurf zu einem II. Nachtrag EG-WaG im Sommer 2022 vorlegen.

Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie St. Gallen 2018–2025 ist auf Kurs. Zwei Drittel der vorgesehenen Teilmassnahmen konnten bisher terminlich und im Umfang planmässig umgesetzt werden. Zu den bisherigen Erfolgen zählen unter anderem die systematische Zustandserfassung der Biotope von nationaler und regionaler Bedeutung als

Vom Stacheldrahtverbot ausgenommen sind Rindviehweiden im Sömmerungsgebiet – vorausgesetzt, der Draht wird am Ende der Weidezeit abgelegt.
(Bild: ANJF)

wesentliche Grundlage für zukünftige Aufwertungs- und Sanierungsprojekte. Damit wird ein wichtiger Grundstein gemäss dem strategischen Ziel «Widerstandsfähige Ökosysteme» der Schwerpunktplanung gelegt.

Die Wald-Wild-Lebensraum-Kommission (WWLK) wurde im Jahr 2012 vom damaligen Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes gegründet. Die Kommission soll ein nachhaltiges Verfahren für den Umgang mit Problemen im Wald-Wild-Lebensraum entwickeln und das gegenseitige Verständnis der involvierten Interessengruppen fördern. Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern aus der Landwirtschaft, der Revierjagd St. Gallen, der Landwirtschaft St. Gallen & Liechtenstein sowie der für Jagd und Wald zuständigen kantonalen Fachstellen. Nach einer zwischenzeitlichen Sistierung wurde die Kommission im Jahr 2020 reaktiviert und traf sich 2021 zu zwei Sitzungen und einem Weiterbildungstag. Als wichtigstes Anliegen kristallisierte sich dabei die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Interessengruppen heraus. Diese Thematik wird nun auf verschiedenen Stufen angegangen.

Der Gegenvorschlag zur Gesetzesinitiative «Stopp dem Tierleid – gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere» resultierte in einem IV. Nachtrag zum kantonalen Jagdgesetz, der am 1. Oktober 2021 in Kraft getreten ist. Damit wurden Neuanlagen von Stacheldrahtzäunen mit einer Übergangsfrist von vier Jahren verboten. Lediglich im Sömmerungsgebiet dürfen sie bestehen bleiben, müssen aber im Winter abgelegt werden. Neu gibt es eine klare Frist zum Aufstellen und Abräumen von mobilen Weidenetzen und eine generelle Markierpflicht für Zäune.

Beim Landwirtschaftsamt war das Jahr 2021 geprägt von der Projektarbeit zur zukünftigen Ausgestaltung der kantonalen Landwirtschaftspolitik. Der Bericht wird im Jahr 2022 dem Regierungsrat vorgelegt und für den Leistungsauftrag des Landwirtschaftlichen Zentrums (LZSG) richtungweisend sein. Unter anderem sollen die Schwerpunkte Milchproduktion und Pflanzenbau gestärkt werden. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel ist die Digitalisierung für die Klimaanpassung zu nutzen. So wurde am LZSG der Ausbau der Praxisversuchstätigkeit vorangetrieben. Mit Sortenvergleichen an den Standorten Salez und Flawil werden Erfahrungen im Anbau neuer Kulturen gesammelt. Dies entspricht dem Schwerpunktziel «Klimaschutz stärken».



Versuchsfelder mit verschiedenen Nutzpflanzensorten und innovativen Kulturen am Landwirtschaftlichen Zentrum in Salez.
(Bild: LZSG)

Ausblick 2022

Die Corona-Pandemie dürfte für den Fortgang der Wirtschaft prägend bleiben und folglich auch die Geschäfte des Volkswirtschaftsdepartementes massgebend bestimmen. Die Pläne der Regierung für eine zeitgemässe Ausgestaltung der Tourismusfinanzierung werden im Jahr 2022 ebenso dem parlamentarischen Prozess zugeführt wie das Standortförderungsprogramm für die Jahre 2023 bis 2027. Dieses greift die beiden Stossrichtungen «Innovationskraft erhöhen» und «Digitalen Wandel gestalten» aus der Schwerpunktplanung 2021–2031 der Regierung gezielt auf. Neben der Ausarbeitung des 7. öV-Programms steht auch die Umsetzung der Massnahmen aus dem Projekt «Leistungsumfang und Art der Umsetzung der kantonalen Landwirtschaftspolitik» auf dem Programm.

3. Departement des Innern



Regierungsrätin Laura Bucher
Vorsteherin Departement des Innern

Was war Ihr beruflicher Höhepunkt im Jahr 2021?

Die Strategie «Frühe Förderung» 2021 bis 2026 zeigt, wie wichtig das Engagement von Gemeinden und Kanton für eine positive Entwicklung in den ersten Lebensjahren ist. Der Kantonsrat hat uns auf dieser Basis den Auftrag erteilt, gesetzliche Grundlagen für die Schaffung von bedarfsgerechten Angeboten in den Gemeinden vorzulegen. Auch Massnahmen zur Förderung sprachlicher und sozialer Kompetenzen von Kleinkindern gilt es zu prüfen.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

Massnahmen zur Elternbildung, Gesundheitsförderung, zugunsten der Qualität von Spielgruppen und für die kindgerechte Gestaltung des öffentlichen Raums kommen der gesamten Gesellschaft zugute. Gute Kitas und Horte sind wirkungsvoll, gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. So war ich froh, am ersten «Runden Tisch Vereinbarkeit» einen Konsens zwischen den Teilnehmenden zu erleben, wonach bei den Kitas Ausbaubedarf besteht.

Wo konnte Ihr Departement sonst Akzente setzen?

Die neue bauliche Lösung für das Staatsarchiv steht vor der Realisierung, das Projekt «Neue Bibliothek» ist mit dem Architekturentscheid einen grossen Schritt weiter. Stolz bin ich, dass wir im Bereich Handelsregister den ersten Chatbot der kantonalen Verwaltung realisiert haben – ein Beispiel der IT-Strategie meines Departementes. Mit Massnahmen im Sozialen und für die Kultur haben wir die Auswirkungen der Corona-Pandemie gedämpft.

Was hätte im Jahr 2021 besser funktionieren können?

Die Corona-Pandemie führte erneut zu erheblichen Arbeitsbelastungen für meine Mitarbeitenden. Die Rahmenbedingungen und Vorgaben, unter anderem für Alters- und Pflegeheime, änderten sich ständig. Dabei kam es einmal zu Ungereimtheiten bei der Koordination der Massnahmen. Wir haben auf die vermehrten Aufgaben im Bereich Alter rasch reagiert. Befristet steht eine zusätzliche Pflegespezialistin im Amt für Soziales für praktische Fragen der Heime zur Verfügung.

Wo wollen Sie im Jahr 2022 Akzente setzen?

Wir wollen prüfen, inwieweit die Digitalisierung bei der Weiterentwicklung von Gemeindestrukturen eine Rolle spielen kann. Das gute Miteinander mit den Gemeinden soll durch ein neues Finanzierungsmodell für Integrationsmassnahmen bekräftigt werden. Das Fördersystem für die Kinderbetreuung gilt es weiterzuentwickeln. Analog unserer neuen Departementsstrategie «Bedürfnisse erkennen. Teilhabe und Chancen ermöglichen» wollen wir auf partizipative Verfahren setzen, etwa bei der weiteren Planung des Betriebs der «Neuen Bibliothek».

Hilfe in der Krise und wichtige Meilensteine

Im Jahr 2021 stiess das Departement des Innern bei der Frühen Förderung wie auch im Kulturbereich wichtige Entwicklungsschritte an. Zudem sorgte es dafür, dass finanzielle Schäden aus der Corona-Pandemie gedämpft wurden – mit Massnahmen zugunsten von sozialen und kulturellen Institutionen, Kulturschaffenden sowie Privatpersonen.

Die Corona-Pandemie prägte auch im Jahr 2021 viele Bereiche des Departementes des Innern. Die verschiedenen Abteilungen informierten Betagten- und Pflegeheime, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie Kulturinstitutionen jeweils rasch und gezielt über neue Schutzbestimmungen und Rahmenbedingungen. Eine befristet angestellte Spezialistin im Amt für Soziales berät seit Frühling 2021 in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsdepartement die Betagten- und Pflegeheime in praktischen Fragen der Pflege und Hygiene. Der Kantonsrat genehmigte besondere

finanzielle Entschädigungen für die coronabedingten Mehrkosten und Ertragsausfälle von Behinderteninstitutionen. Die von der 2020 beschlossenen Bundeslösung noch nicht erfassten öffentlich-rechtlichen Kinderbetreuungsangebote konnten 2021 nachträglich ebenfalls Entschädigungen für Ertragsausfälle beantragen. Die besonderen aktuellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen wurden unter anderem mit Anpassungen der Leistungen des Kinderschutzzentrums und der Pro Juventute («Beratung + Hilfe 147») berücksichtigt. Die Situation soll ausserdem im Rahmen eines Projekts vertieft analysiert werden.

Niederschwellige Beratung und Beiträge

Der Kantonsrat stellte im Jahr 2020 5 Millionen Franken zur finanziellen Unterstützung von Personen zur Verfügung, die aufgrund der Corona-Krise und trotz umfassenden Hilfsprogrammen von Bund und Kanton nicht mehr in der Lage waren, ihre Ausgaben zu decken. Mit der Corona-Hilfe www.coronahilfe.sg.ch hat das Amt für Soziales im Frühling 2021 ein entsprechendes Instrument geschaffen, um Menschen früh via kommunale Sozialämter und andere Stellen zu beraten und mit finanziellen Beiträgen zu unterstützen. Damit soll ein Abgleiten in die Sozialhilfe verhindert werden. Bis zum Jahresende richtete der Kanton 364 Beiträge für insgesamt rund 2,5 Millionen Franken aus, insbesondere an Familien mit Kindern. Insgesamt 880 Personen liessen sich beraten. Die Corona-Hilfe steht auch im Jahr 2022 zur Verfügung.

Das Instrument der Ausfallentschädigungen an Kulturschaffende und Kulturinstitutionen wurde im Jahr 2021 fortgesetzt. Zusätzlich konnten Kulturinstitutionen Beiträge für Transformationsprojekte beantragen, die eine Anpassung an die veränderten Verhältnisse bezwecken. Dazu



Regierungsrätin Laura Bucher diskutiert mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Altersheims Geserhus in Rebstein die Corona-Situation.

beschloss der Kantonsrat eine Gesetzesvorlage, die auch kantonale Beiträge an die Ausstellungsangebote im Stiftsbezirk vorsieht. Aufgrund der Bundesgesetzgebung war die Stiftsbibliothek als öffentlich-rechtliche Institution zunächst von der Unterstützung ausgeschlossen. Vom 1. November 2020 bis 30. November 2021 reichten Kulturunternehmen und Kulturschaffende etwa 500 Gesuche um Ausfallentschädigungen beim Amt für Kultur ein, zudem über 50 Gesuche um Transformationsbeiträge. Trotz der Lockerungen der Schutzmassnahmen bleibt die Situation für die Kulturbranche schwierig. Der Bund hat daher Ende 2021 die Massnahmen verlängert, die weiterhin eine hälftige Finanzierung durch den Kanton vorsehen. Entsprechend hat das Departement des Innern für die kantonale Umsetzung eine Nachfolgelösung erarbeitet, die der Kantonsrat im Februar 2022 beschlossen hat.

Auch an der Bearbeitung der Härtefallgesuche war das Departement des Innern beteiligt, mit entsprechenden Prüfaufgaben des Konkursamtes. Die Anzahl Konkurse stieg 2021 gegenüber dem Vorjahr um 19 Prozent. Der zu Beginn der Corona-Pandemie befürchtete starke Anstieg der Konkurse blieb aus. Es zeichnet sich nun aber – zeitlich verzögert – doch eine Häufung von Fällen ab.

Gemeindestrukturen verändern sich

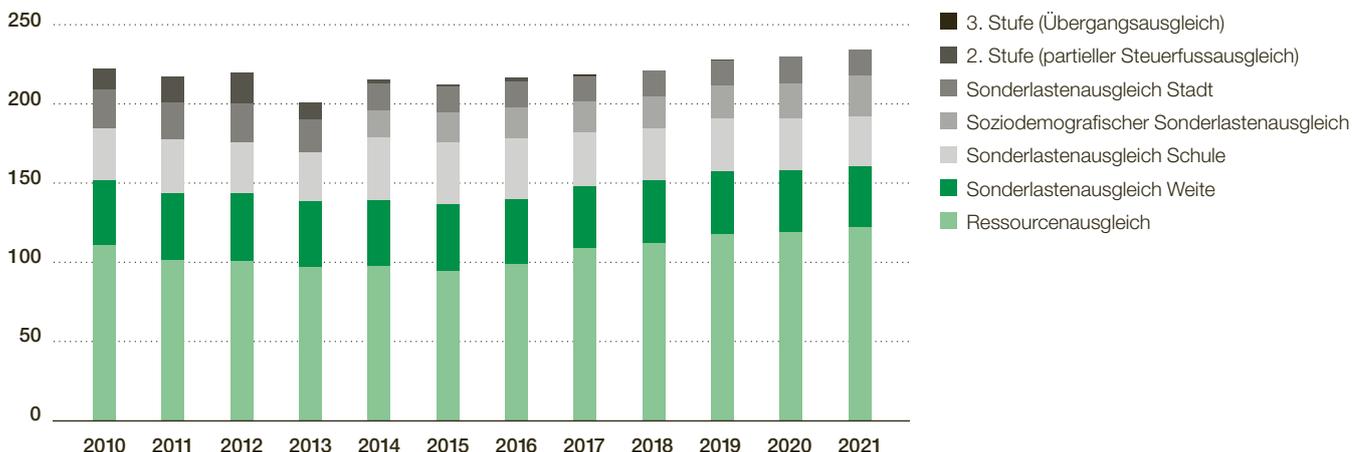
Auch das Amt für Gemeinden und Bürgerrecht hat zur Bewältigung der Corona-Auswirkungen beigetragen, etwa mit der Unterstützung von Gemeinden bei der korrekten Durchführung von Bürgerversammlungen und Urnenabstimmungen. Das Amt begleitete im Übrigen die politischen Gemeinden Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg sowie die drei zugehörigen Schulgemeinden bei ihrem Zusammenschluss. Am 13. Juni 2021 sagten die Stimmberechtigten der Gemeinden Ja zu diesem Vorhaben. Somit entsteht ab 2023 die Einheitsgemeinde Neckertal mit rund

6200 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Kantonsrat hat dazu einen Förderbeitrag von rund 11,7 Millionen Franken gutgeheissen. Diese Unterstützung ist ein Beitrag zum Schwerpunktziel der Regierung «Strukturentwicklung fördern». Neben den übrigen umfangreichen Aufsichts- und Registeraufgaben hat das Amt für Gemeinden und Bürgerrecht zudem eine Online-Begrüssung für die neu gewählten Mitglieder von Gemeindebehörden sowie verschiedene Weiterbildungen durchgeführt. Auf besonderes Interesse stiessen drei Anlässe, an denen zusammen mit dem Staatssekretariat für Migration und dem Rechtsdienst des Departementes des Innern Aspekte des Einbürgerungs-

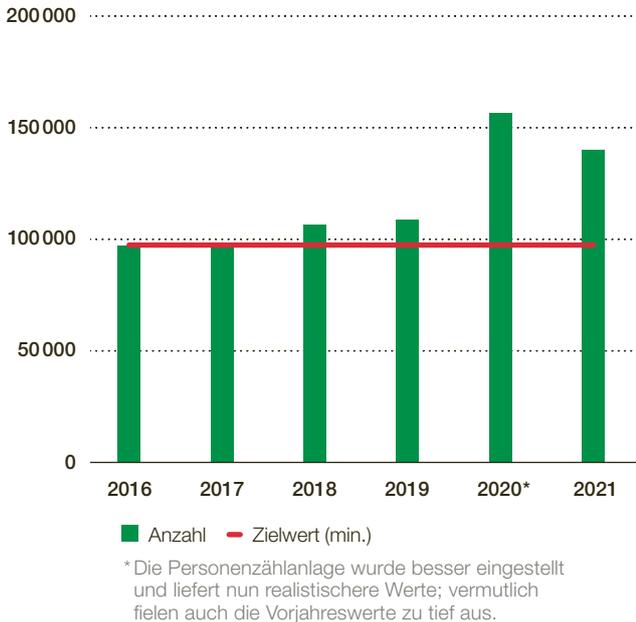


Aufnahmen für die Online-Einführungsveranstaltung des Amtes für Gemeinden und Bürgerrecht für neu gewählte Behördenmitglieder (im Bild Laura Bucher und Amtsleiter Alexander Gulde).

Entwicklung der Ausgaben im Finanzausgleich (in Millionen Franken)



Anzahl Besuche in der Bibliothek Hauptpost



wesens für kommunale Fachleute und Behördenmitglieder vertieft wurden. Damit hat das Departement einen Beitrag zur Sicherstellung von korrekten Verfahren und sachgerechten Entscheiden geleistet.

Automatisierte Online-Dienste

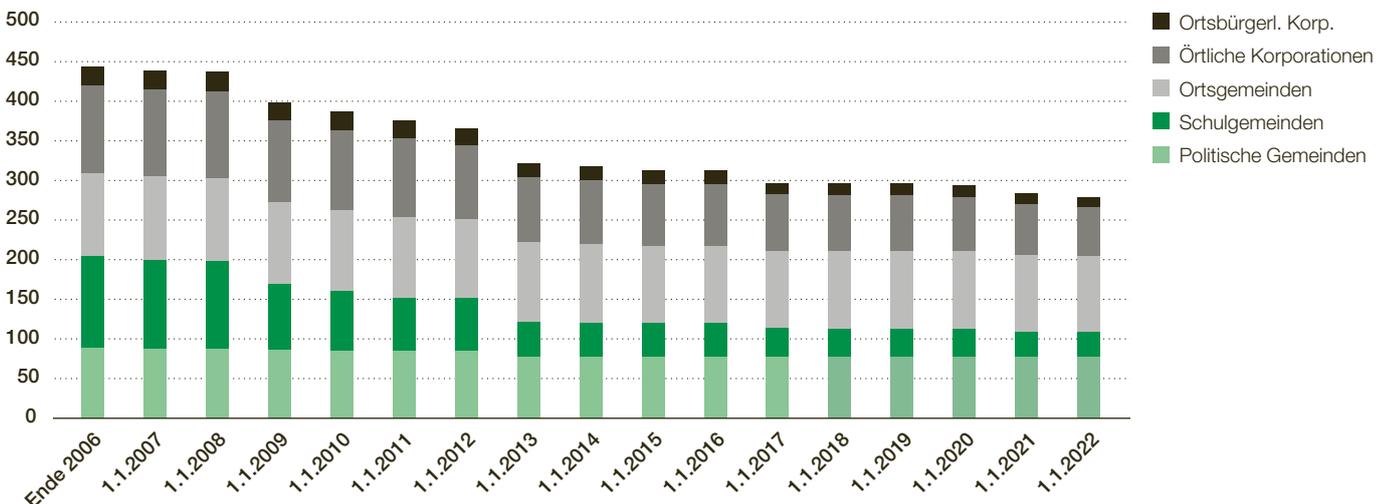
Das Departement des Innern professionalisierte in den letzten Jahren die departementale IT-Organisation, unter anderem mit der Erarbeitung einer strategischen Informatikplanung im Jahr 2021. Ein besonderes Digitalisierungsvorhaben war die Einführung des ersten Chatbots der kantonalen Verwaltung im Amt für Handelsregister und

Notariate. Der Handelsregister-Chatbot beantwortet über die Internetseite des Amtes automatisch rund um die Uhr Fragen von Kundinnen und Kunden. Zum einen ist dies eine Reaktion auf eine Umfrage bei den Anspruchsgruppen, die beim Amt Mängel im Kommunikationsbereich aufgezeigt hat – entsprechend wurde auch der gesamte Internetauftritt überarbeitet. Zum anderen wird eine wissenschaftliche Begleitung des Projekts grundlegende Erkenntnisse zum Nutzen von Chatbots liefern. Mit diesem Vorhaben leistet das Departement des Innern einen Beitrag zum strategischen Schwerpunktziel «Digitalen Wandel gestalten».

Ausbau der Frühen Förderung

Im Bereich Kinder und Jugend hat die Regierung dem Kantonsrat die neue Strategie «Frühe Förderung» 2021 bis 2026 zugeleitet. Dieser erteilte der Regierung anschliessend den Auftrag, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit künftig alle Gemeinden eine bedarfsgerechte, ganzheitliche und qualitativ adäquate frühe Förderung bereitstellen. Die Arbeiten werden zur Erreichung des Schwerpunktziels «Chancengerechtigkeit sicherstellen» beitragen. Auch weitere Auswertungen und Folgestrategien im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik wurden fertiggestellt, unter anderem eine Dachstrategie sowie eine Strategie zum Kinderschutz. Ein Monitoringbericht zum Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung zeigt weiterhin einen Ausbaubedarf auf. Die Daten wurden an der ersten Ausgabe des «Runden Tisches Vereinbarkeit» diskutiert. Der runde Tisch bringt verschiedene Akteurinnen und Akteure von staatlicher und privater Seite zusammen, unter ihnen Vertretende der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, des Gewerbeverbandes, des Gewerkschaftsbundes, der Frauenzentrale, der neuen Sektion von Pro Familia sowie Vertretende der Gemeinden und des Schulbereichs. Das Departement des Innern koordiniert dieses neue Austauschgefäss

Entwicklung des Gemeindebestands seit 2006 (Anzahl Gemeinden)





Verschiedene bestehende Angebote werden im Rahmen des Projekts «Neue Bibliothek» am Standort Blumenmarkt zusammengefasst (Architekturvisualisierung des Innenbereichs mit Freihandzone).

und trägt auch damit zum Schwerpunktziel «Chancengerechtigkeit sicherstellen» bei.

Wichtige Akteurinnen in der Sozialpolitik sind auch die Religionsgemeinschaften – und zwar ergänzend zu Gemeinden und Kanton. Dieses Fazit förderte die dritte öffentliche Veranstaltung der St. Galler Konferenz zu Fragen von Religion und Staat zutage. Der Anlass widmete sich dem Thema «Der Einsatz der Religionsgemeinschaften gegen die Armut» und zeigte, mit welchen niederschweligen Angeboten die Religionsgemeinschaften den Menschen im Alltag helfen. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch gefördert und vertieft werden müssen. Dafür wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet. Insgesamt brauche es eine grosszügigere Haltung gegenüber Armutsbetroffenen, hiess es am Anlass.

«Auch die Religionsgemeinschaften sind wichtige Akteurinnen in der Sozialpolitik.»

Kulturelle Grossvorhaben auf Kurs

Im Kulturbereich war das Jahr 2021 nicht nur durch die Corona-Massnahmen geprägt, sondern auch durch wichtige Weichenstellungen. So wurde der Sieger des Architekturwettbewerbs für das Projekt «Neue Bibliothek» ermittelt. Das Rennen hat ein Entwurf des Büros Staab aus Berlin gemacht. Der Kantonsrat bewilligte die neue bauliche Lösung für das Staatsarchiv in der Stadt St. Gallen (Waldau). Der Bau wird langjährige räumliche Probleme des Archivs beseitigen, das heute auf mehrere Standorte verteilt ist. Die dritte Erneuerungsetappe des Hofes zu Wil kann nach erfolgter Zustimmung des Kantonsrates und der Wiler Stimmberechtigten zu den entsprechenden Finanzierungsvorlagen starten. Im Rahmen des Projekts wird ein neues museales Angebot realisiert, das die Bedeutung des Hofes innerhalb der Fürstabtei beleuchtet. Bereits weit fortgeschritten ist der Bau des Klanghauses Toggenburg. Nun geht es darum, die Details zum Betrieb und zu den Angeboten zu klären. Die Eröffnung ist für 2025 vorgesehen.

Der Kanton St. Gallen war 2021 Gastgeber wichtiger Kulturveranstaltungen. So wurde das 10-jährige Jubiläum des Performancepreises in der Lokremise gefeiert. Auch organisierte das Amt für Kultur im August die jährlich stattfindende Kultur-



Der Kanton St. Gallen war Gastgeber des Performancepreises Schweiz – hier die Performance «Tous les sexes tombent du ciel» der Waadtländer Künstlerin und Preisträgerin Léa Katharina Meier. (Bild: Emmanuelle Bayart, 2021)

Diskutierten an der Kulturkonferenz:
Volker Ranisch, Chössli-Theater Lichtensteig,
Silke Schlör, MUSA Museen SG,
Eva Maron, Verrucano Mels,
und Margrit Bürer (Moderation).



konferenz: Unter dem Titel «Weiter/Wandeln» wurden unterschiedliche Perspektiven zu und auf gesellschaftliche und kulturelle Transformationen erörtert – passend zur aktuellen Corona-Situation. Im Jubiläumsjahr zum Frauenstimmrecht fanden im ganzen Kanton verschiedene Veranstaltungen statt, die vom Amt für Kultur und vom Amt für Soziales unterstützt wurden. Das Archiv für Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz feierte das 50-jährige Bestehen des Frauenstimmrechts mit der Ausstellung «Klug und kühn – Frauen schreiben Geschichte» im Völkerkundemuseum. Der Festakt wurde am 11. Juni 2021 von Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Regierungsrätin Laura Bucher und Stadtpräsidentin Maria Pappa begangen.

Ein besonderer Meilenstein der Fachstelle Kulturerbe war die Verleihung des Kulturerbe-Labels an das Ackerhus in Ebnat-Kappel. Erstmals wurde damit bewegliches Kulturerbe unter Schutz gestellt, das nicht Eigentum des Kantons ist. Weiterentwickelt wurde auch die Vermittlung des archäologischen Erbes, mit dem von mehreren Ostschweizer Kantonen getragenen «Archäomobil». Dieser gut ausgerüstete Kleinbus macht bei Schulen und an Veranstaltungen Station und bringt die Bedeutung sowie die Arbeitsweise der Archäologie näher.

Die Jahresausstellung des Stiftsarchivs konnte trotz Pandemie 33 500 Besuchende verzeichnen. Zum Thema «Mönche am Wasser» wurden die Fischweier der Fürstabtei inventarisiert und in der neuen kulturgeografischen Reihe «vvaldo – vademecum» veröffentlicht. Mit Band II des «Chartularium Sangallense» fand auch die umfassende Edition der frühmittelalterlichen Urkunden 2021 ihren Abschluss. Die elektronische Erschliessung der Urkundenbestände erzielte ebenfalls Fortschritte.

Ausblick auf 2022

Im Jahr 2020 hat das Amt für Soziales den Auftrag für eine Studie zu Auslandsadoptionen aus Sri Lanka zwischen 1973 und 2002 erteilt, bei denen Unregelmässigkeiten vermutet werden. Die Studie soll auch dazu beitragen, dass Betroffene besser bei der Herkunftssuche unterstützt werden. Das Forschungsprojekt kann voraussichtlich im Jahr 2022 abgeschlossen werden. Im anstehenden Jahr kann voraussichtlich auch die Erneuerung des Altersleitbildes fertiggestellt werden, das eine ganzheitliche Perspektive auf das Alter(n) aufzeigen wird. Im Bereich Integration leitet das Departement des Innern dem Kantonsrat eine Vorlage zu, welche die Zuständigkeiten bei der Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen regelt.



Tanja Scartazzini neue Leiterin Amt für Kultur

Tanja Scartazzini leitet seit dem 1. August 2021 das Amt für Kultur. Sie ist in Zürich aufgewachsen und hat an der Universität Zürich Rechtswissenschaften studiert (lic. iur.). Im Anschluss absolvierte sie an der Zürcher Hochschule der Künste ein Studium der Visuellen Kommunikation mit Vertiefung Theorie der Gestaltung und Kunst. Nach beruflichen Stationen im Kunst- und Galeriebereich war sie ab 2004 für die Fachstelle Kunst am Bau im Hochbauamt des Kantons Zürich verantwortlich. Diesen Bereich führte sie im Jahr 2018 mit der Fachstelle Kunstsammlung zusammen, deren Leitung Tanja Scartazzini auch gleich übernahm. Sie ist die Nachfolgerin von Katrin Meier, die zur Präsidentin der Ortsbürgergemeinde St. Gallen gewählt wurde.

4. Bildungsdepartement



Regierungsrat Stefan Kölliker
Vorsteher Bildungsdepartement

Was war Ihr beruflicher Höhepunkt im Jahr 2021?

Wie die digitale Transformation 2021 vorangetrieben wurde, hat mich sehr gefreut. Seit zwei Jahren arbeiten sechs Leadorganisationen über alle Bildungsstufen hinweg intensiv an fünf Schwerpunktthemen der IT-Bildungsoffensive. Im Herbst 2021 starteten in dieser Offensive neue Informatikstudiengänge an der HSG und an der OST. In ausgewählten Modellschulen der Volksschule sind explorative Lernsettings mit den Schulklassen gestartet.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

Indem wir den digitalen Wandel im Bildungswesen gestalten, profitiert die ganze Bevölkerung. Die Digitalisierung und die IT-Bildungsoffensive sind wichtige Instrumente, um den Wirtschaftsstandort St. Gallen und die Wirtschaftsregion Ostschweiz zu stärken und weiterzubringen. Für die Lehrpersonen und Schulleitungen bieten wir aufbauend ab dem Jahr 2022 mit «aprendo» Weiterbildungen auf einer digitalen Plattform zur Stärkung der digitalen Kompetenzen an: bedarfsgerecht, modular und dynamisch.

Wo konnte Ihr Departement sonst Akzente setzen?

Wir haben das Lernfördersystem «Lernnavi» für das Gymnasium in die Schulen und auf den Markt gebracht. Damit können die Schülerinnen und Schüler selbstständig ihre Deutsch- und Mathematikkompetenzen trainieren. Sie tun dies mit Hilfe von Artificial Intelligence. Das neue Tool ist schweizweit einzigartig und wird von den übrigen Kantonen bereits lebhaft nachgefragt.

Was hätte im Jahr 2021 besser funktionieren können?

Das Ziel, 2021 wieder in einen nachhaltigen Normalmodus zurückzufinden, konnten wir nur bedingt erreichen. Das vergangene Jahr stand weiterhin im Zeichen der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Unsicherheiten. Im Gegensatz zum Vorjahr hat sich die Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Kantonen etwas besser eingespielt – jedoch immer noch mit Luft nach oben.

Wo wollen Sie im Jahr 2022 Akzente setzen?

In der Berufsbildung und im Hochschulbereich: Zum einen müssen wir weiter am «dicken Brett» der Neuorganisation der Berufsfachschulen «bohren». Ziel sind leistungsfähige Kompetenzzentren, die in der Dynamik der Berufsentwicklung bestehen können. Das ist regionalpolitisch herausfordernd und verlangt Veränderungsbereitschaft. Zum andern wird das neue Universitätsgesetz reif für die politische Diskussion. Es wird die weltweit erfolgreiche HSG solider im überschaubaren Perimeter unseres Kantons verankern.

Bildung erweist sich als krisenerprobt

Die Bildungsinstitutionen waren 2021 aufgrund von Corona weiterhin stark gefordert. Die erschwerte Organisation des Schulalltags zehrte an den Ressourcen. Die Entscheidungen des Bildungsrates, die pandemieabhängig oft kurzfristig erfolgen mussten, verlangten den Schulen viel Agilität und Improvisationsvermögen ab. Mit den Massnahmen konnten Schulschliessungen verhindert und damit der Schulbetrieb aufrechterhalten werden. Gleichzeitig hat das Bildungsdepartement unter anderem Weichen für die Neuorganisation der Berufsbildung gestellt und die Revision des Universitätsgesetzes vorangetrieben.

Die Auswirkungen von Corona prägten den Unterricht auf allen Stufen. Dank der steilen Lernkurve beim Einsatz digitaler Unterstützungsmittel konnten die Lernsequenzen auf der Sekundarstufe II sowie an den Hochschulen in situativen Settings (Präsenz, online, hybrid) stattfinden. Auf Stufe Volksschule hatte der ordentliche Präsenzunterricht oberste Priorität und die Schulen blieben mit Schutzkonzepten

lückenlos geöffnet. Schulleitungen und Lehrpersonen haben dies mit viel Aufwand, Flexibilität und Kreativität ermöglicht. Die pandemiebedingten Auflagen belasteten allerdings das Verhältnis zwischen Schule und Eltern. Insbesondere die Maskenpflicht führte zu vielen Diskussionen und einem erhöhten Kommunikationsaufwand. Jedoch ist es insgesamt gelungen, Bildungsunterbrüche auf allen Stufen zu verhindern.

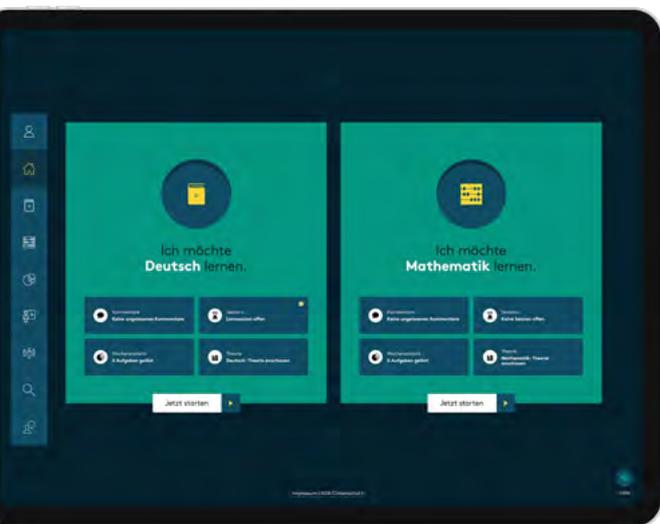
Corona dominiert auch 2021

Der Unterricht in der Volksschule war auch 2021 nur mit Einschränkungen möglich. Während Anfang 2021 noch ein Verbot für Unterrichtsbesuche durch Erziehungsberechtigte in den Schulen bestand, beschloss der Bildungsrat im Frühling erste Öffnungsschritte. Im Mai erfolgte die Aufhebung der Maskenpflicht auf Sekundarstufe I. Noch bevor neue Routinen ausprobiert und gefestigt werden konnten, forderte die sich ständig verändernde Lage bereits neue Anpassungen. Im Herbst erfolgte wiederum eine Einschränkung im schulischen Umfeld, indem der Bildungsrat die Maskenpflicht erneut einführte und die Schulen einen Umgang mit der Situation finden mussten, dass sich viele Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen in Quarantäne befanden.

Im Spannungsverhältnis zwischen zu vielen und zu wenigen Massnahmen verfolgte das Bildungsdepartement in Absprache und Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsdepartement und den schulischen Anspruchsgruppen wie



Hybrider Unterricht auf der Unterstufe: gemeinsames Singen im Schulzimmer und von zu Hause aus.



«Lernnavi» ermöglicht individuelle Förderung in den Fächern Deutsch und Mathematik.

Schulbehörden und Schulleitungen ein gemeinsames Ziel: Die Volksschule soll für den Präsenzunterricht lückenlos offen bleiben und der Unterricht soll für Schülerinnen und Schüler möglichst ungestört ablaufen. Die Schulen haben im vergangenen Jahr bewiesen, wie flexibel und engagiert sie mit immer neuen Situationen umgehen können. Mit adaptierten Lehr- und Lernsettings wie teilweise auch hybridem Unterricht konnte der Präsenzunterricht stets aufrechterhalten werden.

«Die Schulen haben im vergangenen Jahr bewiesen, wie flexibel und engagiert sie mit immer neuen Situationen umgehen können.»

Volksschule erhält aktualisierte Beurteilungsgrundlagen

Seit dem Schuljahr 2021/22 gelten aktualisierte Beurteilungsgrundlagen für die Volksschule. Das neue Beurteilungsreglement baut auf den kantonalen Grundsätzen zur Beurteilung auf. Der Bildungsrat hat mit dem neuen Reglement ein Schlüsselthema auf der Schnittstelle zwischen Schul- und Gesellschaftsleben grundlegend neu geordnet. Er hat die Zuständigkeiten zwischen lokaler Autonomie und kantonalen Vorgaben geklärt und die Aufgaben im Bereich der Beurteilung beziehungsweise der Schullaufbahnentscheidungen aufgeteilt. Damit hat der Bildungsrat einen Beitrag an die Erreichung des Schwerpunktziels der Regierung geleistet, mit Schulentwicklungsprojekten sowohl einen

fachlichen Gewinn zu erzielen als auch die Jugendlichen in der Entwicklung zu unterstützen und das Zusammenleben in der Gesellschaft zu begünstigen. Um das neue Reglement in die Praxis zu überführen, wurde den Schulen ein umfassendes Informationsangebot zur Verfügung gestellt. 4500 Lehrpersonen informierten sich vor Ort oder online an Informationsveranstaltungen. Zur Verfügung standen auch Anlässe für Schulleitungen und Schulbehörden, Elterninformationen sowie didaktische Grundlagen zuhanden der Schulpraxis. Die Umsetzung der Beurteilung wird in den nächsten Jahren im Auftrag des Bildungsrates von der Schulaufsicht begleitet und unterstützt.

«Lernnavi» fördert individuell

Seit dem Schuljahr 2021/22 steht den Schülerinnen und Schülern der St. Galler Mittelschulen das neue digitale Lernfördersystem «Lernnavi» zur Verfügung. In den Fächern Deutsch und Mathematik werden sie mit passgenauen Aufgaben individuell gefördert und erhalten intelligentes Feedback. Damit leistet «Lernnavi» einen Beitrag zur Sicherung der basalen fachlichen Kompetenzen für die allgemeine Studierfähigkeit. «Lernnavi» wird bereits von weiteren Kantonen nachgefragt. Mit «Lernnavi» stärkt der Kanton die digitalen Kompetenzen der jungen Generation und nutzt die Möglichkeiten neuer Technologien und Methoden für die digitale Transformation, wie dies in den Schwerpunktzielen der Regierung vorgesehen ist.

Erste Abschlüsse der Informatikmittelschule

Im Sommer 2021 fanden an den Kantonsschulen am Brühl St. Gallen und Sargans die ersten Abschlussprüfungen des neuen Lehrgangs Informatikmittelschule wirtschaftlicher Ausrichtung statt. Dieser Lehrgang wurde im Jahr 2017 als Antwort auf den Fachkräftemangel in diesem Bereich eingeführt. An der Kantonsschule am Brühl St. Gallen haben 13, an der Kantonsschule Sargans 10 Schülerinnen und Schüler die Prüfung bestanden und damit ein EFZ Informatiker/in sowie eine kaufmännische Berufsmaturität erlangt. Die Regierung trägt damit dem Schwerpunktziel Rechnung, dem Mangel an Fachkräften sowie der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte entgegenzuwirken.

Berufsbildung:

Auf dem Weg zu Kompetenzzentren

Im Januar 2021 entschied die Regierung, dass der geplante Umzug der Berufsfachschule für Gesundheitsberufe (BZSG) von St. Gallen nach Rorschach und die Verlagerung der bisher im BZR beschulten Berufe auf andere Standorte aufgeschoben werden. Zugleich zog sie die Berichterstattung zum Postulat 43.19.03 «Strategische Investitionsplanung für Sekundarstufe II» vor und passte aufgrund der verkürzten Bearbeitungszeit die Ziele für den Postulatsbericht an. Das Bildungsdepartement hatte zur Aufgabe, Varianten für Kompetenzzentren in der Berufsbildung zu prüfen. Ein erster Vorentwurf des Postulatsberichtes wurde in eine

Vernehmlassung geschickt und dazu wurden auch Hearings durchgeführt. Unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsantworten beschloss die Regierung, den Bericht sowie die Varianten für Kompetenzzentren zu vertiefen und dabei noch verstärkt die Leitungen der Berufsfachschulen und die Stakeholder einzubeziehen. Die Regierung verfolgt damit das Schwerpunktziel, die Strukturen und Standorte der kantonalen Schulen nach den Kriterien Kompetenzorientierung, Agilität, Vernetzung und Effizienz zu reformieren.

Die Lehrberufe der Kaufleute und im Detailhandel stehen mitten in einem tiefgreifenden Reformprozess. Die Umsetzung der Reformen für die Kaufleute wurde bundesseitig von 2022 auf 2023 verschoben. Beim Detailhandel startet die reformierte Ausbildung bereits ab 2022. Neu können die betrieblichen Schwerpunkte «Gestalten von Einkaufserlebnissen» oder «Betreuen von Online-Shops» ausgewählt werden. Die Ausbildung und das schulische Qualifikationsverfahren basieren neu auf beruflichen Handlungskompetenzen.

Aus bzb und BZSL wird das Berufs- und Weiterbildungszentrum Buchs Sargans

Die Regierung hat im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden entschieden, die beiden Berufsfachschulen Buchs (bzb) und Sarganserland (BZSL) per 1. August 2022 organisatorisch zum Berufs- und Weiterbildungszentrum Buchs Sargans (bzbs) zusammenzuführen. Die Standorte Buchs, Salez und Sargans in der Region Werdenberg-Sarganserland bleiben erhalten. Die Fusion stärkt und harmonisiert mittel- und langfristig die Berufsbildungsregion Südost. Durch die zusammengelegte Schulleitung (inklusive Berufsfachschulkommission) und die gemeinsame Verwaltung ergeben sich Synergieeffekte im Wert von jährlich rund 300 000 Franken. Die Regierung erfüllt damit eine Etappe auf dem Weg zum Schwerpunktziel, die Strukturen und Standorte der kantonalen Schulen nach den Kriterien Kompetenzorientierung, Agilität, Vernetzung und Effizienz zu reformieren.

«Der Vollzug des neuen Universitätsgesetzes ist für Anfang 2024 geplant.»

Beitritt zur Interkantonalen Universitätsvereinbarung

Der Kanton St. Gallen trat auf den 27. April 2021 der totalrevidierten Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten von universitären Hochschulen (IUV) bei. Den Beitrittsentscheid der Regierung hatte der Kantonsrat am 17. Februar 2021 genehmigt. Dieses wichtige Instrument der interkantonalen Zusammenarbeit sichert Studierenden aus dem Kanton St. Gallen den freien und



Lernende des Berufs- und Weiterbildungszentrums Wil-Uzwil bei einer Gruppenarbeit in der neu gestalteten Lernlandschaft.

i



Neue Rektorin der Kantonsschule am Brühl St. Gallen

Der Bildungsrat hat Anja Dogan zur neuen Rektorin der Kantonsschule am Brühl St. Gallen gewählt. Sie hat ihr Amt am 1. August 2021 übernommen und die Nachfolge von Mathias Gabathuler angetreten. Anja Dogan hat an der Universität Zürich Geschichte und Geografie studiert und erlangte das Lehrdiplom für Maturitätsschulen mit der berufspädagogischen Zusatzqualifikation. Mit einem DAS in Bildungsmanagement rundete sie ihr akademisches Portfolio ab. Über ihre Tätigkeit als Lehrperson für allgemeinbildenden Unterricht, Geschichte und Geografie hinaus hatte sie an verschiedenen Schulen der Sekundarstufe II bereits auch Leitungsfunktionen inne.



Neuer Rektor am Berufs- und Weiterbildungszentrum für Gesundheits- und Sozialberufe St. Gallen

Der Vorsteher des Bildungsdepartementes hat Thomas Kuster zum neuen Rektor des Berufs- und Weiterbildungszentrums für Gesundheits- und Sozialberufe St. Gallen ernannt. Er hat sein Amt am 1. Februar 2021 als Nachfolger von Andreas Weh angetreten. Thomas Kuster hat nach einer Berufslehre als Kaufmann mit Berufsmaturität einen Abschluss als Betriebsökonom FH und einen Executive MBA der Fachhochschule St. Gallen erworben. Er ergänzte seine fachliche Ausbildung zudem mit berufspädagogischen Inhalten. Thomas Kuster arbeitete zuletzt beim BZ Buchs als Leiter Weiterbildung und Mitglied der Schulleitung. In dieser Funktion hat er sich fundierte Kenntnisse in der Berufsbildung angeeignet.



Neuer Rektor am BWZ Rapperswil-Jona

Regierungsrat Stefan Kölliker hat Stefan Kriz zum neuen Rektor des BWZ Rapperswil-Jona ernannt. Dieser hat seine Stelle am 1. August 2021 angetreten. Stefan Kriz hatte nach einer Berufslehre als Coiffeur und eigener Geschäftstätigkeit einen Abschluss als Betriebsökonom FH und einen Executive MBA der Universität St. Gallen erworben. Er ergänzte seine fachliche Ausbildung mit einem Abschluss als Coach in Führungskräfte-Entwicklung und schloss eine Weiterbildung zum Berufsfachschullehrer (berufskundlicher Unterricht) ab. Ab 2002 war er in verschiedenen Fach- und Führungsfunktionen bei der Schweizerischen Post AG tätig.



Der Beitritt zur IUW sichert Studierenden aus dem Kanton St. Gallen den Zugang zu sämtlichen Schweizer Universitäten.

gleichberechtigten Zugang zu sämtlichen Schweizer Universitäten, was zur Erreichung des Schwerpunktziels der Regierung beiträgt, die Hochschulinstitutionen vernetzt und konkurrenzfähig zu halten. Die IUW regelt den Lastenausgleich zwischen den Universitätskantonen und den Herkunftskantonen der Studierenden, die nicht Träger der Hochschulen sind. Das Konkordat ist am 1. Januar 2022 in Vollzug gesetzt worden.

Revision Universitätsgesetz ist vorbereitend abgeschlossen

Im Rahmen der Revisionsarbeiten zum Universitätsgesetz wurde unter der Leitung eines Projektlenkungsausschusses und unter Einbezug von Angehörigen der Universität St. Gallen (HSG) ein Gesetzesentwurf erarbeitet. Neu werden die Verantwortlichkeiten der Gremien geschärft, der Einfluss der Rektorin beziehungsweise des Rektors und die Governance der Institute gestärkt, die Weiterbildung als wichtiger Eckpfeiler etabliert und der Grundsatz der sachgemässen Anwendung des kantonalen Personalrechts verankert. Die Regierung hat den Gesetzesentwurf im November 2021 in die Vernehmlassung gegeben. Sie plant, das überarbeitete Gesetz im August 2022 zuhanden des Kantonsrates zu verabschieden. Der Vollzug des neuen Universitätsgesetzes ist für Anfang 2024 geplant.

Parallel zur Revision des Universitätsgesetzes wurde die Eigentümerstrategie zur HSG erarbeitet und von der Regierung am 2. November 2021 verabschiedet. Die Eigentümer-



Der erste Jahrgang des M.Sc. HSG in Informatik zum Beginn des Studiengangs im September 2021.

strategie ist ein Führungsinstrument der Regierung zur Steuerung der HSG und zur Wahrung der Eigentümerinteressen. Sie basiert auf den kantonalen Grundsätzen zur Public Corporate Governance und legt die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und unternehmerischen Ziele der Regierung für die Beziehung mit der HSG fest. Damit erreicht die Regierung das Schwerpunktziel, optimale Rahmenbedingungen für die innovative Weiterentwicklung und die Aufrechterhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Universität als Bildungs- und Wissensinstitution zu schaffen. Die Eigentümerstrategie der HSG ist öffentlich und auf der Website des Kantons verfügbar.

Auftrag für Machbarkeitsstudie «Sportvision Ost»

Die Vereine NetzwerkSport und Campus Ostschweiz haben unabhängig voneinander zukunftsweisende Visionen für die Ostschweizer Sportentwicklung erarbeitet. Sie haben von der Regierung des Kantons St. Gallen den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie erhalten. Diese zeigt auf, wie die drei Projektsäulen Leistungszentren, Kompetenzzentren und Bildung in den Räumen St. Gallen und Sarganserland unabhängig voneinander, jedoch aufeinander abgestimmt, in die nächsten Entwicklungsstufen gebracht werden können. Im Weiteren dokumentiert die Studie, dass Schnittstellen und Bezugspunkte zum Aufbau des nationalen Projekts «Schweizer Olympiapark» bestehen.

Ausblick 2022

Das Coronavirus und die damit einhergehenden Einschränkungen und Massnahmen prägen auch den Beginn des Jahres 2022. Dennoch werden neue Bildungsprojekte vorangetrieben. Der Universität St. Gallen steht seit Anfang 2022 mit dem SQUARE, dem neuen HSG Learning Center, eine innovative Denk- und Arbeitsstätte zur Weiterentwicklung der Lehr- und Lernkultur zur Verfügung. Ausserdem treten im Jahr 2022 die Revisionsarbeiten am Universitätsgesetz in die entscheidende politische Phase. Des Weiteren vertieft das Bildungsdepartement die Analyse der Immobilienbedarfsplanung für die Mittelschulen und die Berufsfachschulen. Mit den Schulen und ausgewählten Berufsverbänden werden Umsetzungsvarianten konkretisiert und auf Vor- und Nachteile durchleuchtet. Der Bericht wird im Sommer 2022 dem Kantonsrat zugeleitet und die parlamentarische Beratung erfolgt voraussichtlich in der Septembersession.



Das Thema Nachwuchsförderung steht an der HSG nicht nur am Zukunftstag im Zentrum.
(Bild: HSG)

Universität St. Gallen

Im Hinblick auf die Führungsfähigkeit der Universität St. Gallen (HSG) wurde der «Strategic Plan 2025» erarbeitet. Dieser basiert auf der Vision und der Roadmap und wirkt handlungsleitend für die kommenden Jahre. Ein hoher Stellenwert kommt der Nachwuchsförderungsstrategie zu. Mit der neuen Weiterbildungsstrategie wird die Position der HSG im Bereich des lebenslangen Lernens gestärkt. Erfolgreiche Berufungen verbessern das Betreuungsverhältnis. Dabei zeigt sich, dass die Wettbewerbsfähigkeit der HSG in Bezug auf Karrierepfade, Ausstattung und Entlohnung zunehmend unter Druck gerät.

Um die schweizerische Anerkennung als öffentliche Universität fortzuführen, fand die institutionelle Akkreditierung durch die «Swiss Agency of Accreditation and Quality Assurance (AAQ)» statt. Die in diesem Zusammenhang konsolidierte «Leitlinie Qualitätsentwicklung 2021» der HSG wurde dabei positiv gewürdigt. Erfreulich entwickelte sich das «Financial Times»-Ranking: Die HSG hat sich unter den führenden europäischen Wirtschaftsuniversitäten um einen Rang auf Platz 6 verbessert.

Die Studierendenzahl stieg um 244 auf 9291, davon sind 3315 Frauen und 5976 Männer. Zum Herbstsemester wurden die ersten 23 Studierenden im Masterprogramm «Computer Science» (MCS) begrüsst. Die HSG bietet damit erstmals einen technisch-naturwissenschaftlichen Lehrgang an, was zur Gründung der neuen Abteilung «School of Computer Science» geführt hat.

Auch das Jahr 2021 war durch die Corona-Pandemie geprägt. Das Rektorat war bestrebt, soweit als möglich Präsenzlehrveranstaltungen zu gewährleisten. Die aus dem zwischenzeitlichen Online-Unterricht gewonnenen Erkenntnisse werden für die Lehre der Zukunft ausgewertet.

Trotz verändertem Anwesenheitsverhalten aller HSG-Angehörigen besteht eine substanzielle Unterdeckung bereitgestellter Flächen. Zunehmend wichtig und aufwändig wird zudem die Gewährleistung der Betriebssicherheit der IT-Systeme mit Blick auf Cyber Security und Compliance.



PH-Studierende tauschen sich aus auf dem Campus Marienberg in Rorschach.
(Bild: PHSG)

Pädagogische Hochschule St. Gallen

Im September 2021 startete das neue Prorektorat Ausbildung unter der Leitung von Prof. Dr. Doreen Holtsch. Darin vereint sind die beiden ehemaligen Prorektorate Kindergarten- und Primarstufe sowie Sekundarstufe I und II. Mit der Zusammenführung aller Studiengänge in ein Prorektorat wird die Zusammenarbeit über die Studiengangsgrenzen hinaus gezielt gefördert und werden Synergien verstärkt.

Nach dem Höchstwert an Anmeldungen zum Studium im Jahr 2020 (506 Studierende) bewegte sich die Anmeldezahl im Jahr 2021 mit 422 Anmeldungen wieder auf dem Niveau der Vorjahre. Der Männeranteil an den Neuanmeldungen ist auf der Kindergarten- und Primarstufe leicht gesunken und auf der Sekundarstufe I gestiegen. Insgesamt studieren seit Herbst 2021 1338 Personen (Vorjahr 1343) an der PHSG.

Die PHSG hat im Sommer 2021 die Kooperation mit dem Lehrmittelverlag St. Gallen zur Weiterentwicklung der Lernfördersysteme «Lernlupe» und «Lernpass plus» in der Volksschule verstärkt. Durch die enge Zusammenarbeit von Fachdidaktik und Psychometrie fließen die wissenschaftlichen Fachkenntnisse aus verschiedenen Instituten und Fachbereichen der PHSG in die zukünftige Gestaltung der für die Schulpraxis bedeutsamen Fördersysteme ein.

Bei der Umsetzung der IT-Bildungsoffensive sind weitere wichtige Meilensteine erreicht worden. Im August konnte die Arbeit mit den ersten drei Modellschulen aufgenommen werden. Dort wird die Mischung von digitalem Lernen und Präsenzunterricht erprobt. Im November fand die Lancierung der Vernetzungsplattform «zITBOX» statt und die Weiterbildungsplattform «aprendo» wurde substantziell weiterentwickelt.

Der Analysebericht zur Lehrmittelsituation im Bereich Medien und Informatik im Kanton St. Gallen wurde im November vom Projektausschuss verabschiedet. Auch die Befragungen zu den überfachlichen Kompetenzen konnten abgeschlossen werden. Der Bericht wird Anfang 2022 vorgelegt.



OST-Wissenstransfer in die Praxis: WTT Young Leader Award 2021.
(Bild: OST)



In der Smart Factory lernen Studierende die volldigitalisierte Fertigung.
(Bild: OST)

Ostschweizer Fachhochschule (OST)

Das Jahr 2021 war das erste volle Betriebsjahr der neuen Ost – Ostschweizer Fachhochschule (OST). Bei den Eintritten verzeichnete die OST mit 1125 Studierenden einen neuen Höchstwert. Dazu trug insbesondere die Ausweitung des Studienangebotes am Standort St. Gallen mit den neuen Studiengängen «Physiotherapie» sowie «Management und Recht» bei. Auch die Markterweiterung von Angeboten konnte im Herbstsemester 2021/22 planmässig starten. So werden die Studiengänge «Betriebsökonomie» und «Wirtschaftsinformatik» neu auch in Rapperswil-Jona und der Studiengang «Informatik» neu auch in St. Gallen angeboten. Insgesamt waren im Herbstsemester 2021/22 an der OST 3834 Studierende eingeschrieben.

Die IT-Bildungsoffensive hat bei der OST über das Projekt «Kompetenzzentrum Angewandte Digitalisierung» nicht nur die obigen Markterweiterungen «Wirtschaftsinformatik» und «Informatik» mitfinanziert, sondern mit dem Projekt «Innovative Lehr- und Lernumgebung» und dem neuen «Interdisciplinary Center for Artificial Intelligence» im Bereich Digitalisierung einen markanten Innovations-schub ermöglicht.

Ein breit angelegtes Programm mit über 60 Projekten dient der OST in den Jahren 2020 bis 2022 als Leitlinie, um die Fusion auf allen Ebenen umzusetzen. Im Jahr 2021 konnten zahlreiche strategische Grundlagen und über die Standorte harmonisierte Rechtserlasse verabschiedet werden. Dazu zählen die Strategie für die OST, das Hochschulstatut, die Studien- und Prüfungsreglemente sowie das Personalreglement.

Ein besonders anspruchsvolles Vorhaben ist die institutionelle Akkreditierung, die Ende des Jahres 2022 abgeschlossen sein muss. In diesen Prozess werden sowohl Führungsverantwortliche als auch Mitarbeitende einbezogen.

Die OST ist gut aufgestellt, um nebst der Konsolidierung auch die nötigen Impulse zur Profilierung und Weiterentwicklung in Lehre, Weiterbildung, Forschung und Entwicklung sowie von Dienstleistungen zu leisten.

BILDUNGS- OFFENSIVE



Die IT-Bildungsoffensive stärkt die digitalen Kompetenzen der jungen Generation.

IT-Bildungsoffensive mit ersten Erfolgen

Ein grosses Highlight war der Start des Masterlehrganges an der School of Computer Science an der Universität St. Gallen (HSG). Diese School war im Zuge der IT-Bildungsoffensive (ITBO) neu gegründet worden. 23 Masterstudierende haben im Herbstsemester ihre Ausbildung mit Schwerpunkten in «Data Science» und «Software and System Engineering» in Angriff genommen. Sie sind Pioniere eines innovativen Studienangebotes, mit dem die HSG erstmals einen «Master of Science» anbieten kann.

Ebenfalls mit dem Start des Herbstsemesters wurden im Teilprojekt «Markterweiterung» neue Ausbildungsstandorte für Informatik der Ost – Ostschweizer Fachhochschule (OST) in Rapperswil und St. Gallen in Betrieb genommen. Eine weitere Errungenschaft im Rahmen der ITBO an der OST ist die Eröffnung des «Interdisciplinary Center of Artificial Intelligence» (I-CAI), welches das Kompetenzzentrum für künstliche Intelligenz in der Ostschweiz wird. Erste Projekte und Dienstleistungen in Weiterbildung und Forschung befinden sich bereits in der Umsetzung, wie zum Beispiel für die Anwendung selbstlernender Algorithmen zur schnelleren DNA-Bestimmung oder induktiver Sensoren.

Modellschulen erproben «Blended Learning»

Im Schwerpunkt Volksschule haben mit dem neuen Schuljahr im August die ersten Modellschulen begonnen, «Blended Learning»-Szenarien zu erproben. Damit ist die Mischung von digitalem Lernen und Präsenzunterricht gemeint. Dabei entstehen neue methodisch-didaktische Konzepte, die in Zukunft an allen Schulen im Kanton eingesetzt werden können. Damit sich die Wirkung schneller

entfaltet und um interessierte Schulen bereits in der Erprobungsphase an den Ergebnissen partizipieren zu lassen, wurde die Transfer- und Vernetzungsplattform «zITBOx» aufgeschaltet. Diese ist für alle Lehrpersonen und Schulleitungen zugänglich und ermöglicht Einblicke in die Projektarbeit. Ausserdem fördert die «zITBOx» die Vernetzung und den Austausch von engagierten pädagogischen und technischen ICT-Supportern in den Schulen, stellt einen Co-Working- und einen Community-Bereich zur Verfügung und dient als Ausgangspunkt für die weiteren Produkte der ITBO in der Volksschule. Ein wichtiges solches Produkt ist «aprendo», das dynamische Weiterbildungsangebot zur Förderung der digitalen Kompetenz der Lehrpersonen. Dessen erste Module stehen im ersten Halbjahr 2022 zur Verfügung.

Digital Talents Program für On-the-Job-Training

Die Regierung hat im Dezember 2021 den Projektauftrag «Digital Talents Program» erteilt. Im Rahmen dieses schweizweit einzigartigen Vorhabens werden neue Massstäbe im On-the-Job-Training gesetzt. Es ist konzipiert für «Digital Talents», die über einen ICT-fremden Abschluss der Sekundarstufe II verfügen. In einem Bootcamp können sie innerhalb eines Jahres ein breites ICT-Fachwissen aufbauen. Das «Digital Talents Program» wird vom Verein IT St. Gallen verantwortet und vereint mit der Berufsbildung, der OST und der Universität St. Gallen vier Akteure der ITBO zu einem interdisziplinären Projekt.

Auch in der übrigen MINT-Förderung konnten trotz der coronabedingten Umstände Umsetzungsziele erreicht werden. Im Teilprojekt «ICT Scouts» von Smartfeld können Schülerinnen und Schüler ihr Talent für Programmierung erkennen und danach gefördert werden. Hier konnten wesentlich mehr Talente einbezogen werden als im ersten Jahr angestrebt. Im Sommer ist die Vernetzungsplattform «Matchd» aufgeschaltet worden. Mit ihr werden das Angebot und die Nachfrage von Praktikumsplätzen im ICT-Bereich aufeinander abgestimmt.

Die digitale Transformation in der Bildung ist in vollem Gang. Die IT-Bildungsoffensive stärkt die digitalen Kompetenzen der jungen Generation und der sich weiterbildenden Erwachsenen. Damit wirkt die Regierung dem Mangel an Fachkräften sowie der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte entgegen, wie dies in den Schwerpunktzielen vorgesehen ist.

Weiterführende Informationen auf www.itbo.sg.ch

5. Finanzdepartement



Regierungspräsident Marc Mächler
Vorsteher Finanzdepartement

Was war Ihr beruflicher Höhepunkt im Jahr 2021?

Wir konnten in zentralen finanzpolitischen Geschäften wichtige Meilensteine erreichen, dies mit den Vorlagen zum Haushaltsgleichgewicht, zum Finanzleitbild und zur Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

Als Finanzdepartement sind wir natürlich in vielen Fällen eher nach innen gerichtet. Die Bevölkerung profitiert aber durchaus indirekt von soliden Kantonsfinanzen, einem guten Personalmanagement oder von modernen IT-Grundlagen. Einen direkten Nutzen für die Bevölkerung erwarten wir vor allem von der neuen IT-Lösung im Bereich der Steuern. Dafür braucht es indessen noch etwas Geduld.

Wo konnte Ihr Departement sonst Akzente setzen?

Im Projekt WILWEST haben wir mit der Vorlage für einen Sonderkredit für die Finanzierung der Arealerschliessung einen wichtigen Meilenstein erreichen können.

Was hätte im Jahr 2021 besser funktionieren können?

Ich hätte mir mehr direkte Kontakte mit der Bevölkerung und mit meinen Mitarbeitenden gewünscht.

Wo wollen Sie im Jahr 2022 Akzente setzen?

Wir wollen vor allem unsere strategischen Projekte in den Bereichen Steuern, IT und Digitalisierung, HR-Management und Rechnungswesen voranbringen und in die Umsetzung gehen.

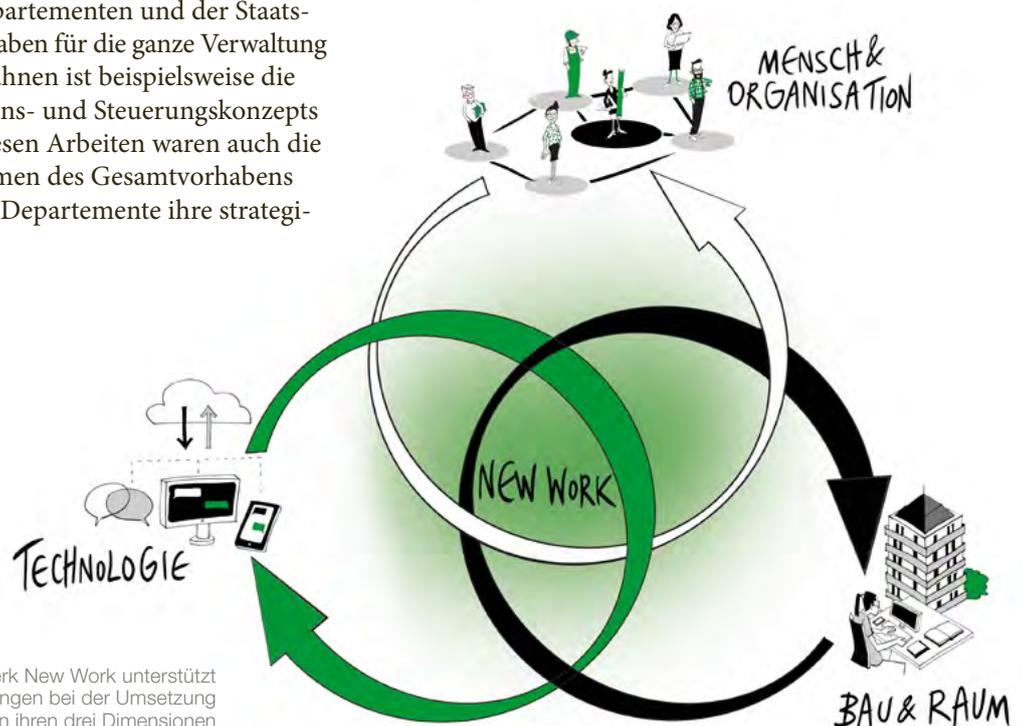
Mit gesundem Haushalt und neuem Kompass in die Zukunft

Das Finanzdepartement hat im Jahr 2021 wichtige Vorhaben und Veränderungsprojekte in den Bereichen Finanzpolitik, Steuern, Standortpolitik, Personalmanagement, Rechnungswesen und Informatik lancieren beziehungsweise entscheidend voranbringen können.

Schwerpunkte im Finanzdepartement waren im Jahr 2021 die finanzpolitischen Geschäfte zum Haushaltsgleichgewicht und zum Finanzleitbild. Aus standortpolitischer Sicht war der Bericht zur Thematik «Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons» von grosser Bedeutung. Mit der Parlamentsvorlage zur Finanzierung der Arealentwicklung WILWEST konnte ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht werden.

Neben diesen Parlamentsgeschäften hat das Finanzdepartement gemeinsam mit den Departementen und der Staatskanzlei zahlreiche Reformvorhaben für die ganze Verwaltung aktiv vorangetrieben. Zu erwähnen ist beispielsweise die Erarbeitung eines Organisations- und Steuerungskonzepts für die Digitalisierung. An diesen Arbeiten waren auch die Gemeinden beteiligt. Im Rahmen des Gesamtvorhabens IT-Strategie 2016+ haben alle Departemente ihre strategi-

schen Informatikplanungen neu erarbeitet beziehungsweise aktualisiert. Diese Strategien bilden die Grundlage für die künftige Ausrichtung der IT- und Digitalisierungsvorhaben. Weitere Themenfelder waren der Aufbau des Prozessmanagements und jener des strategischen Beschaffungsmanagements. Für die Umsetzung von New-Work-Vorhaben haben das Bau- und Umweltdepartement und das Finanzdepartement ein Kompetenznetzwerk aufgebaut.



Das Kompetenznetzwerk New Work unterstützt interessierte Ämter und Abteilungen bei der Umsetzung von neuen Arbeitsformen in ihren drei Dimensionen Mensch & Organisation, Technologie und Bau & Raum.



Michel Müglich ist neuer Leiter des Personalamtes

Michel Müglich übernahm im September 2021 die Leitung des Personalamtes als Nachfolger des langjährigen Amtsleiters Primus Schlegel. Der Betriebswirtschafter und Wirtschaftspädagoge leitete zuvor den Bereich Talent, Recruiting & Development der Raiffeisen Schweiz. Michel Müglich ist in der Ostschweiz aufgewachsen und hat an der Universität St. Gallen Betriebswirtschaft studiert sowie die Ausbildung als Handelslehrer absolviert. Danach folgten verschiedene Stationen im Personalbereich in der Finanzbranche. In den vergangenen Jahren übte Michel Müglich verschiedene Aufgaben und Funktionen in der fachlichen Weiterbildung im Bankenbereich aus. Er bildete sich zudem in den Bereichen Arbeitsrecht, Führung und Kommunikation weiter. Michel Müglich ist verheiratet, Vater von zwei Töchtern und lebt in Bichwil. Seit 2017 ist er Mitglied im Schulrat der Schulgemeinde Oberuzwil.

Projekt Haushaltsgleichgewicht 2022plus: Grundlage für solide Finanzen

Die Regierung und die Verwaltung haben im Jahr 2021 in einem strukturierten Prozess den Kantonshaushalt überprüft und Massnahmen zur langfristigen Sicherung des Haushaltsgleichgewichts erarbeitet. In der Novembersession 2021 hat der Kantonsrat die Massnahmen zum Haushaltsgleichgewicht 2022plus beraten und gemäss den Anträgen der Finanzkommission beschlossen. Er ist damit mehrheitlich den Anträgen und Vorschlägen der Regierung gefolgt.

«Mit den Massnahmen aus dem Projekt Haushaltsgleichgewicht halten wir den Kantonshaushalt auf Kurs.»

Die Entlastungseffekte aus den umzusetzenden Massnahmen betragen im Budget 2022 gemäss den Beschlüssen des Kantonsrates insgesamt 39,1 Millionen Franken. Im Planjahr 2023 belaufen sich diese Entlastungen auf insgesamt 60,1 Millionen Franken, im Jahr 2024 auf 70,3 Millionen Franken sowie im Planjahr 2025 auf 68,0 Millionen Franken. Der nachhaltige Entlastungseffekt sämtlicher Massnahmen über das Planjahr 2025 hinaus beträgt insgesamt 76,3 Millionen Franken. Damit leistete das Projekt einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Sicherung der finanziellen Stabilität des Kantonshaushalts.

Der Kanton hat somit die finanzpolitischen Hausaufgaben gemacht. Die operativen Defizite in der Finanzplanung sind eliminiert. Die finanzielle Handlungsfähigkeit ist gewährleistet. Positiv zu würdigen ist auch, dass die Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise aus dem besonderen Eigenkapital finanziert werden konnten.

«Das neue Finanzleitbild bietet uns einen Kompass für die Gestaltung der Finanzpolitik im kommenden Jahrzehnt.»

Finanzleitbild – ein Kompass für die künftige Finanzpolitik

Die Regierung hat das aus dem Jahr 2002 stammende Finanzleitbild überarbeitet und aktualisiert. Damit hat sie in Sachen Finanzpolitik einen neuen Kompass für das kommende Jahrzehnt geschaffen. Das Finanzleitbild 2021–2030 nimmt verschiedene Hauptzielsetzungen des



Das neue Finanzleitbild beschreibt die Hauptzielsetzungen der kantonalen Finanzpolitik bis ins Jahr 2030.

bisherigen Finanzleitbilds 2002 auf. Von zentraler Bedeutung ist unverändert die Sicherstellung einer nachhaltigen kantonalen Finanzpolitik. Das Finanzleitbild 2021–2030 wurde daneben um drei weitere Elemente ergänzt: Ziele im Bereich der Investitionspolitik, Ziel zur Bilanz des Kantons sowie Ziele des Finanzmanagements.

Die Bilanz des Kantons hat in den letzten Jahren laufend an Bedeutung gewonnen, dies insbesondere im Bereich der staatlichen Beteiligungen und der Finanzierungen. Auch das Finanzmanagement des Kantons soll in den kommenden Jahren weiterentwickelt werden. Stichworte dazu sind die Weiterentwicklung der Strukturen des Rechnungswesens sowie eine weitergehende Reduktion der Abweichungen gegenüber dem massgebenden Rechnungslegungsstandard HRM2.

Bericht zur Stärkung der Ressourcenkraft als Grundlage für die Standortpolitik

Die Regierung möchte im Standortwettbewerb eine aktivere Rolle einnehmen. Mit dem Bericht zur Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St. Gallen hat sie eine umfassende Analyse zum Standort St. Gallen vorgenommen. Basierend auf dieser Analyse skizzierte die Regierung verschiedene Massnahmen in den Themenfeldern Innovation und Standortförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildung, Raumplanung und Steuerpolitik. Die Massnahmen sollen entscheidend zu einer langfristigen Steigerung der Ressourcenkraft des Kantons St. Gallen beitragen.

Im Vordergrund steht dabei ein prioritäres Massnahmen-set, das die vier Elemente Kapitalisierung Innovationspark

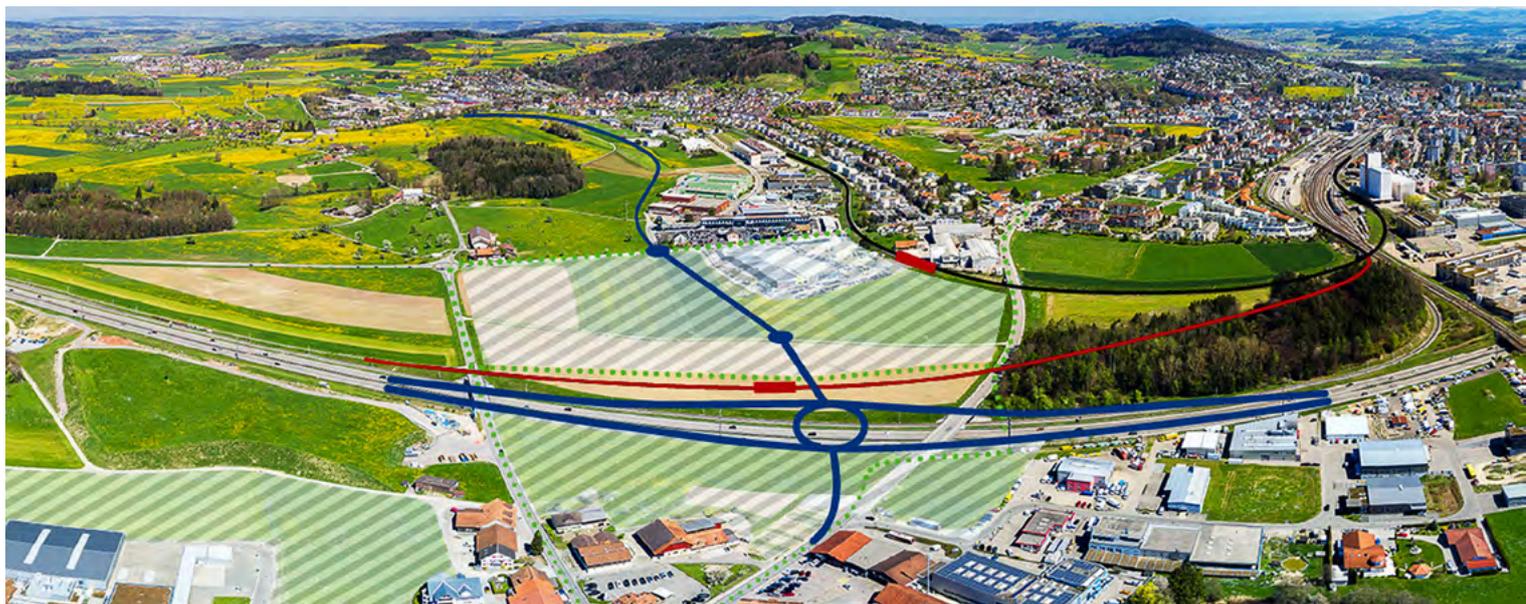
Ost, Förderung Tagesstrukturen Volksschule, Intensivierung Arbeitszonenbewirtschaftung und aktive Bodenpolitik sowie mittel- bis langfristige Anpassungen bei den Vermögens- und Erbschaftssteuern umfasst. Nach der Beratung des Berichts in der Februarsession 2022 des Kantonsrates wird die Regierung die Umsetzung dieser Massnahmen mit hoher Priorität angehen.

«Im Standortwettbewerb müssen wir eine aktivere Rolle einnehmen. Standortpolitik ist aber nicht nur Steuerpolitik.»

Gemeinschaftsprojekt WILWEST

Die Regierungen der Kantone St. Gallen und Thurgau haben im Jahr 2021 ihren Parlamenten die ersten Vorlagen zu WILWEST vorgelegt. Weil der Kanton St. Gallen der grösste Grundeigentümer im Teilgebiet Münchwilen ist, hat der Kantonsrat über einen Sonderkredit für die Finanzierung der Grundeigentümeraufgaben zu befinden. Im Kanton Thurgau entscheidet der Grosse Rat mit dem Netzbeschluss über die zentrale Infrastruktur der Standortentwicklung.

Das Projekt «Standortentwicklung WILWEST» ist ein Gemeinschaftswerk der Kantone St. Gallen und Thurgau, der Regio Wil, der Gemeinden Münchwilen und Sirnach sowie der Stadt Wil. Insgesamt kann vom Gesamtvorhaben WILWEST ein wesentlicher volkswirtschaftlicher Mehrwert



Das Projekt WILWEST steigert die Attraktivität der Region über die Kantonsgrenzen hinaus.

erwartet werden. Für eine Gesamtbetrachtung sind nicht nur die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte von Bedeutung, sondern vielmehr auch die positiven Effekte, die im Bereich Verkehr und Mobilität, Raumplanung sowie Nachhaltigkeit zu erwarten sind.

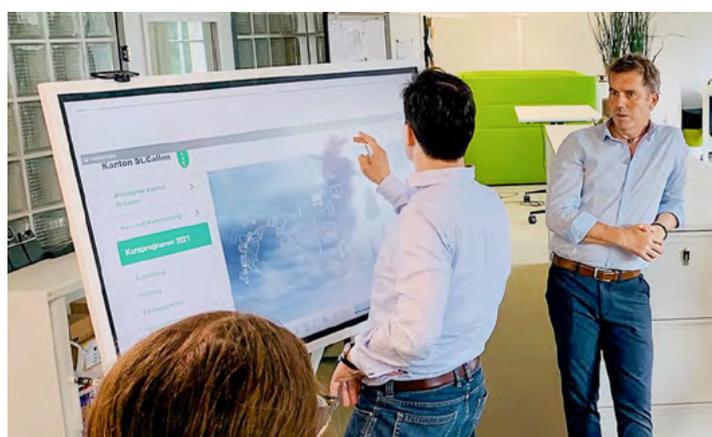
Es wird davon ausgegangen, dass die Kosten der Vorfinanzierung insgesamt durch die Erträge aus den Verkäufen der Grundstücke gedeckt werden. Von zentraler Bedeutung sind neben der Eigentümerperspektive und dem Business Case die gesamten Investitionen von Bund, Kantonen und Gemeinden im Gesamtprojekt WILWEST.

Neue HR-Strategie und Überprüfung des HR-Geschäftsmodells

Mit der neuen HR-Strategie sowie der Überprüfung und Weiterentwicklung des HR-Geschäftsmodells hat die Regierung zwei wichtige Projekte lanciert. Ende 2021 konnte sie die HR-Strategie verabschieden und die Grundlagen für die weitere Umsetzung festlegen. Im zeitlich gestaffelt lancierten Projekt zur Überprüfung des HR-Geschäftsmodells wird die Analyse im ersten Quartal 2022 vorliegen.

Die neue HR-Strategie löst das bestehende Leitbild zur Personalpolitik ab. Sie berücksichtigt insbesondere die veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen. Die HR-Strategie ist mit anderen strategischen Vorhaben der Regierung, insbesondere der Schwerpunktplanung, der Strategie der Staatsverwaltung und der Digitalisierungsstrategie, abgestimmt.

Die HR-Strategie wurde in verschiedenen Workshops unter engem Einbezug der Regierung und der Generalsekretäre-Konferenz sowie mit mehreren Fokusgruppen aus Mitarbeitenden und Führungskräften aus allen Departementen und der Staatskanzlei erarbeitet. Dabei wurden die Bedürfnisse und Anliegen der Organisation an eine HR-Strategie gesammelt, aufgearbeitet und konsolidiert. Aus diesen Erkenntnissen sind die Hauptstossrichtungen entstanden: «Kultur & Werte», «Personalgewinnung, -entwicklung, -bindung» und «Prozesse & Organisation». Weiter wurden verschiedene Initiativen entwickelt, mit denen die Umsetzung dieser Stossrichtungen erreicht werden soll.



Im Jahr 2022 sollen die strategischen Stossrichtungen aus der neuen HR-Strategie weiter konkretisiert werden.
(Bild: Abteilung Personal- und Organisationsentwicklung, Kanton St. Gallen)



Im Jahr 2022 werden die strategischen Stossrichtungen aus der erarbeiteten HR-Strategie weiter konkretisiert. Auf der Grundlage der Analysen im Bereich des HR-Geschäftsmodells sind dann die notwendigen Anpassungen zu skizzieren sowie die erforderlichen strategischen Weichenstellungen für die künftigen Prozesse und Strukturen im Personalmanagement festzulegen.

«Mit der neuen HR-Strategie und der Überprüfung des HR-Geschäftsmodells richten wir das Personalmanagement auf künftige Anforderungen aus.»

Ausblick 2022

Im Jahr 2022 sind die Massnahmen aus dem Projekt Haushaltsgleichgewicht umzusetzen. Teilweise sind dafür Gesetzesanpassungen erforderlich. Gemäss der Botschaft zum Haushaltsgleichgewicht sind zudem in weiteren Themenfeldern Optimierungen zu prüfen. Schliesslich hat der Kantonsrat die Regierung beauftragt, die Effizienz der Staatsverwaltung zu überprüfen. Die Regierung wird diesen Auftrag in engem Austausch mit der Finanzkommission bearbeiten.

Im Finanzdepartement stehen darüber hinaus verschiedene strategische Aufgaben im Fokus: das IT-Projekt für eine neue Steuerlösung, die Umsetzung der HR-Strategie, die Erarbeitung der neuen Strukturen für das Personalwesen (HR-Geschäftsmodell), die Umsetzung des neuen Standortgesprächs sowie die Vorbereitungen für die Weiterentwicklung des kantonalen Rechnungswesens und des Finanzmanagements.

Wesentliche Änderungen bei Public Corporate Governance

Der Begriff der «Organisation mit kantonaler Beteiligung» ist im Artikel 94a des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1) definiert. Danach liegt unter anderem eine Organisation mit kantonaler Beteiligung vor, wenn der Kanton bedeutender Anteilseigner oder im obersten Leistungsorgan vertreten ist. Dementsprechend sind neu sowohl die Switzerland Innovation Park Ost AG als auch die Stiftung Switzerland Innovation auf dem kantonalen Beteiligungsspiegel aufgeführt. Aufgrund einer Änderung der Stiftungsurkunde ist hingegen die Stiftung Kliniken Valens nicht mehr gelistet. Ebenso wenig die Frauenfeld-Wil-Bahn AG (FWB), die rückwirkend per 1. Januar 2021 mit der Appenzeller Bahnen AG (AB) fusionierte. Ferner vollzog die Gebäudeversicherung St. Gallen auf den 1. Januar 2021 eine Neufirmierung, was ebenfalls auf dem Beteiligungsspiegel per 31. Dezember 2021 nachgeführt wurde.

Im Jahr 2021 verabschiedete die Regierung drei Eigentümerstrategien: namentlich eine für die Appenzeller Bahnen AG (AB), eine für die Universität St. Gallen und eine für die Gebäudeversicherung St. Gallen. Die Eigentümerstrategie für die Appenzeller Bahnen AG (AB) erarbeiteten der Bund, die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen und Thurgau (neuer Eigner) sowie die Stadt St. Gallen in Zusammenarbeit mit den AB. Sie dient den fusionierten AB als Grundlage zur Weiterentwicklung ihrer Unternehmensstrategie. Trotz bestehender dichter Reglementierung im kantonalen Recht, fehlender finanzieller Beteiligung des Kantons und obwohl von Gesetzes wegen ein Regierungsmitglied Einsitz hat und den Vorsitz im strategischen Leitungsorgan innehat, sah die Regierung einen Mehrwert im Erlass einer Eigentümerstrategie für die Gebäudeversicherung St. Gallen. In der Folge wurde eine solche erarbeitet und Ende 2021 von der Regierung verabschiedet.

Die bestehenden Instrumente des Beteiligungscontrollings haben sich auch im Berichtsjahr bewährt. Entsprechend wurden in der Strategieberichterstattung die Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich. Die Strategieberichterstattung bildete auch die Grundlage für Gespräche, die mit den Leitungsgremien von verschiedenen Beteiligungen geführt wurden.

6. Bau- und Umweltdepartement



Regierungsrätin Susanne Hartmann
Vorsteherin Bau- und Umweltdepartement

Was war Ihr beruflicher Höhepunkt im Jahr 2021?

Wir durften 2021 drei Architekturwettbewerbe für wichtige Hochbauvorhaben abschliessen. In der Stadt St. Gallen entsteht der Campus Platztor für die Universität St. Gallen, die Kantonsschule Wattwil wird neu gebaut und der Kanton und die Stadt St. Gallen planen eine gemeinsame Bibliothek am Standort Union/Blumenmarkt. Mit dem Abschluss der Architekturwettbewerbe konnten wir der Bevölkerung zeigen, wie die Gebäude konkret aussehen werden.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

Es handelt sich um zentrale Hochbauvorhaben für den Bildungsstandort St. Gallen. Sowohl die Universität St. Gallen als auch die Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule erhalten mehr Platz und eine zeitgemässe Infrastruktur. Als sogenannte Public Library soll die neue Bibliothek der Bevölkerung zahlreiche Medien für Unterhaltung, Freizeit, Bildung, Ausbildung und wissenschaftliches Arbeiten an einem Ort zur Verfügung stellen.

Wo konnte Ihr Departement sonst Akzente setzen?

Wichtig waren und bleiben der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Die Zustimmung der Bevölkerung zum Nachtragskredit für die Energieförderung und die Kenntnisnahme der Strategie «Anpassung an den Klimawandel» im Kantonsrat sind ein Zeichen dafür, dass Bevölkerung und Politik unsere Arbeit mittragen.

Was hätte im Jahr 2021 besser funktionieren können?

Die Untersuchung des Baugrundstücks beim Regionalgefängnis in Altstätten brachte Unerfreuliches zutage: Der Boden ist stark mit Schadstoffen belastet und muss abgetragen werden, bevor das Gefängnis erweitert werden kann. Die Sanierung des Bodens ist aufwändig und kostet rund 17 Millionen Franken. Für diese zusätzlichen Kosten reichte die Regierung beim Kantonsrat eine Vorlage für einen Nachtragskredit ein.

Wo wollen Sie im Jahr 2022 Akzente setzen?

Das neue Energiekonzept 2021–2030 nimmt weiter Fahrt auf. 2022 arbeiten wir noch stärker mit den Gemeinden, Unternehmen, Verbänden sowie den Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Ein erster grosser Schritt ist die neue Website www.energie2030.ch, mit welcher der Kanton alle Partnerinnen und Partner vernetzen will. Diese Vernetzung und Vielfalt wird am «Green Day» vom 22. April 2022 sichtbar, an dem im ganzen Kanton Veranstaltungen zu den Themen Klima und Energie stattfinden.

Drei Bauvorhaben stärken Bildung und Wissen

Konkurrenzfähige Bildungs- und Wissensinstitutionen sind ein Schwerpunktziel der Regierung. Drei kantonale Bauvorhaben schaffen die Voraussetzungen dafür: der Campus Platztor, der Campus Wattwil und die neue Bibliothek in der Stadt St. Gallen. 2021 fanden die Architekturwettbewerbe für diese Projekte ihren Abschluss. Ein wichtiger Schritt, denn damit rückt die Realisierung näher.



Der neue Campus Platztor wird umgeben von einem öffentlich zugänglichen Park.



«Céleste» überzeugte die Jury beim Architekturwettbewerb für den Neubau der Kantonsschule Wattwil.

Auf dem Areal Platztor in der Stadt St. Gallen soll ein neuer Campus für die Universität entstehen. Im April 2021 ging das Projekt «Haus am Park» des Architekten Pascal Flammer aus Zürich als Sieger aus dem Architekturwettbewerb hervor. 3000 Studierende sowie 300 Dozierende und Mitarbeitende werden den neuen Campus beleben. Mit seinen Fensterflächen und dem Einsatz von Holz wirkt das Gebäude leicht und offen. Um das Gebäude gibt es einen grosszügigen Park, der öffentlich zugänglich sein wird.

«Céleste» ist der Name des Gewinnerprojektes für den Neubau der Kantonsschule Wattwil auf dem Rietstein-Areal. Entwickelt hat das Projekt ein Planerteam unter der Leitung des Architekturbüros Gunz & Künzle aus Zürich. Auf rund 14 100 Quadratmetern Geschossfläche und drei Stockwerken deckt das Gebäude künftig den Raumbedarf der Kantonsschule ab. Die Stockwerke sind offen ausgestaltet, was den Austausch über alle Geschosse ermöglicht. Der Neubau soll rund 720 Schülerinnen und Schülern sowie der Lehrerschaft Platz bieten.



Fotovoltaik erhöht den Anteil erneuerbarer Energie.

Die Kantons- und die Stadtbibliothek St. Gallen sind heute auf vier Standorte verteilt. Das ist für die Nutzerinnen und Nutzer ungünstig und verursacht einen hohen Betriebsaufwand. Deshalb soll am Standort Union/Blumenmarkt in der Stadt St. Gallen eine neue Bibliothek entstehen. Aus dem Architekturwettbewerb für das Vorhaben ging im Juni 2021 das Projekt «Doppeldecker» der Staab Architekten aus Berlin als Sieger hervor. Nach Meinung der Jury setzt das Projekt die schwierige Aufgabe, die neue Bibliothek an einem städtebaulich und historisch sensiblen Ort unterzubringen, sehr überzeugend um. Im Gegensatz zu den beiden Campusprojekten stehen bei der neuen Bibliothek noch die Entscheide der Parlamente aus. Das letzte Wort haben die Stimmberechtigten von Kanton und Stadt St. Gallen.

Baudepartement erhält neuen Namen

Seit dem 1. Oktober 2021 heisst das Baudepartement neu Bau- und Umweltdepartement. Der ursprüngliche Name wurde der Themenvielfalt im Departement nicht gerecht. Das Departement deckt eine Vielzahl an Themen ab, die über das eigentliche Bauen hinausgehen. So gibt es neben dem Tiefbauamt und dem Hochbauamt drei weitere Ämter im Departement, die für die Themen Energie, Wasser, Raumplanung und Umwelt verantwortlich sind. Die Regierung hat deshalb 2021 auf Antrag des Baudepartementes entschieden, dieses umzubenennen.

Energiekonzept 2021–2030 weiter auf Kurs

Im Juni 2021 hiessen die St. Galler Stimmberechtigten einen Nachtragskredit von 17,2 Millionen Franken für die

Energieförderung gut. Zusammen mit dem Sonderkredit von 25 Millionen Franken stehen bis 2025 insgesamt 42,2 Millionen Franken zur Verfügung, um die Ziele des Energiekonzepts 2021–2030 zu erreichen. Dank der zusätzlichen Gelder sollen beispielsweise Gebäude besser isoliert und vermehrt mit erneuerbarer Energie beheizt werden. Ausserdem sollen Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge in Neubauten etabliert werden. Das Energiekonzept unterstützt die Erreichung des Ziels «Klimaschutz stärken» der Schwerpunktplanung.

«Mit dem Energiekonzept will der Kanton den CO₂-Ausstoss senken und die Energieeffizienz erhöhen.»

Sanierungskonzept für Regionalgefängnis Altstätten liegt vor

Das Regionalgefängnis in Altstätten soll erweitert und erneuert werden, um dem Schwerpunktziel einer leistungsstarken Infrastruktur im Kanton gerecht zu werden. Eine Untersuchung des Baugrundstücks zeigte, dass der Boden stark mit Schadstoffen belastet ist. Bevor das Gefängnis erweitert werden kann, muss der belastete Baugrund abgetragen werden. Die erste Sanierungsetappe wird voraussichtlich sechs Monate dauern und rund 17 Millionen Franken kosten. Diese Kosten fallen zusätzlich zum Bau-



Bevor das Regionalgefängnis Altstätten erweitert werden kann, muss der belastete Boden abgetragen werden.



An der Churerstrasse in Rorschach entstand ein neuer kombinierter Geh- und Radweg.

kredit von 60,2 Millionen Franken an, dem das Volk 2018 zugestimmt hat. Die Regierung reichte beim Kantonsrat eine Vorlage für den Nachtragskredit ein.

Neuer Standort für Staatsarchiv gutgeheissen

Das Staatsarchiv soll an einem neuen Ort zu stehen kommen und mehr Platz erhalten. Heute ist es auf drei Standorte in der Stadt St. Gallen verteilt. Dies verursacht zusätzlichen Betriebsaufwand. Zudem sind die Räume am Hauptstandort im Regierungsgebäude zu klein und überdies sanierungsbedürftig. 2021 stimmte der Kantonsrat dem Bauvorhaben zu. Der Kanton möchte das Staatsarchiv in der Waldau im Lachenquartier ansiedeln. Zurzeit befindet sich an diesem Standort das Studienzentrum der Ost – Ostschweizer Fachhochschule (OST). Der Kanton möchte die Liegenschaft für das Staatsarchiv umbauen und erweitern. Damit der Umbau plangemäss beginnen kann, muss die Ersatzlösung für die OST bis Mitte 2024 realisiert sein. Dafür ist die Miete einer Liegenschaft in unmittelbarer Nähe zum Innovationspark Ost, zum Startfeld und zur EMPA vorgesehen. Das Bauvorhaben stärkt das Staatsarchiv als Wissensinstitution. Damit leistet das Projekt einen Beitrag zum Schwerpunktziel «Innovationskraft erhöhen».

«Das neue Staatsarchiv soll an einem einzigen Standort entstehen und mehr Platz bieten.»

Planungs- und Baugesetz wird angepasst

Praxiserfahrungen des Kantons und der Gemeinden zeigten, dass einzelne Gesetzesartikel des neuen Planungs- und Baugesetzes konkretisiert und angepasst werden müssen. Im April 2021 gab die Regierung die geplanten Änderungen in die Vernehmlassung. Darin wurde der Umfang des Nachtrags kritisiert und die Aufteilung des Revisionsinhalts auf verschiedene Nachträge beantragt. Die Bestimmungen zum Natur- und Heimatschutz sollen deshalb mit einem separaten III. Nachtrag angepasst werden. Im II. Nachtrag geht es unter anderem um die Neudefinition der Schwerpunktzone und das Einführen eines grossen und kleinen Grenzabstands sowie einer Grünflächenziffer.

«Das Planungs- und Baugesetz soll dank der geplanten Änderungen praxistauglicher werden.»

Mehr Platz für den Fuss- und Veloverkehr

Am 26. April 2021 startete die Sanierung der Churerstrasse in Rorschach. Das Tiefbauamt erneuert entlang des Abschnitts vom Bahnübergang Bellevue bis zum Hauptbahnhof die Randabschlüsse sowie den Strassenbelag und saniert die Werkleitungen. Ausserdem wird für den Fuss- und Veloverkehr gemäss der Schwerpunktplanung der Regierung eine leistungsstarke Infrastruktur geschaffen:



Bis vor wenigen Jahrzehnten war es üblich, dass Gemeinden den Kehricht in ehemaligen Kiesgruben, Geländemulden oder in einem Bachtobel entsorgten.

Entlang der Churerstrasse entsteht ein neuer kombinierter Geh- und Radweg. Er wurde zwischen Ende Oktober und Mitte Dezember erstellt. Der Abschluss der Arbeiten erfolgt 2022 mit dem Einbau des Deckbelags.

ÖREB-Kataster ist online verfügbar

Seit November 2021 sind im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) Nutzungseinschränkungen der öffentlichen Hand zu einem Grundstück online zugänglich. Bisher mussten Interessierte solche Informationen bei verschiedenen Behörden einzeln anfordern. Zurzeit sind die Daten von 60 Gemeinden verfügbar, jene der restlichen Gemeinden werden im ersten Halbjahr 2022 erfasst. Der ÖREB-Kataster zeigt zum Beispiel, ob ein Grundstück von einem belasteten Standort betroffen ist oder die Nutzung eingeschränkt wird, beispielsweise durch den Zonenplan, Strassen oder Abstandslinien von Gewässern und Wäldern. Der ÖREB-Kataster wird mit zusätzlichen Funktionen weiterentwickelt. Der Kataster unterstützt das Schwerpunktziel «Digitalen Wandel gestalten».

Bund zahlt hohen Betrag aus dem Altlastenfonds

Die Sanierung der ehemaligen Kehrichtdeponie Lehmtofel in der Gemeinde Flawil kostete 3,8 Millionen Franken. Daran beteiligte sich der Bund mit rund 1,5 Millionen Franken. Dies ist der höchste Betrag der letzten 15 Jahre, den der Bund an den Kanton St. Gallen aus dem Altlastenfonds vergütet hat. Der Bund speist den Altlastenfonds, indem er Abgaben auf die Ablagerung von Abfällen erhebt. Für bestimmte Altlastensanierungen unterstützt er die Gemeinden mit einer Kostenbeteiligung von 40 Prozent.

Dank dieses Finanzierungsinstruments sollen Altlasten rasch saniert werden können. Der Altlastenfonds unterstützt das Schwerpunktziel «Erhaltung natürliche Ressourcen und Lebensraum».

«Die Abfälle von gestern sind die Altlasten von heute.»

Schadenfälle – zahlreich und aufwändig

100 Ereignisse erforderten 2021 den Einsatz des Umweltschadendienstes – so viele wie noch nie. Im Vorjahr waren es 78 Schadenfälle. Von den 100 Ereignissen verursachten einige grossen Aufwand. So gelangte beispielsweise bei der Bekämpfung des Vollbrands eines Landwirtschaftsbetriebs verschmutztes Löschwasser in einen Bach. Das Wasser wurde in eine ARA-Kanalisation gepumpt und eine Bachsperre errichtet. Trotzdem überlebten die Wasserlebewesen auf einem Abschnitt von rund 300 Metern nicht. Zudem wurden etwa 300 Tonnen schwelendes Heu wegen des brennenden Stalls mit Asbest verunreinigt. Dank des raschen Einsatzes des Schadendienstes und weiterer Einsatzkräfte konnten die schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt begrenzt werden. Der Schadendienst unterstützt das Schwerpunktziel «Erhaltung natürliche Ressourcen und Lebensraum».



So könnte der aufgeweitete Rhein einmal aussehen
(Visualisierung von Bad Ragaz rheinabwärts).

An den Klimawandel anpassen

Mit der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel reagiert der Kanton auf die Folgen des veränderten Klimas. Fachpersonen aus den besonders betroffenen Bereichen Wasser-, Land- und Waldwirtschaft, Umgang mit Naturgefahren, Energie, Tourismus, Biodiversitätsmanagement, Gesundheit und Raumentwicklung haben 21 neue Massnahmen erarbeitet. So soll zum Beispiel die Wasserversorgung in Extremsituationen sichergestellt werden. Zudem sollen klimaangepasste Pflanzen für den Einsatz in der Land- und Forstwirtschaft geprüft oder raumplanerische Mittel gegen Hitze in Siedlungen eingesetzt werden. Der Stand und die Fortschritte der Massnahmen werden mit einem Monitoring und Controlling festgehalten und veröffentlicht. Die Strategie unterstützt das Schwerpunktziel «Erhöhung Widerstandskraft Ökosysteme».

*«Dank der Rheinaufweitung
Maienfeld/Bad Ragaz entsteht auch
ein attraktives Naherholungsgebiet.»*

Aufweitung Maienfeld/Bad Ragaz kommt voran

Mit der Rheinaufweitung in den Gemeinden Maienfeld und Bad Ragaz soll unter anderem die Hochwassersicherheit erhöht und es sollen die Lebensräume für die Wasserlebewesen verbessert werden. Im Januar und Februar 2021 wurden die Bevölkerung und weitere Akteurinnen und

Akteure in einem Mitwirkungsverfahren eingeladen, ihre Meinung zum vorgelegten Projekt abzugeben. Naturschutzgruppen und Umweltverbände wünschen beispielsweise, dass die Aufweitung schneller umgesetzt und Schutzzonen für Vögel und Fische erweitert werden. Aus der Bauwirtschaft kamen Hinweise zur Verwertung des anfallenden Rheinkieses. Die Projektleitung wird die Fragen im Jahr 2022 klären und das Auflageprojekt definitiv ausarbeiten. Die Aufweitung unterstützt das Schwerpunktziel «Erhaltung natürliche Ressourcen und Lebensraum».

Ausblick 2022

Im Jahr 2022 steht das Energiekonzept 2021–2030 im Zentrum. Am 12. Januar 2022 lanciert der Kanton mit der neuen Website www.energie2030.ch eine Vernetzungs- und Informationsplattform. Die Mitwirkenden des Energiekonzepts informieren in einem Blog regelmässig über ihre Aktivitäten. Am Green Day am 22. April 2022 zeigen Partnerinnen und Partner des Energiekonzepts, wie sie die St. Galler Energieziele unterstützen. Voraussichtlich in der Februar- und der Aprilsession 2022 berät das Parlament die zwei Nachträge zum neuen Planungs- und Baugesetz. Im Mai 2022 stimmt das Volk über den Gesamtkredit von 44,3 Millionen Franken für das Staatsarchiv ab. Mit der Fertigstellung des Bauvorhabens ist 2028 zu rechnen. Nach vier Jahren Bauzeit eröffnet das Bau- und Umweltdepartement am 15. September 2022 das zweite Teilstück der Umfahrung Wattwil. Die zweite Etappe schliesst die Lücke zwischen den bestehenden Umfahrungsstrassen Wattwil (1. Etappe) und Ebnat-Kappel.

7. Sicherheits- und Justizdepartement



Regierungsrat Fredy Fässler
Vorsteher Sicherheits- und
Justizdepartement

Was war Ihr beruflicher Höhepunkt im Jahr 2021?

Bei häuslicher Gewalt gehen Kinder und Jugendliche oft vergessen. Mit dem Handbuch «Kinder inmitten von Partnerschaftsgewalt» (Hrsg. Koordinationsstelle Häusliche Gewalt), einem Nachschlagewerk für die Zusammenarbeit der Behörden, Institutionen und Fachstellen, kann ihre Situation verbessert werden. Auch die Unterzeichnung der Roadmap von Bund und Kantonen im Strategischen Dialog «Häusliche Gewalt» mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter ist ein wichtiger Schritt.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

Häusliche Gewalt ist keine Privatsache. Die Betroffenen müssen besser geschützt werden; nur so lässt sich verhindern, dass Gewalt als Konfliktverhalten von Generation zu Generation weitergegeben wird. Im Jahr 2021 gab es im Kanton St. Gallen 1448 Polizeieingriffe in diesem Bereich. 657 davon waren Einsätze bei Familien mit insgesamt 943 Kindern und Jugendlichen. In der Schweiz stirbt alle zwei Wochen eine Person infolge häuslicher Gewalt; durchschnittlich 25 Personen pro Jahr, davon 4 Kinder.

Wo konnte Ihr Departement sonst Akzente setzen?

Es ist uns gelungen, die Zusammenarbeit der involvierten Kantons- und Bundesbehörden bei Grenzübertritten an der Ostgrenze zu optimieren; so sind wir mit dem neuen Bearbeitungszentrum in Buchs auch für eine höhere Zahl von Einreisen gut gerüstet. Durch das umsichtige Vorgehen unserer Kantonspolizei bei Demonstrationen gegen Corona-Massnahmen ist es uns gelungen, die Grundrechte aller möglichst hochzuhalten.

Was hätte im Jahr 2021 besser funktionieren können?

Die Schweiz ist ein einheitlicher Kriminalitätsraum. Dass die Rechtsgrundlagen für einen systematischen Austausch von Polizeidaten unter den Kantonen und mit dem Bund noch immer nicht geschaffen sind, ärgert mich. Unschön ist auch, dass die – unter Federführung des Bundes zu erarbeitende – Notfallplanung zu Kontrollen an den Landesgrenzen bei ausserordentlich grossen Migrationsströmen noch nicht steht.

Wo wollen Sie im Jahr 2022 Akzente setzen?

Eines der vordringlichsten Probleme der inneren Sicherheit der Schweiz sind fehlende Rechtsgrundlagen für einen nationalen Austausch von Polizeidaten. Dafür werde ich mich als Präsident der KKJPD einsetzen – und ebenso für die Forcierung der Notfallplanung zu Kontrollen an den Landesgrenzen bei ausserordentlich grossen Migrationsströmen. Auch soll unser Polizeirecht weiter modernisiert sowie die Prävention bei der Bekämpfung von Cyber-Risiken verstärkt werden.

Fokus Sicherheit

Das Sicherheits- und Justizdepartement nahm die Corona-Pandemie in verschiedenen Facetten wahr. Gefordert war weiterhin der Kantonale Führungsstab, der als interdisziplinäres Beratungs- und Unterstützungsgremium für Regierung und Departemente die Informationen bündelte, Auswertungen vornahm, Empfehlungen abgab und Beschlüsse umsetzte. Gefordert war aber auch die Kantonspolizei, welche die Corona-Beschlüsse des Bundesrates durchzusetzen hatte und wiederholt mit Kundgebungen gegen Corona-Massnahmen befasst war. Und schliesslich deckte die Staatsanwaltschaft kurz vor Jahresende gross angelegte Betrügereien mit gefälschten Covid-Zertifikaten auf.

Der Kantonale Führungsstab (KFS) hat die gesetzliche Aufgabe, die Führungsfähigkeit und die Führungstätigkeit der Regierung sowie der zuständigen Departemente in Krisenlagen sicherzustellen. Breit zusammengesetzt aus Fachpersonen der kantonalen Verwaltung (in der Corona-Pandemie ergänzt mit einer Delegation der Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten), ist der KFS bestrebt, aus den vorhandenen Informationen und aus den Vorgaben des Bundesrates die «richtigen» Schlüsse zu ziehen und Anträge zu stellen.

Coronavirus – Durchhaltefähigkeit gefragt

Der KFS ist 2021 zu 28 Sitzungen in physischer oder virtueller Form zusammengetreten. Besonders stark beansprucht wurde das Modul «Impfen», das die wesentlichste Massnahme der Bekämpfungsstrategie zu organisieren hatte. Der KFS entwickelte, anders als im Vorjahr, keinen differenzierten Interventionsplan mit skalierbaren Massnahmen, sondern hielt sich an drei Handlungsstränge, die einfach zu verfolgen sowie finanziell und personell umzusetzen waren: Impfen, repetitives Testen (inklusive Contact Tracing), Kommunikation. Dabei bewährte sich, dass jeweils frühzeitig auch die Koordination mit den Nachbarkantonen gesucht wurde. Damit konnten einerseits die Übersteuerung durch den Bund sowie die Entstehung interkantonalen Flickenteppiche aufgrund unterschiedlicher Regelungen verhindert werden. Andererseits wurden

die finanziellen und personellen Ressourcen geschont und die Durchhaltefähigkeit erhöht.

Mit einem breit gefassten Regierungsbeschluss wurden Friktionen aus der Handhabung der ersten Wellen bereinigt. Zentral war, die strategische Führung bei Regierung und Gesundheitsdepartement und die operative Führung beim KFS anzusiedeln. Dabei bewährte sich, dass die strategischen Zielsetzungen auf die Auslastung der Intensivpflegeplätze und nicht auf die publizitätsträchtigeren Fallzahlen ausgelegt wurden. Mit der Erreichung der medizinischen Ziele erhielten gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte stärkeres Gewicht. Letztlich ist es dem Kanton gelungen, eine Balance zwischen den epidemiologischen Zielen und gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Massnahmen zu finden.

«Die Ausrichtung der Massnahmen auf die Auslastung der Intensivpflegeplätze erwies sich als zweckmässig.»

Aufgrund der Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Umgang mit der Pandemie wird die Regierung ein Projekt zur Ausarbeitung einer umfassenden Bevölkerungsschutz-

Strategie lancieren. Diese trägt dazu bei, den sozialen Frieden im Kanton zu sichern, was Teil der Schwerpunktplanung der Regierung ist.

Frauen im Militär – normal, oder?

Mit vier Informationsabenden, die ausschliesslich für Frauen bestimmt waren, unterstützte das Amt für Militär und Zivilschutz das Ziel «Chancengerechtigkeit» der Schwerpunktplanung. Verteilt auf Buchs, Wattwil, Rapperswil-Jona und St. Gallen nahmen 117 Frauen teil. Zusätzlich besuchten 60 Frauen die regulären Orientierungstage, die für Männer obligatorisch sind. Gestartet wurde die Reihe von Veranstaltungen mit einem Informations- und Medienanlass zum International Women's Day am 8. März in St. Gallen. Ziel aller Bemühungen sind die Sensibilisierung der Gesellschaft und die Information, spezifisch für junge Frauen, zu den Themen Militär und Zivilschutz. Gestaltet und moderiert wurden die Veranstaltungen jeweils von jungen Frauen, die selbst Dienst in Armee oder Zivilschutz geleistet hatten. Die Teilnehmerinnen konnten so ihre Fragen, Anliegen und Bedürfnisse in einem vertraulichen Rahmen einbringen.

Diese Anlässe waren 2020 zum ersten Mal vorgesehen, mussten aufgrund von Corona jedoch auf einen einzigen reduziert werden. Die Zahl der rekrutierten St. Gallerinnen hat sich von 2020 auf 2021 von 19 auf 28 erhöht. Diesen Anstieg auf den einzigen Informationsabend und die Teilnahme an den Orientierungstagen zurückzuführen,

ist kaum zu belegen. Welchen Erfolg die Anlässe des Jahres 2021 haben, wird sich frühestens 2022 zeigen.

Neben diesen Veranstaltungen hat das Amt für Militär und Zivilschutz die Website www.frauen-team-armee.ch aufgebaut. Auf das Thema aufmerksam gemacht wurden die jungen Frauen mit dem Versand von rund 5000 Flyern sowie über die sozialen Medien Instagram und Snapchat. Mit 2307 Klicks auf die Anzeigen ist dies gelungen. Snapchat und Instagram haben zudem mit 278 693 Impressionen für eine hohe Bekanntheit gesorgt.

«Die Herausforderungen für Armee und Bevölkerungsschutz können ohne Frauen nicht bewältigt werden.»

Es zeigt sich, dass die Bewältigung einer so grossen Herausforderung wie Corona in Armee und Bevölkerungsschutz zwingend Frauen benötigt. Dies betrifft nicht nur Pflege- und Betreuungsaufgaben, sondern auch Funktionen in Informationsmanagement, Logistik, Transportwesen, Führung und Führungsunterstützung. Damit hat Corona auch das Bewusstsein gerade bei Frauen geschärft, dass ein Einsatz für die Gemeinschaft sinnvoll und notwendig ist.



Die Informationsabende moderierten junge Frauen, die selbst Dienst in Armee oder Zivilschutz geleistet hatten.



Mit dem Medienanlass am International Women's Day informierte das Amt für Militär und Zivilschutz die Bevölkerung zum Thema Frauen in Armee und Zivilschutz.

Notfalltreffpunkte – Anlaufstellen im Ereignisfall

Grossereignisse, Katastrophen und Notlagen führen bei der Bevölkerung zu einem erhöhten Informationsbedürfnis. Rasche, präzise Informationen und Verhaltensanweisungen von Behörden, Führungs- und Einsatzkräften sind Schlüsselemente, um das Vertrauen der Bevölkerung in Notlagen sicherzustellen. Als Erkenntnis aus der Sicherheitsverbundübung 2014 hat sich gezeigt, dass die Behörden und die Einsatzkräfte die Bevölkerung bei einem Ausfall der üblichen Kommunikationskanäle nur schlecht und mit grosser Zeitverzögerung erreichen können. Diesem wesentlichen Schwachpunkt kann mit Notfalltreffpunkten (NTP) begegnet werden.

«Rasche und verlässliche Informationen sind von zentraler Bedeutung in einer ausserordentlichen Lage.»

Bei den NTP handelt es sich um ein gesamtschweizerisches Projekt, das St. Gallen als siebter Kanton in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden eingeführt hat. Die neuen NTP sind mit Signaltafeln gekennzeichnet und liegen in der Nähe von Bahnhöfen und öffentlichen Haltestellen oder sind zu Fuss innerhalb von 30 Minuten erreichbar. Sie sind innert

einer Stunde betriebsbereit und witterungsunabhängig. Im Ereignisfall werden die NTP mit Unterstützung der Feuerwehr durch den Zivilschutz betrieben. Insgesamt bestehen im Kanton St. Gallen 166 NTP, je Gemeinde mindestens einer. Die Standorte wurden in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Regionalen Führungsstäben festgelegt. Bund, Kanton und Gemeinden haben gemeinsam rund 650 000 Franken in dieses Projekt investiert. Die Bevölkerung wurde mit einer Broschüre und über die Website www.notfalltreffpunkt.ch über die Standorte der NTP sowie das Verhalten bei Alarmierungen, Evakuierungen und Stromausfällen informiert.

Falsche Polizistinnen und Polizisten

Ein Phänomen, das 2021 gehäuft vorkam: Unbekannte suchen in Telefonbüchern nach Personen mit älter klingenden Vornamen, nehmen telefonisch Kontakt mit ihnen auf und geben sich als Polizistin oder Polizist aus. Sie erzählen, dass in der Nachbarschaft eingebrochen worden sei und die angerufene Person das nächste Opfer sein könnte. In jedem Fall wird um Zusammenarbeit gebeten. Zur Sicherheit sollen Vermögenswerte (Bargeld, Schmuck, Gold) einem Polizisten, der die Gegenstände abholt, übergeben werden. Mitunter behaupten Täterinnen und Täter, dass auch Bankmitarbeitende in die Sache verwickelt seien und es deshalb nötig sei, die Ersparnisse bei der Bank sicherheitshalber als Bargeld abzuheben. Dieses wiederum holt dann der vermeintliche Polizist ab. Falls das angerufene Opfer über E-Banking verfügt, ist es möglich, dass die



Regierungsrat Fredy Fässler war bei der Beschilderung des Notfalltreffpunkts in Wil dabei, einem von 166 Notfalltreffpunkten im Kanton St. Gallen.



So einfach machen es die Betrüger den Opfern nicht: Falsche Polizistinnen und Polizisten versuchen per Telefon, an die Vermögenswerte ihrer Opfer zu kommen.

Täterschaft die Person telefonisch zum Einstieg ins E-Banking-System auffordert und sich über Fernwartungssoftware Zugang zu den Bankkonten verschafft.

Die Täterschaft arbeitet von ausländischen Callcentern aus und verschleiert ihre Rufnummer, sodass auf dem Telefondisplay des Opfers durchaus auch die Rufnummer einer echten Polizeistation erscheinen kann. Trotz umfangreicher Präventionsmassnahmen durch die Polizei finden die Täterinnen und Täter seit Jahren immer wieder Opfer. Allein 2021 nahm die Kantonspolizei St. Gallen rund 900 Anzeigen wegen solcher Betrügereien entgegen. Die Kantonspolizei geht von deutlich mehr Kontaktaufnahmen aus, als tatsächlich gemeldet wurden. Leider gelang es den Täterinnen und Tätern auch 2021 in einigen Fällen, Vermögenswerte zu erbeuten. Die Deliktssumme beläuft sich insgesamt

auf mehrere hunderttausend Franken. Immer wieder gelingt es der Kantonspolizei, Personen festzunehmen, welche die Wertgegenstände abholen.

Asylzentrum «Sonneblick» ersetzt «Landegg»

Das Migrationsamt des Kantons St. Gallen führte das Asylzentrum «Landegg» (Eggersriet und Lutzenberg) auch im Auftrag des Kantons Appenzell Ausserrhoden. Weil Ende März 2021 der Mietvertrag auslief, ersuchte der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden den Kanton St. Gallen schon frühzeitig um Weiterführung der bewährten Zusammenarbeit. Mit der Liegenschaft «Sonneblick» in Walzenhausen AR stand ein geeignetes Objekt zur Verfügung. Bereits im Dezember 2016 schlossen die beiden Kantonsregierungen eine Leistungsvereinbarung ab, nach welcher der Kanton Appenzell Ausserrhoden die Liegenschaft mietet und als Asylzentrum zur Verfügung stellt, während das Migrationsamt St. Gallen das Zentrum als Leistungserbringer betreibt. Dem Kanton St. Gallen stehen im «Sonneblick», der insgesamt 80 Plätze aufweist, 26 Plätze zur Verfügung.



Das Migrationsamt St. Gallen betreibt das Asylzentrum «Sonneblick» in Walzenhausen AR im Auftrag des Kantons Appenzell Ausserrhoden.

Die rechtskräftige Bau- und Umnutzungsbewilligung wurde erst gegen Ende 2020 erteilt. Im Februar 2021 konnten die verbliebenen 35 Bewohnenden des Zentrums «Landegg» in den «Sonneblick» übersiedeln. Unter neuer Führung gelang es dem eingespielten Betreuungsteam innert kurzer Zeit, die Konzeption eines Zentrums mit Integrationscharakter umzusetzen, die Bewohnenden entsprechend zu beschulen und in einer Tagesstruktur zu beschäftigen. Trotz der herausfordernden Corona-Situation konnte stets ein ruhiger und geordneter Betrieb gewährleistet werden. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden, einheimischen Lieferanten sowie Anwohnerinnen und Anwohnern gestaltet sich ausgezeichnet. Das Zentrum «Landegg» wurde vereinbarungsgemäss per Ende März 2021 geschlossen und dem Vermieter zurückgegeben.

Sicherheitspolizeiliche Einsätze der Kantonspolizei 2017–2021

	2017			2018			2019			2020			2021		
	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E
Rapperswil-Jona Lakers	2092	249	7	4250	506	8	3041	362	6	361	43	1	0	0	0
FC St. Gallen	2058	245	11	2243	267	11	2150	256	12	202	24	1	336	40	2
FC Wil	2890	344	7	1789	213	5	2461	293	6	0	0	0	350	42	1
FC Vaduz	0	0	0	84	10	1	176	21	1	0	0	0	0	0	0
Länderspiele AFG Arena	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Einsätze (Demos usw.)	1176	140	1	0	0	0	0	0	0	920	92	2	2839	338	13
Jahrestotal	8216	978	26	8366	996	25	7828	932	25	1483	159	4	3525	420	16

h Stunden MA Mitarbeitende E Einsätze

Ausblick 2022

Mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs am 24. Februar 2022 haben die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten des Sicherheits- und Justizdepartementes eine völlig neue Ausrichtung erhalten. Der Kantonale Führungsstab bündelt alle Aktivitäten, um die Herausforderungen dieser Krise für den Kanton St. Gallen zu bewältigen: Dazu gehören unter anderem die Unterbringung und die Betreuung der Geflüchteten, die Sicherstellung der Versorgung, die Beschulung der Kinder und die Überprüfung der Schutzraumplanung. Das bewährte Netzwerk beruht auf einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden. Im Übrigen bilden die Stärkung der Präventionsarbeit bei der Kantonspolizei, die Erarbeitung einer Bevölkerungsschutzstrategie sowie die Auswertung der Erkenntnisse der Corona-Pandemie weitere Schwerpunkte des Sicherheits- und Justizdepartementes. Damit werden die Strategien «Prävention vor Radikalisierung» und «Erstellung einer Bevölkerungsschutzstrategie» aus der Schwerpunktplanung unterstützt.

Ausländerbestand steigt weiter

Ausländerbestand im Kanton St. Gallen

	2019	2020	2021
Bestand ausländische Wohnbevölkerung Ende Jahr total	124679	126816	129319
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	122375	124999	127482
– davon: EU-28/EFTA (Freizügigkeitsabkommen)	71464	73684	75146
– davon: Drittstaaten	50911	51315	52336
Grenzgänger (gemäss Grenzgängerstatistik)	9200	9395	9533
Grenzgängerbewilligungen	11689	11871	12048

Integrationsvereinbarungen Kanton St. Gallen

	2019	2020	2021
Geführte Integrationsgespräche	913	871	744
Total abgeschlossene Integrationsvereinbarungen, davon:	868	780	537
IntV Familiennachzug	852	740	526
IntV mit vorläufig aufgenommenen Personen (F)	0	0	0
IntV mit Brückenpersonen	0	4	1
IntV mit bereits anwesenden Drittstaatsangehörigen	16	36	10

Zwangsmassnahmen Kanton St. Gallen

	2019	2020	2021
Eingrenzungen	136	48	59
Ausgrenzungen	14	16	8
Ausschaffungen nach AIG (ohne Dublin)	214	95	148
Ausschaffungen nach AsylG (ohne Dublin)	24	5	5
Dublin-Ausschaffungen (Asyl und AIG)	51	17	16
Total Ausschaffungen	289	117	169

Quellen: Migrationsamt SG, SEM, ZEMIS; Grenzgänger: BFS, GGS



Barbara Reifler übernimmt Leitung des Amtes für Justizvollzug

Nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit als Leiterin des Amtes für Justizvollzug kehrte Barbara Looser Kägi an ihre frühere Wirkungsstätte im gleichen Amt zurück und übernahm im Mai 2021 die Direktion der Strafanstalt Saxerriet. Zu ihrer Nachfolgerin als Leiterin des Amtes für Justizvollzug wählte die Regierung Barbara Reifler, die zuvor die Jugendanwaltschaft des Kantons Thurgau geleitet hatte. Zum Amt für Justizvollzug gehören die Strafanstalt Saxerriet, das Massnahmenzentrum Bitzi, das Regionalgefängnis Altstätten, das Jugendheim Platanenhof, die Bewährungshilfe sowie die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug. Insgesamt sind rund 250 Mitarbeitende im Amt für Justizvollzug tätig.

8. Gesundheitsdepartement



Regierungsrat Bruno Damann
Vorsteher Gesundheitsdepartement

Was war Ihr beruflicher Höhepunkt im Jahr 2021?

Höhepunkte waren der Start in die Umsetzung der neuen Spitalstrategie und die erfolgreiche Impfkampagne. Weiter schaffte der Kantonsrat die «Schwarze Liste» für säumige Prämienzahlende ab und die individuelle Prämienverbilligung konnte verbessert werden. Die Leistungsbereitschaft meiner Mitarbeitenden während der Pandemie hat mich begeistert. Sie bewältigten die Krise samt der grossen Medienarbeit, wurden stark von den übrigen Geschäften und der hohen Anzahl von parlamentarischen Vorstössen gefordert und erledigten alles fristgerecht. Respekt und Dank gebührt allen Mitarbeitenden.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

Mit über 332 000 gegen Corona geimpften Personen (davon bereits über die Hälfte geboostert) kann der Pandemie die Stirn geboten werden. Mit der Umsetzung der Spitalstrategie soll die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung der gesamten Bevölkerung für die Zukunft gesichert werden. Und sie soll finanzierbar bleiben.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Wir haben im Auftrag des Kantonsrates die Restrukturierung der Psychiatrieverbunde an die Hand genommen. Der ambulante Alkoholzug wird neu wohnortnah im ganzen Kanton angeboten. Das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen koordinierte eine schweizweite Kampagne aufgrund der hohen Anzahl von Beanstandungen von Cannabidiol-Produkten und nahm erfolgreich an einer bundesweiten Krisenübung zur Afrikanischen Schweinepest teil.

Was hätte im Jahr 2021 besser funktionieren können?

Ich hätte mir erhofft, dass sich die St. Galler Bevölkerung schneller und umfassender einen Impfschutz gegen Corona holen würde, die Strukturen dazu waren vorhanden. Das Hin und Her mit Lockerungen und Verschärfungen von Massnahmen machte die Lage unübersichtlich. Kurzfristige Vernehmlassungen des Bundes beanspruchten unser Personal, für durchdachte gesetzliche Grundlagen zu Corona-Massnahmen fehlte die Zeit. Die Prozesse in der Krisenbewältigung müssen auf allen Ebenen verbessert werden.

Wo wollen Sie im Jahr 2022 Akzente setzen?

Die Überarbeitung der Konzepte der Ausbildungsverpflichtungen für nicht universitäre Gesundheitsberufe hat begonnen. Nach der Annahme der «Pflegeinitiative» ist dieses Thema aktueller denn je. Wir starten ein Darmkrebs-Screening, wollen die amtsärztliche Versorgung neu strukturieren und das Gesundheitsgesetz einer Totalrevision unterziehen. Neuartige Blaualgtoxine sind aufgetaucht, daher werden wir vermehrt Naturbäder überprüfen.

Coronavirus bleibt Taktgeber

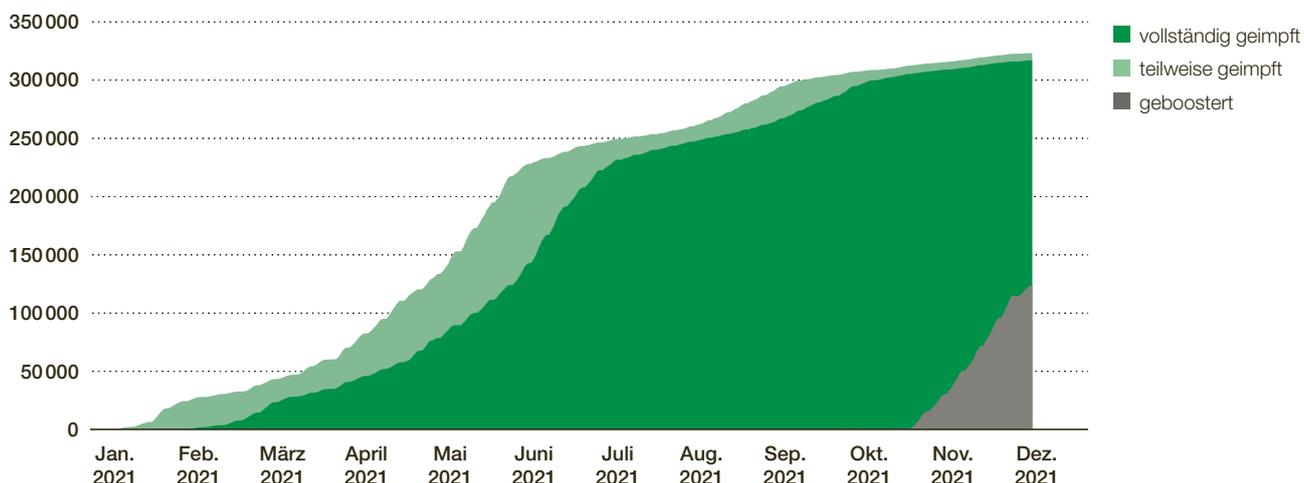
Nach der Verabschiedung der Spitalvorlage Ende 2020 startete 2021 die Umsetzung der neuen Spitalstrategie mit der Schliessung der Spitäler in Rorschach und Flawil sowie der Konzeption der Nachfolgeangebote in Wattwil und Walenstadt. Weitere Meilensteine waren 2021 die Abschaffung der «Schwarzen Liste» für säumige Prämienzahlende und die Lancierung eines fünftägigen ambulanten Alkoholentzugs. Doch im Wesentlichen bestimmte auch im vergangenen Jahr die Bekämpfung der Corona-Pandemie den Alltag im Gesundheitsdepartement. Dabei erwies sich die Impfung als Game Changer.

Am 6. Januar 2021 startete die kantonale Impfkampagne. Da zu Beginn nur wenig Impfstoff verfügbar war, lag der Fokus zuerst auf den besonders gefährdeten Personen. Mit den ersten Impfdosen wurden Bewohnende und Mitarbeitende in Betagten- und Pflegeheimen geimpft. Parallel dazu starteten die Impfung von Hochbetagten in den Hausarztpraxen sowie Impfkampagnen für das Spitalpersonal. Mit zunehmender Impfstoffmenge konnte die Immunisierung auf weitere Personengruppen ausgeweitet werden.

Für die Impfkampagne wurde in kürzester Zeit eine Impfinfrastruktur konzipiert und aufgebaut. Dazu mussten Impfprozesse definiert, die Logistik für den anspruchsvollen Impfstoff realisiert und Personal geschult werden. Das Online-Anmelde- und -Impfportal wurde entwickelt und laufend angepasst, eine Hotline eingerichtet und mit vielfältigen Kommunikationsmassnahmen die Bevölkerung informiert. Damit die Bewohnerinnen und Bewohner in allen Regionen des Kantons einen möglichst niederschweligen

Bis Ende 2021 wurden über 745 000 Impfdosen verabreicht

Geimpfte Personen im Kanton St. Gallen nach Impfdatum





Seit Anfang April 2021 sind über den Kanton verteilt vier Impfzentren in Betrieb.

Zugang zum Impfangebot haben konnten, wurden Impfungen in Impfzentren, Pop-up-Impfstellen, Hausarztpraxen und Apotheken sowie durch mobile Teams zum Beispiel in Institutionen und Betrieben angeboten.

Die Umsetzung der teilweise sehr kurzfristig beschlossenen Vorgaben des Bundes verlangte vom Impfteam grosse Flexibilität und viel Einsatz. So waren beispielsweise die Organisation der nationalen Impfoffensive und der fast zeitgleiche Start der Booster-Impfungen sehr anspruchsvoll. Mit der Verkürzung der Frist zwischen Grundimmunisierung und Auffrischungsimpfung wurde nochmals eine Anpassung der Prozesse notwendig. Parallel dazu musste das Impfteam die Vorbereitungen für die Kinderimpfungen koordinieren.

«Nach zwei Jahren mit dem Coronavirus gehört die Bekämpfung der Pandemie zum Tagesgeschäft im Gesundheitsdepartement.»

Der Effekt der Impfung zeigt sich eindrücklich in der Statistik. Während im Herbst 2020 hohe Fallzahlen und viele Todesfälle verzeichnet werden mussten, sanken die Zahlen ab dem Frühling 2021 deutlich. Bis Ende 2021 wurden im Kanton St. Gallen über 745 000 Impfdosen verabreicht. 70 Prozent der St. Galler Bevölkerung über

12 Jahre sind somit vollständig immunisiert; dies entspricht knapp 62 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Neben der Impfkampagne sind die Teststrategie und das Contact Tracing weitere wichtige Pfeiler der Pandemiebekämpfung. Im Contact Tracing erfolgte Anfang September 2021 eine Automatisierung. Positiv getestete Personen und enge Kontaktpersonen werden seither nicht mehr telefonisch informiert, sondern via E-Mail oder SMS. Telefonische Abklärungen sind nur dann notwendig, wenn es Nachfragen gibt. Dadurch konnte der Aufwand für das Contact Tracing stark gesenkt werden.

Nach zwei Jahren mit dem Coronavirus gehört die Bekämpfung der Pandemie zum Tagesgeschäft im Gesundheitsdepartement. Dabei gerät fast in Vergessenheit, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nebenbei auch die üblichen departementalen Arbeiten fristgerecht erledigen müssen. Nicht alle geplanten Projekte konnten dabei wie vorgesehen umgesetzt werden. Doch die Mitarbeitenden des Gesundheitsdepartementes haben auch 2021 mit grosser Flexibilität und viel Einsatz einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Pandemie geleistet – dies in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Impfstellen, der IT und der kantonalen Infoline.

Umsetzung der neuen Spitalstrategie gestartet

Mit der Umwandlung des Spitals Rorschach in ein Ambulatorium per 1. Februar 2021 startete die Umsetzung der neuen Spitalstrategie. Im Juni folgte die Schliessung des Spitals in Flawil. Dort wird das Schweizer Pflegeunternehmen

Solviva AG einen Neubau für ein Zentrum für Gesundheit, Therapie und spezialisierte Langzeitpflege erstellen.

Nach dem Entscheid des Kantonsrates zur neuen Spitalstrategie war die Fertigstellung des ursprünglichen Bauprojekts in Wattwil nicht mehr zielführend. Er hob deshalb seinen früheren Beschluss zur Erneuerung und Erweiterung des Spitals Wattwil auf. Dagegen wurden über 8600 Unterschriften gesammelt. An der Volksabstimmung vom 13. Juni 2021 folgten jedoch 56 Prozent der Stimmenden dem Kantonsrat. Damit wird das Bauvorhaben in Wattwil nicht mehr weitergeführt. Das geplante Nachfolgeprojekt des Kantons und der Solviva AG wurde kurz darauf aufgrund der fehlenden politischen Unterstützung der Standortgemeinde gestoppt. Die Gemeinde setzt nun mit der Berit Klinik AG ein vergleichbares Konzept um. Damit die neuen Betreiber diese Lösung realisieren können, hat die Regierung der Gemeinde Wattwil die Spitalliegenschaft übertragen.

Das Projekt für eine Nachfolgelösung am Spital Walenstadt bearbeitete das Gesundheitsdepartement 2021 planmässig weiter. Als zukünftiger Betreiber ist das Kantonsspital Graubünden vorgesehen, an welches das Spital Walenstadt für 8 Millionen Franken verkauft werden soll. Dieses Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Schwerpunktziels «Strukturreform öffentlich-rechtlicher Leistungserbringer im Gesundheitswesen».

«Die «Schwarze Liste» war als Abschreckung für zahlungsunwillige Versicherte gedacht, zeigte jedoch nicht die erhoffte Wirkung.»

«Schwarze Liste» wird gestrichen

Auf Anfang Dezember 2021 hat der Kanton St. Gallen die «Schwarze Liste» für säumige Prämienzahlende abgeschafft. Auf dieser Liste wurden seit 2015 Versicherte aufgeführt, die wegen ausstehender Krankenkassenprämien betrieben wurden. Die zuletzt rund 9000 betroffenen Personen erhielten nur noch Notfallbehandlungen, die Kostenübernahme für alle weiteren Behandlungen wurde sistiert. Die Liste war als Abschreckung für zahlungsunwillige Versicherte gedacht, zeigte jedoch nicht die erhoffte Wirkung. Hingegen war nicht auszuschliessen, dass damit die medizinische Grundversorgung von wirtschaftlich und sozial benachteiligten Personen gefährdet werden würde. Aus diesen Gründen hat der Kantonsrat in der Septembersession 2021 eine entsprechende Gesetzesanpassung zur Abschaffung der Liste gutgeheissen. Pflichtleistungen von den Kranken-

kassen müssen seither auch bei ausstehenden Prämien und Kostenbeteiligungen wieder vollumfänglich vergütet werden. Damit folgt der Kanton St. Gallen den Kantonen Graubünden, Schaffhausen und Solothurn, welche die «Schwarze Liste» in den letzten Jahren bereits abgeschafft haben.

Ein Kompass für passende Hilfsangebote

Der Bevölkerung des Kantons St. Gallen stehen diverse Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich Gesundheit und Soziales zur Verfügung. Viele dieser Angebote sind jedoch kaum bekannt – nicht nur bei Hilfesuchenden, sondern auch bei Fachpersonen. Vor diesem Hintergrund haben das Ostschweizer Forum für Psychische Gesundheit und das Amt für Gesundheitsvorsorge des Kantons St. Gallen ein Online-Verzeichnis zur Suche nach Beratungs- und Unterstützungsangeboten entwickelt. Der «Kompass St. Gallen» wurde Ende August 2021 aufgeschaltet. Das neue Tool bietet einen einfachen und niederschweligen Zugang zu den Angeboten und hat zum Ziel, die frühzeitige Unterstützung von Betroffenen zu verbessern.

Trocken in fünf Tagen

Rund jede fünfte Person in der Schweiz trinkt Alkohol missbräuchlich. Das heisst: Sie trinkt regelmässig zu viel, zu oft oder zur falschen Zeit alkoholhaltige Getränke. Dieses Verhalten zu ändern, ist eine grosse Herausforderung und ohne Hilfe doppelt schwierig.

Hier setzt neu ein flächendeckendes Angebot des Kantons St. Gallen an. Seit Mitte November 2021 bieten acht Suchtberatungsstellen im Kanton in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Hausärztinnen und Hausärzten eine fünfzügige ambulante Entzugsbegleitung an (www.alkoholentzug-sg.ch).



Zum Online-Tool «Kompass St. Gallen» gelangt man per Link www.sg.ch/gesundheits-soziales/kompass-sg oder via QR-Code.

Niederschwellig und wohnortnah wird ein optimales Angebot für all jene Personen geschaffen, die ihren Alkoholkonsum ganz oder für einen längeren Zeitraum stoppen wollen. Die betroffene Person kann während dieser Zeit in ihrem persönlichen Umfeld bleiben. Im besten Fall ist der Entzug ohne Fehlzeiten am Arbeitsplatz möglich.

«Das Verhalten bei missbräuchlichem Alkoholkonsum zu ändern, ist eine grosse Herausforderung und ohne Hilfe doppelt schwierig.»

Üben für den Ernstfall

Die Afrikanische Schweinepest (ASP), eine hochansteckende Tierseuche, breitet sich in Europa aus und könnte auch die Schweiz erreichen. Für den Menschen ist die Virus-erkrankung nicht gefährlich. Angesteckte Schweine und Wildschweine sterben jedoch meistens innert weniger Tage.

Im Kanton St. Gallen hat die Schweineproduktion mit rund 500 Betrieben einen hohen Stellenwert. Für diese Branche wäre der wirtschaftliche Schaden bei einem Ausbruch der ASP enorm.

Das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (AVSV) hat im vergangenen Jahr mit zwei Übungen die Bekämpfung der ASP simuliert. Bei der kantonalen Übung im Juni 2021 wurden im Feld die Suche und die Bergung von Wildschweinkadavern geübt. Anfang November folgte die nationale Übung «NOSOS21». Diese Krisensimulation spielte einen fiktiven schweizweiten Ausbruch der ASP durch. Unter der Leitung des Kantonstierarztes probten Mitarbeitende des Veterinärdienstes, aus dem Amt für Natur, Jagd und Fischerei, dem kantonalen Forstamt, dem Landwirtschaftsamt sowie dem kantonalen Führungsstab den Ernstfall in einer Stabsübung. Beide Übungen zeigten, dass der Kanton St. Gallen gut auf einen Ausbruch der ASP vorbereitet ist.

«Für die Schweinebranche wäre der wirtschaftliche Schaden bei einem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest enorm.»

Diese Massnahmen des Gesundheitsdepartementes leisten einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Schwerpunktziels «Erstellung einer Bevölkerungsschutzstrategie».



Anfang Juni 2021 übte der Veterinärdienst des AVSV im Bischofszeller Wald bei Niederbüren zusammen mit Mitarbeitenden der Jagd- und Forstbehörde die Suche und Bergung von Wildschweinkadavern.
(Bild: Veterinärdienst AVSV)



CBD-Öle werden oft mit verbotenen Heilversprechungen angepriesen.

(Bild: Kantonales Labor St. Gallen)



Als zukünftiger Betreiber des Spitals Walenstadt ist das Kantonsspital Graubünden vorgesehen.

Lebensmittel mit CBD – ein Trendprodukt fällt durch

Die Hanfpflanze enthält über 80 unterschiedliche Cannabinoide. Die bekanntesten sind das psychotrope Delta-9-Tetrahydrocannabinol (THC) und das nicht psychotrope Cannabidiol (CBD). Lebensmittel mit Hanfextrakten und Cannabinoiden sind seit ein paar Jahren stark im Trend. CBD-Öle werden teilweise als wahre Wunder- und Heilmittel angepriesen, die unter anderem gegen Schlafstörungen, Angstzustände, Entzündungen und Schmerzen wirken sollen.

Im vergangenen Jahr koordinierte das kantonale Labor St. Gallen eine schweizweite Aktion zur Untersuchung von CBD-haltigen Lebensmitteln. Im Rahmen der Kampagne erhob und analysierte das Labor auch acht Proben aus dem Kanton St. Gallen. Dabei handelte es sich um Nahrungsergänzungsmittel, CBD-Öle, Tee und aromatisierte Getränke. Die Beanstandungsquote der untersuchten Proben war mit 88 Prozent ausserordentlich hoch, deckte sich aber mit den beispiellos schlechten gesamtschweizerischen Ergebnissen.

Fünf Proben enthielten zu hohe THC-Gehalte. Weil eine Gesundheitsgefährdung bei Einnahme dieser Produkte nicht ausgeschlossen werden kann, wurde die Abgabe dieser Lebensmittel verboten. Zudem beanstandete das kantonale Labor einige CBD-Produkte, die in Online-Shops mit unzulässigen Heilanzeigen beworben wurden. In der Folge mussten vier CBD-Öle, ein Nahrungsergänzungsmittel, ein Hanftee und ein Hanfsirup vom Markt genommen werden.

Ausblick 2022

Die Anpassung der Spitallandschaft geht weiter. Spätestens Ende März 2022 schliesst das Spital Wattwil. Für das Spital Walenstadt wird bis im Frühling ein Projektbericht zu einer Nachfolgelösung vorliegen, bei der das Kantonsspital Graubünden als Betreiber des Spitals vorgesehen ist. Im zweiten Halbjahr 2022 entscheiden Regierung, Kantonsrat und das Kantonsspital Graubünden über die Zukunft des Spitals. Aufgrund der finanziellen Lage der Spitalverbände, die sich durch die Corona-Pandemie zusätzlich verschärft hat, wird eine weitere Sanierungsvorlage notwendig werden. Das Projekt «Modellplanung Ost» hat eine interkantonale Planung der stationären Grundversorgung zum Ziel. Das Projekt wird Mitte 2022 abgeschlossen sein. Anfang 2022 startet ein kantonales Darmkrebs-Screening-Programm zunächst mit einem Pilotprojekt in den Gemeinden Rapperswil und Sargans. Ab dem Frühjahr soll das Programm flächendeckend im ganzen Kanton St. Gallen angeboten werden.

Bewusstsein für die Grenzregion Ostschweiz stärken

Die Regierung orientiert sich bei der Umsetzung der Schwerpunktplanung 2021–2031 an drei Handlungsprinzipien. Eines davon lautet «Vernetzung und Kooperation». Die Aussenbeziehungen des Kantons St. Gallen standen im Jahr 2021 dementsprechend im Zeichen der grenzüberschreitenden und interkantonalen Vernetzung und der proaktiven Interessenvertretung auf Bundesebene.





Regierungsrat Fredy Fässler übergibt den IBK-Vorsitz an Regierungsrat Alfred Stricker. Unter dem Vorsitz des Kantons Appenzell Ausserrhoden startet die IBK ihr Jubiläumsjahr.



Am 12. Dezember 2021 nahm die erste Drei-Länder-S-Bahn im Bodenseeraum ihren Betrieb auf.

Zusammenarbeit um den Bodensee intensivieren

Regierungsrat Fredy Fässler zog Ende 2021 eine erfolgreiche Bilanz des Jahres, in dem St. Gallen den Vorsitz in der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) hatte. Unter dem Motto «Dialog fördern, Vernetzung stärken» konnte der Kanton verschiedene Akzente für die Weiterentwicklung des Bodenseeraums setzen. Namentlich wurde unter dem St. Galler Vorsitz erreicht, dass im Frühjahr 2022 eine Pilotveranstaltung für ein Treffen der Aussenministerien von Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein (Regierungskommission Bodensee) stattfinden kann. Gerade die Erfahrungen während der Pandemie haben gezeigt, dass neben einer engen Zusammenarbeit im Grenzraum auch das Verständnis für die Bedürfnisse des Bodenseeraums auf nationaler Ebene von grosser Bedeutung ist. Eine institutionelle Zusammenarbeit der vier Länder über eine Regierungskommission Bodensee leistet dazu einen wesentlichen Beitrag.

Unter dem St. Galler Vorsitz wurde zudem das «Zielbild Raum und Verkehr» für die internationale Bodenseeregion verabschiedet. Damit verfügen die Regionen rund um den Bodensee nun über einen Orientierungsrahmen für ein grenzüberschreitend abgestimmtes Raumverständnis mit gemeinsamen Stossrichtungen für bestimmte Raumtypen wie städtische Gebiete, kulturlandschaftlich geprägte Räume

oder Naturlandschaften. Ein solcher Zusammenschluss vergleichbarer Inhalte auf gleicher Massstabsebene auf Basis der rechtsgültigen Raumkonzeptionen in den Ländern, Kantonen und Regionen ist die Grundlage, um Herausforderungen wie Zersiedelung, Mobilitätswachstum, Schutz und Pflege von Natur- und Kulturlandschaften, künftige Energieversorgung oder Umgang mit dem Klimawandel gemeinsam anzugehen.

Erste Drei-Länder-S-Bahn im Bodenseeraum gestartet

Das «Zielbild Raum und Verkehr» bietet zudem einen Bezugsrahmen für wichtige Verkehrsprojekte im Bodenseeraum. Dazu gehört insbesondere BODANRAIL 2045. Im Rahmen dieses Projekts soll ein Zielzustand für einen vernetzten Bahnverkehr im Bodenseeraum mit dem Zeithorizont 2045 entwickelt werden. Das Projekt beinhaltet die kontinuierliche Abstimmung mit den nationalen und kantonalen Planungen sowie den Planungen auf Länderebene. Der Kanton St. Gallen erreichte in seinem Vorsitzjahr für diese strategischen Verkehrsprojekte einen wichtigen Meilenstein: Mit dem Einsatz der neuen S7 von Romanshorn über Bregenz nach Lindau startete ab dem 12. Dezember 2021 die erste Drei-Länder-S-Bahn im Bodenseeraum mit einem Aufbauprogramm.



Im Jahr 2022 feiert die IBK ihr 50-Jahr-Jubiläum. Am 14. Januar 1972 tagte die erste Bodensee-konferenz in Konstanz, an der über 100 Vertreterinnen und Vertreter aus Kreisen der Landes-, Kantons- und Gemeindepolitik teilnahmen. Unter dem Vorsitz des Kantons Appenzell Ausserrhoden startet die IBK ihr Jubiläumsjahr mit einem Gipfeltreffen der Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter auf dem Säntis.

Kantone engagieren sich verstärkt in der Europapolitik

Nachdem der Bundesrat am 26. Mai 2021 entschieden hatte, die Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) zum Rahmenabkommen abzubrechen, zeigten sich die Kantone in einer Medienmitteilung darüber enttäuscht. Aus Sicht der St. Galler Regierung sind geordnete und sichere Beziehungen zur EU für die Schweiz von essenzieller Bedeutung. Ein international vernetzter Grenz- und Exportkanton wie St. Gallen ist besonders vom Entscheid des Bundesrates betroffen. Für die Ostschweizer Unternehmen beziehungsweise die Ostschweizer Exportwirtschaft ist der Zugang zum EU-Binnenmarkt zentral. Rund 60 Prozent der regionalen Exporte gehen in die EU und auch die rund 9000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit Hauptwohnsitz im Ausland sind für den Ostschweizer Arbeitsmarkt eminent.

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) setzte im Herbst 2021 eine Europakommission ein. Ihre Aufgabe ist es, eine neue europapolitische Standortbestimmung der Kantonsregierungen vorzubereiten, welche die Kantone dem Bund vorlegen werden. Regierungspräsident Marc Mächler, Vertreter der Regierung in der KdK, nimmt Einsitz in der Europakommission und bringt aktiv die Interessen des Kantons und der Ostschweiz ein.

Bewusstsein für die Grenzregion Ostschweiz auf nationaler Ebene stärken

Die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) gab Ende 2020 bei der Universität St. Gallen und bei der Fachhochschule Graubünden eine Erhebung in Auftrag, mit der die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Verflechtungen der Ostschweiz und deren Veränderungen aufgrund der Corona-Pandemie systematisch analysiert und aufgezeigt wurden. Zudem wurden Vorschläge erarbeitet, wie die wirtschaftlichen Verflechtungen der Ostschweiz zukünftig intensiviert und dabei gleichzeitig krisenfester und resilient gemacht werden können. Der Bericht «Die Ostschweiz und ihre Nachbarn – wie Corona die grenzüberschreitenden Verflechtungen beeinflusst» kommt zum Schluss, dass beim Krisenmanagement die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die bestehenden regionalen Wirtschaftsstrukturen zu wenig beachtet wurden. In Zukunft soll gemäss Schlussfolgerung des Berichts das Bewusstsein auf nationaler Ebene für die besonderen Bedürfnisse und die komplexen Vernetzungen der Grenzregionen gestärkt und die nationalen Ebenen sollen in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eingebunden werden.



ORK-Präsident und Regierungsrat Jon Domenic Parolini (GR), Regierungsrat Beat Tinner (SG), Regierungsrat Walter Schönholzer (TG) sowie Studienautor Roland Scherer präsentieren die Ergebnisse des Berichts.



Im Rahmen seiner Antrittstour besuchte Bundespräsident Guy Parmelin gemeinsam mit Regierungspräsident Bruno Damann die Hausarztpraxis zur Rehburg.

Der Bericht verdeutlicht, dass vor allem die wirtschaftlichen Verflechtungen insbesondere in der Ostschweiz deutlich grösser sind, als gemeinhin gedacht. Sie haben zu einem Wohlstandsgewinn für den gesamten Grenzraum geführt. Damit ist die Ostschweiz besonders auf gute und stabile Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU angewiesen. Die Volkswirtschaftsdirektoren der Kantone St. Gallen und Thurgau präsentierten zusammen mit dem ORK-Präsidenten sowie dem Studienautor die Erkenntnisse des Berichts an der Medienorientierung vom 30. August 2021.

Austausch mit Ostschweizer Bundesrätin und Mitgliedern der Bundesversammlung

Im Herbst 2021 hat die ORK nach coronabedingter Pause ihre Sessionsbesuche in Bern mit den ostschweizerischen Mitgliedern der Bundesversammlung wieder aufgenommen. Im Vorfeld des Sessionsbesuches traf sich eine Delegation aus den Mitgliedskantonen unter der Leitung des ORK-Präsidenten Jon Domenic Parolini (GR) mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Im Zentrum der Gespräche mit der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) standen Themen mit Ostschweizer Bezug. Diskutiert wurde etwa über Ostschweizer Infrastrukturvorhaben oder den Switzerland Innovation Park Ost sowie über die zukünftige Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU in Fragen, die das EJPD betreffen. Die Zusammenkunft soll neu jährlich durchgeführt werden.

Die Regierung hat sich im Berichtsjahr regelmässig mit den st. gallischen Mitgliedern der Bundesversammlung ausgetauscht. Im Mittelpunkt der Gespräche standen einerseits

Themen rund um die Corona-Krise wie die Härtefallverordnung. Andererseits wurden Themen im Bereich der Verkehrsanbindung sowie aktuelle Geschäfte der jeweiligen Session der eidgenössischen Räte behandelt. Darüber hinaus verschickt die Staatskanzlei jeweils quartalsweise einen Sessionsbrief mit Anliegen und Hintergrundinformationen aus dem Kanton an die st. gallischen Mitglieder der Bundesversammlung.

Antrittsbesuch des Bundespräsidenten

Anfang Januar 2021 machte Bundespräsident Guy Parmelin im Rahmen seiner Antrittstour durch die verschiedenen Landesteile Halt in St. Gallen. Er tauschte sich mit Regierungspräsident Bruno Damann und Regierungsrat Fredy Fässler über die aktuelle Lage aus und machte sich vor Ort ein Bild über die coronabedingte Auslastung am Kantons- und Spital. Dabei liess er sich über den Start der kantonalen Impfkampagne orientieren. Die Besichtigung einer Hausarztpraxis rundete den Besuch ab. Im November 2021 war Bundesrätin Karin Keller-Sutter zu Gast im Rheintal, um an der Eröffnung einer temporären Impfstelle teilzunehmen. Die Impfstelle wurde im Rahmen der nationalen Impfwache eingerichtet.



Die Delegation der Ostschweizer Regierungskonferenz diskutierte mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter in Bern über Ostschweizer Themen.

Regierungscontrolling

Das Controlling stellt relevante Informationen für eine wirksame und effiziente Steuerung von Verfahren und Prozessen bereit und trägt so zur bestmöglichen Zielerreichung der Staats-tätigkeit bei. Zu diesem Zweck werden das Umsetzungscontrolling, das Projektportfolio und die Übersicht über die Gesetzesvorhaben abgebildet. Dies erhöht die Transparenz und verbessert die Koordination.



Umsetzungscontrolling zur Schwerpunktplanung

Die neue Schwerpunktplanung 2021–2031 wurde im Juni 2021 von der Regierung verabschiedet. Sie ist über die Website www.schwerpunktplanung.sg.ch abrufbar und wird laufend mit Informationen über Massnahmen und Projekte zur Umsetzung ergänzt. Auf der Website finden sich zudem die Ergebnisse des Umsetzungscontrollings zur Schwerpunktplanung. Das Umsetzungscontrolling zeigt den Stand der Umsetzung der Strategien der Schwerpunktplanung und wird im Rahmen des jährlichen Controllings aktualisiert.



Umsetzungscontrolling 2021

Newsletter zur Schwerpunktplanung

Der Newsletter zur Schwerpunktplanung weist auf Aktualitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Schwerpunktplanung 2021–2031 hin und informiert über neue Inhalte der Website. Er kann auf der Website der Schwerpunktplanung abonniert werden.

Vernehmlassungszeitpunkte Gesetzesvorhaben

Zur Verbesserung der Planbarkeit im Gesetzgebungsprozess ist in der Übersicht der Gesetzesvorhaben neuer (geplante) Vernehmlassungszeitraum des jeweiligen Gesetzes oder Beschlusses angegeben. Wo diese Angabe fehlt, ist die departementsinterne Planung noch offen oder es ist keine Vernehmlassung vorgesehen.



Anmeldung Newsletter
Schwerpunktplanung 2021–2031

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die Projekte aufgeführt, die im Jahr 2021 liefen oder fertiggestellt wurden. Dadurch wird sichergestellt, dass die Regierungsprojekte im Blickfeld bleiben. Das Projektportfolio gibt Auskunft über die Projektbezeichnung, das federführende und die mitwirkenden Departemente sowie deren Beanspruchung. Darüber hinaus werden auf der Basis eines Soll-Ist-Vergleichs Angaben zu Projektbeginn und -ende sowie zu den externen Kosten und zur Qualität der Projektumsetzung gemacht. Projekte aus dem Hochbautenprogramm werden gesondert ausgewiesen. Dies ermöglicht spezifische Angaben gemäss dem Immobilienmanagement und zeigt den aktuellen Projektstatus sowie die zeitliche Änderung des Projektstatus auf.

Im Jahr 2021 waren 73 von der Regierung in Auftrag gegebene Projekte in Arbeit, 51 Projekte mit Projektauftrag und 22 Projekte aus dem Hochbautenprogramm. Am stärksten involviert war das Bau- und Umweltdepartement. Mit 38 Projekten war es für mehr als die Hälfte aller Projekte der Regierung verantwortlich.

Die unten stehende Tabelle gibt Auskunft über Federführung und Mitwirkung. Neben der interdepartementalen Zusammenarbeit wird auch intensiv mit Externen zusammengearbeitet. Dies sind vor allem die Gemeinden

beziehungsweise die Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP), Nachbarkantone oder Vereine.

Zum Projektportfolio gehören Ende 2021 19 Bauprojekte. Davon befinden sich 13 Projekte in der Projektphase Bau¹, 4 in der Phase Botschaft und 2 in der Phase Projektdefinition.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Mitwirkung der Departemente und der Staatskanzlei.

Projekte aus dem Hochbautenprogramm: Mitwirkung und Projektphase

Mitwirkung	Total	Projekt-skizze	Projekt-definition	Botschaft	Bau
SK	–	–	–	–	–
VD	–	–	–	–	–
DI	4	–	–	2	2
BLD	7	–	–	–	7
FD	3	–	–	1	2
SJD	7	–	2	1	4
GD	3	–	–	–	3
Total	24	–	2	4	18

¹ Die Phase Bau umfasst die Prozessschritte Beschaffung/Wettbewerb, Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme; vgl. Immobilienverordnung (sGS 733.1; abgekürzt ImmoV).

Federführung und Mitwirkung in Regierungsprojekten

Federführung	Total	Mitwirkung								
		SK	VD	DI	BLD	FD	BUD	SJD	GD	Externe
Staatskanzlei (SK)	4	–	3	3	3	3	3	3	3	0
Volkswirtschaftsdepartement (VD)	3	0	–	0	1	1	2	1	0	0
Departement des Innern (DI)	5	0	1	–	3	1	1	1	3	9
Bildungsdepartement (BLD)	11	0	1	0	–	3	1	0	0	12
Finanzdepartement (FD)	8	4	4	4	5	–	4	5	4	0
Bau- und Umweltdepartement (BUD)	16	3	8	4	4	6	–	6	3	8
Sicherheits- und Justizdepartement (SJD)	2	0	0	2	1	1	1	–	2	4
Gesundheitsdepartement (GD)	2	1	0	0	0	1	0	0	–	3
Total	51	8	17	13	17	16	12	16	15	36

Abgeschlossene Projekte

Im Jahr 2021 wurden fünf Regierungsprojekte fristgerecht und zwei mit Verzögerung abgeschlossen. Es wurden drei Projekte aus dem Hochbautenprogramm mit Verzögerung abgeschlossen.

Fristgerecht abgeschlossen

Federführung	Projekt
SK	Ablösung des Ratsinformationssystems (RIS)
VD	Bericht «ÖV-Entwicklung Kanton St. Gallen 2025–2040»
DI	Controlling kantonale Ausgaben zu AHV und IV
FD	IKS und Code of Conduct für die Staatsverwaltung
FD	Haushaltsgleichgewicht 2022plus

Mit Verzögerung abgeschlossen

Federführung	Projekt
BUD	Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St. Gallen
BUD	Windenergie – Ermittlung von Prüfgebieten
BUD	H060, Kantonale Psychiatrische Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude
BUD	H158, BZB Buchs: Instandsetzung Gebäudehülle und Aussensport
BUD	H159, Universität St. Gallen: Instandsetzung Bibliotheksgebäude

Neue Projekte

Im Jahr 2021 wurden folgende zwölf (Vorjahr: zehn) Regierungsprojekte neu ins Projektportfolio aufgenommen. Es wurden keine Projekte aus dem Hochbautenprogramm neu ins Projektportfolio aufgenommen.

Federführung	Projekt
VD	Leistungsumfang und Art der Umsetzung der kantonalen Landwirtschaftspolitik 2023+
DI	Bericht der Regierung zum Postulat 43.20.05 «Innerkantonale Grundlage für die Fremdunterbringung Minderjähriger klären»
BLD	Bericht strategische Immobilienbedarfsplanung im Hochschulbereich
BLD	IT-Bildungsoffensive: Digital Talents Program
FD	HR-Geschäftsmodell (Phase I: Erarbeitung von Grundlagen für einen Variantenentscheid)
FD	Haushaltsgleichgewicht 2022plus
BUD	Strassenfinanzierung im Kanton St. Gallen
BUD	Verkehrliche Entwicklung im Kanton St. Gallen 2024–2028
BUD	Masterplan und Netzplan Fuss-, Velo- und Mountainbike-Verkehr
BUD	Gesamtübersicht und Gesamtstrategie zu den kantonalen Bauten
GD	Weiterentwicklung Leistungsangebot, Trägerschaft und Betreiber des Spitals Walenstadt: Projektbericht
GD	Umsetzung Strategie Spitalverbunde

Projekte in Verzug

Bei 18 Regierungsprojekten musste die Terminplanung aus diversen Gründen angepasst werden. 8 Projekte aus dem Hochbautenprogramm verzögern sich.

Bei Projekten aus dem Hochbautenprogramm ist jeweils angegeben, auf welche Teilphase des Projekts sich die Zeitangaben beziehen.

Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
Leistungsumfang und Art der Umsetzung der kantonalen Landwirtschaftspolitik 2023+	Dezember 2022	Der interne Zeitaufwand ist beträchtlich höher als erwartet. Das Projekt ist umfangreicher geworden, lässt sich mit den vorhandenen personellen Ressourcen aber bewältigen, da andere Projekte zeitlich verschoben wurden. Der Projektabschluss verzögert sich dennoch um mehrere Monate.
Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik im Kanton St. Gallen – Zukunft Alter(n) im Kanton St. Gallen gestalten	September 2022	Aufgrund von personellen Veränderungen in der Projektorganisation (Wechsel Co-Projektleiterin) verzögert sich der Zeitplan. Zudem soll der Bericht dem Kantonsrat zur Beratung zugeleitet werden, was ursprünglich im Projektauftrag aus dem Jahr 2019 nicht vorgesehen war und ebenfalls zu einer Verzögerung führt (u.a. aufgrund der Vernehmlassung, die im September 2021 abgeschlossen wurde).
Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek	April 2023	Die Verschiebung der Endtermine der Parlamentsbeschlüsse lässt sich mit Planungsänderungen im politischen Umfeld begründen (Anpassung an Planungsverfahren der Stadt St. Gallen; Verzögerungen im Teilprojekt «Bau» bzw. neuer Termin für die Parlamentsbotschaften).
Regioverbund St. Gallen	Dezember 2024	Die Arbeiten sind sistiert, da noch verschiedene Abklärungen des Kantons zu aktuellen Entwicklungen im schweizerischen Bibliothekswesen im Gang sind und der begleitende Entscheid zum zukünftigen Bibliothekssystem noch aussteht. Nach diesem Entscheid wird der Projektauftrag angepasst.
Machbarkeitsstudie «Sportvision Ost»	März 2022	Das ursprünglich vorgesehene Projektende der Machbarkeitsstudie (Ende September 2021) konnte aus diversen Gründen (Mehraufwand bei den Teilprojekten, Zusatzabklärungen mit externen Stellen, Einbezug Stakeholder) nicht eingehalten werden.
Organisation der Berufsbildung in der Staatsverwaltung	August 2022	Aufgrund fehlender Ressourcen und ausbleibender Verschiebung von Ressourcen aus den Departementen konnte das Projekt nur teilweise realisiert werden. Einzelne Ziele des Projekts können nicht umgesetzt werden.
Strategische Immobilienplanung für die Sekundarstufe II	Juni 2022	Die ursprüngliche Projektplanung musste infolge einer Motion, die in der November-session 2020 gutgeheissen wurde, angepasst werden. Aufgrund des verkürzten Zeitplans konnten verschiedene Fragen nicht mehr in der ursprünglich geplanten Tiefe und nicht in allen vorgesehenen Varianten bearbeitet werden. Die im September 2021 durchgeführte Vernehmlassung hat gezeigt, dass zusätzliche Vertiefungen notwendig sind. Die Regierung hat diese zusätzlichen Arbeiten im November 2021 in Auftrag gegeben. Der Abschluss des Projekts verzögert sich um rund ein halbes Jahr.
Umsetzung IT-Strategie 2016+: Anpassung IT-Organisation	Dezember 2022	Die Meilensteine in der Projektplanung können nicht alle eingehalten werden. Dies ist Ressourcenengpässen aufgrund der Corona-Krise sowie der daraus folgenden Prioritätensetzung geschuldet, insbesondere im Gesundheitsdepartement und in der Staatskanzlei. Mangels personeller Ressourcen können die Massnahmen aus den strategischen Informatikplanungen (SIP) teilweise nicht wie gefordert umgesetzt werden. Eine Anpassung der IT-Organisation ohne zusätzliche Personalressourcen ist in einigen Bereichen nicht möglich.
eDossier (elektronische Personalakte)	März 2022	Das Projekt war bereits vor dem Start um ein Jahr verschoben worden. Weitere Anpassung geschahen im Interesse der Ressourcen- und der Risikooptimierung. Operativ wurde das Projekt zeitgerecht abgeschlossen. Der formale Projektabschluss verzögert sich corona- und ressourcenbedingt. Er erfolgt nun bis spätestens Ende März 2022.
HR-Strategie	März 2022	Im Dezember 2021 wurde die HR-Strategie – in der Form einer Grundlage für die Entwicklung einer finalen Strategie im Rahmen eines Programmmanagements – durch die Regierung verabschiedet. Die im Dezember 2021 geplante Erstkommunikation zur neuen HR-Strategie am Kadertag ist coronabedingt ausgefallen und wird im ersten Quartal 2022 nachgeholt. Das Projekt kann im ersten Quartal 2022 abgeschlossen werden.
Umsetzung der IT-Strategie 2016+	Juni 2022	Der Projektabschluss verzögert sich, weil die Arbeiten zur Umsetzung der Strategie komplex und umfassend sind. Im Jahr 2018 hat der Informatikstrategieausschuss zwecks Vorantreiben der Umsetzung einen externen Programmmanager eingesetzt. Anschliessend kamen die Projektarbeiten gut voran. Aufgrund der Corona-Krise hat die Regierung Projekte neu priorisiert, wovon auch dieses Projekt betroffen war. Mit einem Abschluss der Arbeiten ist bis Mitte 2022 zu rechnen, dies gilt insbesondere für die Anpassung der IT-Organisation.

Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)	Dezember 2023	Die Suche nach neuen Durchgangsplätzen, wobei vor allem die Realisierung von provisorischen Plätzen im Fokus ist, wurde im Sommer 2020 eingestellt. Für einen möglichen Standort im Rheintal hat die Gemeinde Sennwald ihre ursprüngliche Zusage zurückgezogen. Daneben fanden Gespräche mit der Armee statt, um potenzielle Standorte vertiefter zu betrachten. Leider ohne Erfolg, da die allenfalls verfügbaren Standorte sich an schlechten Lagen befinden und die guten Lagen nicht verfügbar sind (Kernbestand der Armee). Auch die Abklärungen zu kantonseigenen Parzellen brachten keinen Erfolg, da die Gemeinde Vilters-Wangs grosse Vorbehalte anbrachte. Der zwischenzeitlich als Provisorium vorgesehene Durchgangsplatz in Thal wurde aufgrund der fehlenden Einstimmigkeit des Gemeinderates sistiert.
Stromeinkauf am liberalisierten Strommarkt	Juni 2022	Die ursprüngliche Terminplanung musste aufgrund der terminlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die Strommarktliberalisierung nach hinten angepasst werden.
Aufweitung Alpenrhein Maienfeld/Bad Ragaz	Februar 2022	Die Terminabweichung ergibt sich vor allem aus zusätzlich beauftragten Abklärungen. Diese werden gemacht, damit Projektrisiken minimiert sowie Projektumsetzung und -akzeptanz in der Bevölkerung verbessert werden können. Die Qualität des Projekts wird dadurch zusätzlich erhöht. Die verlängerte Projektierungszeit führt dazu, dass die Kosten für die Projektierung höher ausfallen werden. Die Regierung hat diesen Mehrkosten bereits zugestimmt.
Einführung Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)	Juni 2022	Die Projektziele konnten fast vollständig erreicht werden; der ÖREB-Kataster wurde im November 2021 in Betrieb genommen. Aufgrund des hohen Arbeitsanfalls im Jahr 2021 konnten bis Ende 2021 erst rund 60 Gemeinden erfasst und im Kataster freigeschaltet werden. Bei den verbleibenden 16 Gemeinden kann dies im ersten Halbjahr 2022 geschehen und damit das Projekt vollständig abgeschlossen werden.
Geodateninfrastruktur Kanton St. Gallen und St. Galler Gemeinden (GDI-SG)	Dezember 2022	Diverse Herausforderungen (viele heterogene Anspruchsgruppen, ausgeweiteter Projektfokus, Veränderungen der Ausgangslage, verschiedene Zielkonflikte) machten eine Neustrukturierung des Projekts nötig. Aufgrund der derzeit vorliegenden Informationen ist davon auszugehen, dass sich das Projektende um rund ein Jahr nach hinten verschiebt.
Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr	Dezember 2022	Die Verzögerung ergab sich primär aufgrund fehlender personeller Ressourcen. So konnten wichtige Grundlagen (Teilstrategien Strassen sowie Fuss- und Veloverkehr) nicht zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden. Die Überführung der Gesamtverkehrsstrategie in die Richtplansystematik war sehr aufwändig. Die Aufnahme zusätzlicher Inhalte aus dem Richtplan-kapitel Siedlung führte schliesslich zu weiteren Verzögerungen.
Häusliche Gewalt – und die Kinder mittendrin!	März 2022	Aufgrund der Corona-Krise hat die Regierung Projekte neu priorisiert, wovon auch dieses Projekt betroffen war. Die Produkte des Projekts liegen – mit Ausnahme des Schlussberichts – vor. Hauptprodukt ist das Handbuch «Kinder inmitten von Partnerschaftsgewalt». Dieses wurde der Öffentlichkeit an der Medienkonferenz vom 16. Juni 2021 vorgestellt und als Online-Version veröffentlicht. Noch ausstehend ist die Verabschiedung des Schlussberichts – und damit der Abschluss des Projekts – durch die Regierung. Wegen der intensiven aber sehr fruchtbaren Diskussionen im Lenkungsausschuss mit Vertretungen der betroffenen Departemente, der VSGP und der KESB gestaltete sich die Erarbeitung des Schlussberichts aufwändiger als vorgesehen. Der vom Lenkungsausschuss verabschiedete Schlussbericht liegt vor und wird voraussichtlich von der Regierung im ersten Quartal 2022 verabschiedet. Damit kann das Projekt abgeschlossen werden.

Hochbauprojekte in Verzug

Phase	Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
Bau	H062, Regionalgefängnis Altstätten: Erweiterung	Juni 2028	Der Terminverzug resultiert aus der Tatsache, dass vor Baubeginn der Erschliessungsstrasse sowie des Gefängnisneubaus Altlasten entsorgt werden müssen. Gegenüber dem ursprünglichen Terminplan resultiert für das Bauvorhaben eine Terminverzögerung von rund vier Jahren.
Bau	H071, Klanghaus Toggenburg, Neubau	Dezember 2024	Aufgrund der Corona-Krise und den damit verbundenen Erschwernissen in der Zusammenarbeit unter den Planern musste der offizielle Planungs- und daraus folgend der Ausführungsstart um Wochen nach hinten verschoben werden. Zusätzlich führten die Verhandlungen bezüglich Abschluss des Architekturvertrags zu weiteren Verzögerungen. Geänderte Vorschriften, zum Beispiel zum Brandschutz, gegenüber dem ursprünglichen Projekt führten zu Umplanungen und damit zu weiteren Verzögerungen.
Botschaft	H085, Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen, Neubau (Ersatz)	April 2023	Weil in Zusammenarbeit mit der Stadt St. Gallen und Helvetia Versicherungen ein geänderter Prozess verfolgt wird, befindet sich das Projekt in der Phase Botschaft, die jedoch länger als üblich dauert.
Bau	H113, Theater St. Gallen: Umbau und Sanierung	April 2023	Der Verzug resultierte einerseits aus dem ausserordentlich schlechten Wetter im Frühjahr/Sommer 2021. Andererseits wurden die Erneuerungsarbeiten generell sowie die Arbeiten für den neuen Anbau im Speziellen bezüglich Komplexität deutlich unterschätzt. Weiter wurden weit mehr Altlasten vorgefunden als erwartet, weshalb die Zeit für deren Rückbau länger dauerte.
Projektdefinition	H136, Standortüberprüfung kantonale Verwaltungsstellen Gemeinde Uznach	November 2022	Aufgrund der Abhängigkeiten unter den beteiligten Dienststellen sind zahlreiche vertiefte Abklärungen notwendig. Im Rahmen der Erarbeitung der Projektdefinition haben sich neue grundsätzliche Fragen ergeben, deren Beantwortung zu einer Verzögerung des Projekts führt.
Bau	H133, Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum	März 2023	Infolge der Kostenreduktion durch den Kantonsrat musste das Vorhaben total überarbeitet werden, was zu Terminverschiebungen führte.
Bau	H155, PSGN Wil: Errichtung Forensikstation	Dezember 2024	Während der Programmierarbeit zum Wettbewerb hat sich gezeigt, dass zusätzliche Sicherheitsmassnahmen eingeplant werden müssen, was sich auf die Kosten auswirken wird. Auch mit diversen Projektoptimierungen ist es nicht gelungen, die Kosten im vorgesehenen Rahmen zu halten. Die Projektoptimierung und das Verfahren für einen Nachtragskredit wirken sich auf den Bezugstermin aus. Das Planerwahlverfahren hat zusätzlich mehr Zeit in Anspruch genommen als veranschlagt.
Bau	H162, Strafanstalt Saxerriet: Wärmeverbund und energetische Instandsetzung Werkstattgebäude	Oktober 2022	In der Planungsphase musste infolge Geschäftsaufgabe ein neues Ingenieurbüro gesucht werden. Zusätzlich entstand eine Verzögerung aufgrund fehlender interner Ressourcen.

Übersicht über die Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze und Kantonsratsbeschlüsse zur Genehmigung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Jahr 2021 bearbeitet wurden oder seit dem Jahr 2021 angewendet werden. Sie wird ergänzt mit geplanten Gesetzesvorhaben und soll einen Überblick über die Gesetzgebungsaktivität der Staatsverwaltung schaffen. Sie verbessert die Transparenz und dient dem Kantonsrat, der Regierung und den Departementen als

Planungs- und Steuerungsinstrument. Die Übersicht gibt Auskunft über den (geplanten) Vernehmlassungszeitraum, die Beratungszeitpunkte der Gesetze durch den Kantonsrat und den Vollzugsbeginn.

Vollzugsbeginn

Seit dem Jahr 2021 werden 23 Erlasse neu angewendet. Seit Januar 2022 sind weitere fünf Erlasse in Vollzug. Erlasse mit mehreren Vollzugsdaten werden als «In Vollzug» gezählt, wenn sie vollständig in Vollzug sind. Teilvollzüge werden in den jeweiligen Listen (mehrfach) aufgeführt.

Übersicht über den Stand der Gesetzesvorhaben

Federführung	Bearbeitung im Jahr 2021 abgeschlossen	Rechtsgültigkeit im Jahr 2021	Vollzug im Jahr 2021	Rechtsgültigkeit im Jan./Feb. 2022	Vollzug im Jan./Feb. 2022	Im März 2022 in Bearbeitung
SK	–	–	–	–	–	8
VD	1	1	1	–	–	7
DI	1	3	6	1	3	6
BLD	1	3	3	–	1	7
FD	4	5	7	–	1	2
BUD	1	1	2	–	–	5
SJD	–	–	1	–	–	10
GD	1	1	3	–	–	2
Total	9	14	23	1	5	47

Folgende 23 Gesetze weisen einen Vollzugsbeginn im Jahr 2021 auf:

Federführung	Gesetzesvorhaben	Rechtsetzungsbedarf	sGS Nummer
VD	IV. Nachtrag zum Jagdgesetz	Gegenvorschlag zur Gesetzesinitiative «Stopp dem Tierleid – gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere»	853.1
DI	IX. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz	Vergütung Mehrkosten für betreutes Wohnen über die Ergänzungsleistungen	351.5
DI	IV. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz / Wirksamkeitsbericht 2020	Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz, vor allem den Vollzug betreffend beziehungsweise Vereinfachungen	813.1
DI	Gesetz über Beiträge für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung	Verwendung der Steuermehreinnahmen aufgrund erhöhter Kinder- und Ausbildungszulagen für die Förderung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung	221.1
DI	III. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung	Abrechnung Pflegeleistungen für Menschen mit Behinderung nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung	331.2
DI	IV. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung	Durchführungskosten Pflegefinanzierung	331.2
DI	V. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung ²	Übernahme der Pflegekosten, welche die Höchstansätze übersteigen (Präzisierung aufgrund Bundesgerichtsurteil 9C-446/2017)	331.2
BLD	XXII. Nachtrag zum Volksschulgesetz	Finanzierung Sonderschulung	213.1
BLD	XXIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz	Mitfinanzierung der Lehrmittel	213.1
BLD	XXIV. Nachtrag zum Volksschulgesetz	Kinder mit Sprachbehinderung	213.1
FD	Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie	Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen des Kantons St. Gallen auf Grundlage des Bundesgesetzes, Unterstützung Sportvereine und Seilbahnunternehmen	571.3
FD	Nachtrag zum Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie	Anpassung an neue Vorgaben des Bundesrechts, Unterstützungsmassnahmen für Seilbahnunternehmen, Härtefallunterstützung für Tourismusorganisationen	571.3

Federführung	Gesetzesvorhaben	Rechtsetzungsbedarf	sGS Nummer
FD	II. Nachtrag zum Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie	Umsetzung Vorgaben des Bundesrechts, Schutzschirm für Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung	571.3
FD	III. Nachtrag zum Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie	Unterstützung von durch die öffentliche Hand geführten Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung	571.3
FD	XIV. Nachtrag zum Steuergesetz ³	Verschiedene Anpassungen im Steuergesetz, unter anderem Umsetzung der Motion 42.15.10 «Anpassung Pauschalabzug Krankenkassenprämien»	811.1
FD	XVI. Nachtrag zum Steuergesetz ⁴	Grundstückgewinnsteuer: Anpassung der Anlagekosten in besonderen Fällen	811.1
FD	XVII. Nachtrag zum Steuergesetz ⁵	Verschiedene rechtliche Anpassungen, unter anderem aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben	811.1
BUD	VI. Nachtrag zum Energiegesetz	Überführung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) ins kantonale Recht	741.1
BUD	Nachtrag zum Wasserbaugesetz	Umsetzung der Motion 42.14.15 «Neue Wege im Hochwasserschutz»	734.1
SJD	Revision des Gesetzes über den Feuerschutz	Klare Rechtsgrundlagen im Brandschutz, Aufhebung der ständigen Windwache, Anpassungen an Entwicklungen im Bereich des Feuerwesens	871.1
GD	IX. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	Überwälzung der Verlustscheinforderungen auf die Gemeinden	331.11
GD	X. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	Anpassung an neue Vorgaben des Bundesrechts (Reform der Ergänzungsleistungen)	331.11
GD	XI. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	Umsetzung der Motion 42.20.15 «Schwarze Liste» abschaffen»	331.11

² Teilvollzug 1. Januar 2021 und 1. April 2021.

³ Teilvollzug 1. Januar 2019, 1. August 2019 und 1. Januar 2021.

⁴ Teilvollzug 1. Januar 2020 und 1. Januar 2021.

⁵ Teilvollzug 1. Januar 2020 und 1. Januar 2021.

Im Januar 2022 wurden folgende fünf Erlasse in Vollzug gesetzt:

Federführung	Gesetzesvorhaben/Beschluss	Rechtsetzungsbedarf	sGS Nummer
DI	Nachtrag zum Gesetz über die Umsetzung der eidgenössischen Covid-19-Gesetzgebung im Kulturbereich	Beteiligung des Kantons St. Gallen an und Vollzug der Unterstützung von Kulturunternehmen und Kulturschaffenden nach Art. 11 des Covid-19-Gesetzes und Art. 4 ff. der Covid-19-Kulturverordnung	571.2
DI	II. Nachtrag zum Gemeindegesetz	Veröffentlichung der Besoldung von Behördenmitgliedern	151.2
DI	III. Nachtrag zum Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge	Anpassung der kantonalrechtlichen Grundlagen aufgrund Bundesrecht (Erlass der eidgenössischen Verordnung über die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen)	911.51
BLD	Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt zur Interkantonalen Universitätsvereinbarung aus dem Jahr 2019	Vereinbarung wurde revidiert	217.8
FD	XVIII. Nachtrag zum Steuergesetz	Umsetzung der Motion 42.19.24 «Verzicht auf die ergänzende Vermögenssteuer»	811.1

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2021 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Projekte im Blickfeld bleiben. Ersichtlich sind die Dauer und die in den einzelnen Projekten federführenden und mitwirkenden Departemente. Die Übersicht liefert zudem Anhaltspunkte zum Umfang eines Projekts, indem die veranschlagten Ressourcen in Personentagen angegeben sind. Durch ein Ampelprinzip wird die Zielerreichung bezüglich Termine, Kosten und Qualität signalisiert.

Departemente/Projekte	Start	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend	
Staatskanzlei														
Umsetzung GEVER-Strategie 2015–2024	2017	[Gantt bar]								gross	●	●	●	VD, DI, BLD, FD, BUD, SJD, GD
Ablösung des Ratsinformationssystems (RIS)	2017	[Gantt bar]								mittel	●	●	●	VD, DI, BLD, FD, BUD, SJD, GD, KR/PARLD
Einführung eines Vorlagenmanagement-Systems	2017	[Gantt bar]								mittel	●	●	●	VD, DI, BLD, FD, BUD, SJD, GD
Weiterentwicklung Materialzentrale	2019	[Gantt bar]								mittel	●	●	●	–
Volkswirtschaftsdepartement														
Umsetzung Biodiversitätsstrategie	2018	[Gantt bar]								mittel	●	●	●	BUD
Bericht «öV-Entwicklung Kanton St. Gallen 2025–2040»	2019	[Gantt bar]								mittel	●	●	●	FD, BUD
Leistungsumfang und Art der Umsetzung der kantonalen Landwirtschaftspolitik 2023+		[Gantt bar]								gross	●	●	●	BLD, SJD
Departement des Innern														
Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek	2016	[Gantt bar]								gross	●	●	●	BLD, BUD, Stadt St. Gallen
Regioverbund St. Gallen	2017	[Gantt bar]								gross	●	●	●	BLD, KBK
Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik im Kanton St. Gallen – Zukunft Alter(n) im Kanton St. Gallen gestalten	2019	[Gantt bar]								gross	●	●	●	GD, VSGP
Controlling kantonale Ausgaben zu AHV und IV	2020	[Gantt bar]								mittel	●	●	●	VD, FD, GD, SVA, VSGP
Bericht der Regierung zum Postulat 43.20.05 «Innerkantonale Grundlage für die Fremdunterbringung Minderjähriger klären»		[Gantt bar]								klein	●	●	●	BLD, SJD, GD, VSGP, KESB, KJPZ, KOS, SGV
Bildungsdepartement														
Revision Gesetz über die Universität St. Gallen	2019	[Gantt bar]								gross	●	●	●	–
IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Vernetzung von Bildung und Wirtschaft	2019	[Gantt bar]								klein	●	●	●	Verein IT St. Gallen
IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Universität	2019	[Gantt bar]								gross	●	●	●	HSG
IT-Bildungsoffensive: Kompetenzzentrum Digitalisierung & Bildung	2019	[Gantt bar]								gross	●	●	●	PHSG
IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Berufsbildung	2020	[Gantt bar]								gross	●	●	●	BZWU, GBS, PHSG, Vertretungen Wirtschaft
IT-Bildungsoffensive: Smartfield – Erfahrungsraum für Kreativität, Technologie und Zukunftskompetenzen	2020	[Gantt bar]								gross	●	●	●	PHSG, GBS, HSG, OST, Verein Startfeld
IT-Bildungsoffensive: Kompetenzzentrum Angewandte Digitalisierung	2020	[Gantt bar]								gross	●	●	●	OST
Strategische Immobilienplanung für die Sekundarstufe II	2020	[Gantt bar]								gross	●	●	●	FD
Machbarkeitsstudie «Sportvision Ost»	2020	[Gantt bar]								gross	●	●	●	VD, FD, VNS, VCO, Stadt St. Gallen, IGSGSV, SOA
Bericht strategische Immobilienbedarfsplanung im Hochschulbereich		[Gantt bar]								mittel	●	●	●	FD, BUD, Hochschulen, Expertenunterstützung
IT-Bildungsoffensive: Digital Talents Program		[Gantt bar]								klein	●	●	●	GBS, OST, TIL, IHK St. Gallen-Appenzell, Umsetzungspartner, VIT

■ (geplante) Projektdauer
 ■ Projektverlängerung
 ■ (geplante) Vernehmlassung

4. Quartal
 3. Quartal
 2. Quartal
 1. Quartal

Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

● auf Kurs
 ● zusätzliche Anstrengung nötig
 ● Ziel verfehlt

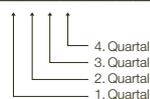
Departemente/Projekte	Start	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Finanzdepartement													
eDossier (elektronische Personalakte)	2016								gross	●	●	●	BLD, BUD, SJD
Umsetzung der IT-Strategie 2016+	2017								gross	●	●	●	–
HR-Strategie	2020								klein	●	●	●	SK, VD, DI, BLD, BUD, SJD, GD
IKS und Code of Conduct für die Staatsverwaltung	2019								klein	●	●	●	–
Organisation der Berufsbildung in der Staatsverwaltung	2019								klein	●	●	●	–
Umsetzung IT-Strategie 2016+: Anpassung IT-Organisation	2019								gross	●	●	●	SK, VD, DI, BLD, BUD, SJD, GD
HR-Geschäftsmodell (Phase I: Erarbeitung von Grundlagen für einen Variantenentscheid)									mittel	●	●	●	SK, VD, DI, BLD, SJD, GD, Gerichte
Haushaltsgleichgewicht 2022plus									gross	●	●	●	SK, VD, DI, BLD, BUD, SJD, GD

Bau- und Umweltdepartement													
Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)	2004								mittel	●	●	●	Standortgemeinden
Geodateninfrastruktur Kanton St. Gallen und St. Galler Gemeinden (GDI-SG)	2018								gross	●	●	●	VD, DI, FD, VSGP, IG GIS AG
Einführung Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)	2015								gross	●	●	●	SK, VD, DI, BLD, FD, SJD, GD, Gemeinden, swisstopo
Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr	2017								gross	●	●	●	–
Initialisierung Umsetzung Revitalisierungsplanung	2018								gross	●	●	●	–
Aufweitung Alpenrhein Maienfeld/Bad Ragaz	2018								gross	●	●	●	–
Stromeinkauf am liberalisierten Strommarkt	2019								klein	●	●	●	–
Windenergie – Ermittlung von Prüfgebieten	2019								mittel	●	●	●	–
Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St. Gallen	2019								gross	●	●	●	VD, FD, SJD, GD
Arealstrategien der Psychiatrie St. Gallen Nord und der Psychiatrie-Dienste Süd: Beurteilung unter dem Aspekt der baulichen Entwicklungsmöglichkeiten an den Standorten Wil und Pfäfers	2019								gross	●	●	●	BLD, FD, KPD-N, KPD-S
Kantonale Landschaftskonzeption St. Gallen/ Phase I: Fachliche Grundlage Landschaft	2020								gross	●	●	●	VD, DI
Strassenfinanzierung im Kanton St. Gallen									gross	●	●	●	VD, FD, SJD
Langfristige Sicherstellung der Wasserressourcen im Kanton St. Gallen	2020								mittel	●	●	●	–
Verkehrliche Entwicklung im Kanton St. Gallen 2024–2028									gross	●	●	●	VD, SJD
Masterplan und Netzplan Fuss-, Velo- und Mountainbike-Verkehr									gross	●	●	●	SK, VD, BLD, SJD, VSGP, WWW, FV, VeloLink
Gesamtübersicht und Gesamtstrategie zu den kantonalen Bauten									gross	●	●	●	SK, VD, DI, BLD, FD, SJD, GD

Sicherheits- und Justizdepartement													
Häusliche Gewalt – und die Kinder mittendrin!	2017								gross	●	●	●	DI, BLD, GD, KESB, VSGP, Gerichte
Notruf- und Einsatzleitzentrale der Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen (Projekt «NEZ-Technik und Organisation»)	2019								gross	●	●	●	DI, FD, BUD, GD, Stadt St. Gallen, Kapo AR, Kapo AI

Gesundheitsdepartement													
Weiterentwicklung Leistungsangebot, Trägerschaft und Betreiber des Spitals Walenstadt: Projektbericht									gross	●	●	●	KSGR, IG Sardona, DV SL
Umsetzung Strategie Spitalverbunde									gross	●	●	●	SK, FD, Spitalverbunde

(geplante) Projektdauer
 Projektverlängerung
 (geplante) Vernehmlassung



Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

auf Kurs
 zusätzliche Anstrengung nötig
 Ziel verfehlt

AI Appenzell Innerrhoden
 AR Appenzell Auserrhoden
 BUD Bau- und Umweltdepartement
 BLD Bildungsdepartement
 BZWU Berufs- und Weiterbildungszentrum Wil-Uzwil
 DI Departement des Innern
 DV SL Diverse Vertretungen Sarganserland
 FD Finanzdepartement
 FV Fussverkehr Schweiz
 GBS Gewerbliches Berufs- und Weiterbildungszentrum St. Gallen

GD Gesundheitsdepartement
 HSG Universität St. Gallen
 IGSGSV IG St. Galler Sportverbände
 IG GIS AG Interessengemeinschaft Geografisches Informationssystem
 Kapo Kantonspolizei
 KBK Kantonale Bibliothekskommission
 KESB Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
 KJPZ Klinik Sonnenhof
 KOS St. Gallische Konferenz der Sozialhilfe
 KPD-N Psychiatrie St. Gallen Nord
 KPD-S St. Gallische Psychiatrie-Dienste Süd

KSGR Kantonsspital Graubünden
 KSSG Kantonsspital St. Gallen
 OST Ostschweizer Fachhochschule
 PHSG Pädagogische Hochschule St. Gallen
 Ress. Ressourcen
 SGV Verband St. Galler Volksschulträger
 SJD Sicherheits- und Justizdepartement
 SK Staatskanzlei
 SOA Swiss Olympic Association
 SVA Sozialversicherungsanstalt St. Gallen
 TIL Teaching Innovation Lab
 VIT Verein IT St. Gallen

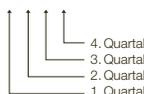
VCO Verein Campus Ostschweiz
 VD Volkswirtschaftsdepartement
 VNS Verein NetzwerkSport
 VCO Verein Campus Ostschweiz
 VSGP Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten
 WWW Verein St. Galler Wanderwege

Projektportfolio Hochbauprojekte

Im Projektportfolio Hochbauprojekte werden die Projekte aus dem Hochbautenprogramm gesondert dargestellt. Die Hochbauprojekte haben normalerweise einen längeren Zeithorizont und durchlaufen gemäss dem Immobilienmanagement verschiedene Projektphasen, in denen sich aufgrund eines detaillierteren Bearbeitungsstands auch die Grundlagen immer wieder ändern. Jede Änderung des Projektstatus wird durch einen Regierungsbeschluss bestätigt.

Departemente/Projekte	Start	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Projektphase ¹	Mitwirkend
Bau- und Umweltsdepartement															
H060, Kantonale Psychiatrische Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude	2008									gross	●	●	●	Bau	GD, KPD-S
H056, Kantonsschule Sargans, Teilabbruch und Erweiterung	2008									gross	●	●	●	Bau	BLD, FD
H062, Regionalgefängnis Altstätten: Erweiterung	2013								2028	gross	●	●	●	Bau	FD, SJD
H113, Theater St. Gallen: Umbau und Sanierung	2012									mittel	●	●	●	Bau	DI
H159, Universität St. Gallen: Instandsetzung Bibliotheksgebäude	2012									gross	●	●	●	Bau	BLD
H083, Universität St. Gallen: Neubau Standort Platztor	2012									gross	●	●	●	Bau	BLD
H093, GBS St. Gallen: Gesamterneuerung Standort Demutstrasse	2012								2030	gross	●	●	●	Bau	BLD
H133, Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum	2014									mittel	●	●	●	Bau	SJD
H155, PSGN Wil: Errichtung Forensikstation	2016									klein	●	●	●	Bau	SJD, GD
H160, PSGN Wil: Erneuerung Unterstationen und Werkleitungen auf dem Areal Psychiatrische Klinik Wil	2017									mittel	●	●	●	Bau	GD
H162, Strafanstalt Saxerriet: Wärmeverbund und energetische Instandsetzung Werkstattgebäude	2017									mittel	●	●	●	Bau	SJD
H071, Klanghaus Toggenburg, Neubau	2016									gross	●	●	●	Bau	DI
H158, BZB Buchs: Instandsetzung Gebäudehülle und Aussensport	2018									gross	●	●	●	Bau	BLD
H072, Campus Wattwil – Ersatzneubau Kantonsschule Wattwil	2015									gross	●	●	●	Bau	BLD
H079, Erweiterung Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg	2015								2028	gross	●	●	●	Bau	BLD
H123, Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St. Gallen (SVZ)	2017									gross	●	●	●	Projektdefinition	SJD
H085, Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen, Neubau (Ersatz)	2018									gross	●	●	●	Botschaft	DI, FD
H089, Neues Staatsarchiv, Standort Waldau	2019									gross	●	●	●	Botschaft	DI
H136, Standortüberprüfung kantonale Verwaltungsstellen Gemeinde Uznach	2017									mittel	●	●	●	Projektdefinition	SJD, Gerichte
H186, Sicherheitspolizei, Um- und Ergänzungsbau Mingerstrasse 2, St. Gallen, Ersatzstandort Kapo Sicherheitspolizei	2019									mittel	●	●	●	Botschaft	SJD
H190, Erstellung von Fotovoltaikanlagen auf kantonalen Hochbauten	2020									gross	●	●	●	Bau	-
H183, Instandsetzung und Umnutzung der Schützengasse 1 in St. Gallen für das Kreisgericht St. Gallen										gross	●	●	●	Botschaft	Gerichte

- (geplante) Projektdauer
- Projektverlängerung
- ▶ Änderung Projektstatus
- Kantonsratsbeschluss
- ★ Volksabstimmung



Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

- auf Kurs
- zusätzliche Anstrengung nötig
- Ziel verfehlt

- BLD Bildungsdepartement
- DI Departement des Innern
- FD Finanzdepartement
- GD Gesundheitsdepartement
- KPD-S St. Gallische Psychiatrie-Dienste Süd
- SJD Sicherheits- und Justizdepartement

¹ Die Phase Bau umfasst die Prozessschritte Beschaffung/Wettbewerb, Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme; vgl. Immobilienverordnung (sGS 733.1; abgekürzt ImmoV).

Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze und Kantonsratsbeschlüsse zur Genehmigung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Jahr 2021 bearbeitet wurden oder seit dem Jahr 2021 angewendet werden. Ersichtlich sind die Beratung durch den Kantonsrat, allfällige Volksabstimmungen und die Vollzugstermine. Zusätzlich sind die (geplanten) Vernehmlassungen abgebildet. Wo diese Angabe fehlt, ist die departementsinterne Planung noch offen oder es ist keine Vernehmlassung vorgesehen.

Departemente/Gesetzesvorhaben	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Mitwirkend	
Staatskanzlei								
Einführung von E-Collecting im Kanton St. Gallen (Motion 42.18.14)		offen / Angabe Vernehmlassung folgt 2024						-
Revision Gesetz über Referendum und Initiative (Motion 42.18.10 «Verbindlichere Fristen bei Referenden und Initiativen»)			■	■			-	
XIV. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.18.07 «Einbezug des Kantonsrates beim Verordnungsrecht»)			■	■	▶		-	
XV. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Abstimmungsempfehlungen der Regierung bei kantonalen Abstimmungsvorlagen)			■	■			-	
XVI. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Gleichzeitige Mitgliedschaft in Regierung und Bundesversammlung)			■	■	▶		-	
Motion 42.20.11 «Papierloser Ratsbetrieb»					■		-	
Motion 42.21.06 «Handlungsfähigkeit des Kantonsrates sicherstellen»					■		-	
Präzisierung der Vorgaben zu Form und Inhalt der erläuternden Berichte für Volksabstimmungen (Auftrag aus dem Bericht 81.19.01 «Tätigkeit des Parlamentes 2014–2018»)			■	■			-	
Volkswirtschaftsdepartement								
II. Nachtrag zum Tourismusgesetz (Einlage von besonderem Eigenkapital in den Tourismusfonds)/Nachtrag zum Gesetz über die Kursaalabgabe/Aufhebung Grossratsbeschluss über die Unterstützung touristischer Vorhaben				■	■		-	
II. Nachtrag zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung				■	■		-	
Nachtrag zum Gesetz betreffend das kantonale Einigungsamt				offen			-	
IV. Nachtrag zum Jagdgesetz (Gegenvorschlag zur Gesetzesinitiative «Stopp dem Tierleid – gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere»)		■	■	▶			-	
V. Nachtrag zum Jagdgesetz			■	■			-	
VI. Nachtrag zum Jagdgesetz				offen			-	
Motion 42.20.19 «Neuregelung der Zuständigkeit im Vertragsnaturschutz (GAöL)»				offen			-	
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (Motion 42.18.24 «Massnahmen zur zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung des St. Galler Waldes»)				■	■		-	
Departement des Innern								
V. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung	■	■	■	▶			-	
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland			■	offen			-	
Nachtrag zum Gesetz über die Umsetzung der eidgenössischen Covid-19-Gesetzgebung im Kulturbereich			■	▶			-	
VI. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Finanzierung der Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen)				■	■		SK, VSGP	
VII. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Förderung von integrierter Versorgung und Finanzierung von Spezialpflege)				offen	■	▶	SK	
III. Nachtrag zum Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge			■	■	▶		VSGP	
II. Nachtrag zum Gemeindegesetz	■	■	■	▶			-	
III. Nachtrag zum Gemeindegesetz				offen		■	-	
IV. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz/Wirksamkeitsbericht 2020		■	■	■	▶		FD, VSGP	
IX. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz	■	■	■	▶			-	
Gesetz über Beiträge für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung	■	■	■	★	▶		-	
III. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung		■	■	▶			-	
IV. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung		■	■	▶			-	

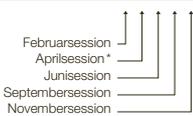


*Die Aprilsession 2020 wurde abgesagt. Die Spalte bezieht sich für das Jahr 2020 auf die Aufräumsession, die im Mai stattfand.

4. Regierungscontrolling

Projektportfolio und Gesetzesvorhaben

Departemente/Gesetzesvorhaben	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Mitwirkend
Bildungsdepartement							
XXII. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Finanzierung Sonderschulung)		■	▶				-
XXIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Mitfinanzierung der Lehrmittel)		■	▶				-
XXIV. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Kinder mit Sprachbehinderung)			■	▶			-
XXV. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Betreuungsangebote in der Volksschule)				■	■	▶	-
XXVI. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Bezahlte Stillzeit)				■	■		FD
XXVII. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Amtsdauer Rekursstellen Volksschule)				■	■		-
VII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (Standortentscheide Berufsfachschulen)				■	■		-
Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt zur Interkantonalen Universitätsvereinbarung aus dem Jahr 2019		■		▶			-
Bewegungs- und Sportförderungsgesetz (Motion 42.20.23 «Zeitgemässe Sport- und Bewegungsförderung»)					■	■	-
Gesamtrevision Gesetz über die Universität St. Gallen				■	■	▶	SK, FD, HSG
XIII. Nachtrag zum Mittelschulgesetz (Präsenzverpflichtung beim Mittelschulbesuch)				■	■	▶	-
Finanzdepartement							
Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie			■	▶			VD
Nachtrag zum Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie			■	▶			-
II. Nachtrag zum Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie			■	▶			-
III. Nachtrag zum Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie			■	▶			-
Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen				■	■		-
XIV. Nachtrag zum Steuergesetz	▶	▶	▶				-
XVI. Nachtrag zum Steuergesetz	■	▶	▶				-
XVII. Nachtrag zum Steuergesetz	■	▶	▶				-
XVIII. Nachtrag zum Steuergesetz		■	■	▶			-
XIX. Nachtrag zum Steuergesetz				offen			-
Bau- und Umweltdepartement							
VI. Nachtrag zum Energiegesetz		■	■	■	■	▶	SK, VD, FD
Nachtrag zum Wasserbaugesetz		■	■	■	■	▶	SK, VD, FD, GVA
II. Nachtrag zum Planungs- und Baugesetz				■	■		-
III. Nachtrag zum Planungs- und Baugesetz				■	■		-
Motion 42.18.18 «Änderung der Strassenfinanzierung»				offen			SJD
Motion 42.20.17 «St. Gallen braucht eine Mountainbike-Strategie»				offen			-
Motion 42.21.11 «Mehr Sicherheit im öV durch mehr Busbuchten»				offen			-

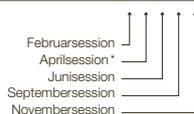


- Beratung im Kantonsrat
- (geplante) Vernehmlassung
- ▶ in Vollzug
- ▶ geplanter Vollzug
- ★ Volksabstimmung

*Die Aprilsession 2020 wurde abgesagt. Die Spalte bezieht sich für das Jahr 2020 auf die Aufräumsession, die im Mai stattfand.

Departemente/Gesetzesvorhaben	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Mitwirkend
Sicherheits- und Justizdepartement							
Motion 42.21.04 «Hate Crimes statistisch erfassen – wichtige Grundlagen zum Schutz von gesellschaftlichen Minderheiten schaffen»	offen / Angabe Vernehmlassung folgt 2023						-
Motion 42.20.18 «Optimierungen im Bevölkerungsschutzgesetz aufgrund der Covid-19-Epidemie»	offen						SK, VD, DI, BLD, FD, BUD, GD
II. Nachtrag zum Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)	[Bar chart: 2021: blue, 2022: green]						-
Motion 42.19.19 «Zuständigkeit für Begnadigungen»	[Bar chart: 2022: blue, 2023: green]						-
Motion 42.19.09 «Steuererleichterung nur für leichte Fahrzeuge mit klimafreundlichen Antriebssystemen»	offen						BUD
Motion 42.19.05 «Fahrzeuge nach Ökobilanz besteuern»	offen						BUD
Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben (Motion 42.18.17 «Vergünstigungen von emissionsarmen Fahrzeugen»)	offen						BUD
Motion 42.20.13 «Beteiligung an den Kosten des Polizeieinsatzes für Veranstalter von nicht bewilligten Demonstrationen»	offen / Angabe Vernehmlassung folgt 2023						-
XIV. Nachtrag zum Polizeigesetz	[Bar chart: 2022: blue, 2023: green]						-
Gesetz über die Videoüberwachung im öffentlichen Raum	[Bar chart: 2022: blue, 2023: green]						-
Revision des Gesetzes über den Feuerschutz	[Bar chart: 2019: green]	[Bar chart: 2020: orange]					GVA

Gesundheitsdepartement							
IX. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	[Bar chart: 2020: green, 2021: orange]						-
X. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	[Bar chart: 2020: green, 2021: orange]						-
XI. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	[Bar chart: 2021: green, 2022: orange]						-
II. Nachtrag zum Gesetz über die Psychiatrieverbunde	[Bar chart: 2022: green, 2023: blue]						-
Motion 42.21.09 «Anpassung Organisationsstruktur Spitalverbunde»	offen						-



- Beratung im Kantonsrat
- (geplante) Vernehmlassung
- ▶ in Vollzug
- ▶ geplanter Vollzug
- ★ Volksabstimmung

*Die Aprilsession 2020 wurde abgesagt.
Die Spalte bezieht sich für das Jahr 2020 auf die Aufräumsession, die im Mai stattfand.

- BLD Bildungsdepartement
- DI Departement des Innern
- FD Finanzdepartement
- GD Gesundheitsdepartement
- GVA Gebäudeversicherung des Kantons St. Gallen
- HSG Universität St. Gallen
- SJD Sicherheits- und Justizdepartement
- SK Staatskanzlei
- VD Volkswirtschaftsdepartement
- VSGP Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten

Antrag

Wir beantragen Ihnen, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, vom Geschäftsbericht der Regierung über das Jahr 2021 Kenntnis zu nehmen.

St. Gallen, 15. März 2022

Im Namen der Regierung

Marc Mächler
Präsident

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

**Regierung des
Kantons St.Gallen**



Regierungsgebäude
9001 St. Gallen

Telefon 058 229 32 60

info.sk@sg.ch
www.sg.ch